

GENERATIONEN- gerechtigkeit!

**Was ist Gerechtigkeit?
Was ist intergenerationelle Gerechtigkeit?**



Inhaltsverzeichnis

Thema: Was ist Gerechtigkeit? Was ist Generationengerechtigkeit?		Berichte & Interna	32
Editorial	3	Erste Lesung des Generationengerechtigkeitsgesetzes im Bundestag	32
Gerechtigkeit zwischen den Generationen <i>von Prof. Dr. Dr. h.c. Otfried Höffe</i>	4	Projekt "Klimaneutraler Bundestag"	33
Der Begriff der Gerechtigkeit <i>von Prof. Dr. Dr. Peter Koller</i>	7	Generationengerechtigkeits-Preis 07/08	34
Generationengerechtigkeit <i>von Prof. Dr. Ulrich Steinvorth</i>	12	Bericht vom Demografie-Symposium (mit Preisverleihung) am 9.11.2007	35
Der moralische Status zukünftiger Generationen <i>von Dr. Axel Bohmeyer</i>	16	Bericht von Canada meets Germany, 6.-13.10.07	36
Generationengerechtigkeit und steigende Lebensqualität <i>von Dr. Jörg Tremmel / Oliver Goetz</i>	20	Neue Mitarbeiterin	37
Rezensionen	26	Umzug der SRzG	38
Vorankündigung: Jörg Tremmel: A Theory of Intergenerational Justice	26	Call for Papers: Flexibilisierung der Rush-Hour des Lebens – Diversität der Lebensläufe im internationalen Vergleich“ Symposium vom 04.- 06. Juli 2008 in Berlin.	38
Heinz Harbach: Gerechtigkeit und menschliches Verhalten	27	Impressum	39
Erik Stei: Gerechtigkeit und politischer Universalismus - John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit. Eine kritische Analyse der Rechtfertigungsleistung	29	Mitgliedsantrag	40
Silvia Fuhrmann: Die Gerechtigkeitslücke - Generationengerechtigkeit am Prüfstand	30		
Wimmer, Michael / Reichenbach, Roland / Pongartz, Ludwig (Hg.): Gerechtigkeit und Bildung	31		



Das Papier, auf dem die *Generationengerechtigkeit!* gedruckt wird, ist zertifiziert mit dem Blauen Umweltengel (siehe Impressum).

Diese Ausgabe ist dem Thema "Was ist Gerechtigkeit? Was ist Generationengerechtigkeit?" gewidmet. Seit 2600 Jahren werden auf die Frage "Was ist gerecht?" beharrlich unterschiedliche Antworten gegeben. Dies heißt jedoch nicht, dass die normative Gerechtigkeitsforschung auf der Stelle tritt oder gar nutzlos ist. Weder politische Akteure noch Gesellschaften kommen ohne "Gerechtigkeit" als regulative Idee aus. Gerechtigkeitskonzepte müssen sich dabei in Konkurrenz zueinander bewähren. Seit wenigen Jahrzehnten sind die intergenerationellen Dimensionen der Gerechtigkeit um eine weitere ergänzt worden: die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Auch hier reicht das Spektrum von Suffizienztheorien, die nur die Sicherung eines Mindeststandard für zukünftige Generationen zu unserer moralischen Pflicht erklären, bis hin zu Theorien, die eine Besserstellung kommender Generationen fordern.

Die SRzG lud renommierte Philosophen ein, ihre Gerechtigkeitskonzepte vorzustellen und diese - sofern möglich - sodann auf den intergenerationellen Kontext zu beziehen. Eingeleitet wird das Heft durch einen Beitrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Otfried Höffe (Forschungsstelle Politische Philosophie der Universität Tübingen). Höffe grenzt Gerechtigkeit von anderem moralischen Handeln ab: Wer nicht mitfühlend, großzügig oder wohlätig ist, der erntet Enttäuschung; wer aber nicht gerecht ist, der erntet Empörung. Menschen erwarten seit der Frühzeit und in allen Kulturen sehr viel von der 'Gerechtigkeit'. Allerdings muss hier die Philosophie laut Höffe eine dreifache Ernüchterung vornehmen. Nichtsdestotrotz rechtfertigt Höffe eine Theorie der Generationengerechtigkeit, die er bei familialen Generationen mit neu entstehenden Verpflichtungen der Eltern begründet, sobald sie sich entscheiden, Kinder in die Welt zu setzen. Bei chronologischen Generationen wiederum erscheint es nach Höffe intuitiv plausibel, die Natur, aber auch die kulturelle, soziale und technische Umwelt als Gemeineigentum der Menschheit zu betrachten.

Der zweite Beitrag stammt von Prof. Dr. Dr. Peter Koller (Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Rechtsphilosophie).

Nach Koller sprechen wir von Gerechtigkeit, wenn es um moralische Standards geht, nach denen Güter und Lasten zugeteilt bzw. Rechte und Pflichten zugewiesen werden sollen. Ziel ist, einen allgemein annehmbaren Ausgleich zwischen den divergierenden Interessen der Beteiligten herbeizuführen. Koller unterscheidet mit Gemeinschaft, Tausch, Herrschaft und Unrecht vier Grundformen der sozialen Interaktion, denen ebenso viele Arten der Gerechtigkeit zugeordnet werden können. Da jede Gesellschaft ein komplexes Netzwerk von sozialen Beziehungen ist, ist ihre Ordnung allen vier Arten unterworfen. Ein spezielles Gewicht kommt aber nach Koller der Verteilungsgerechtigkeit zu, weil alle Tausch-, Herrschafts- und Unrechtsverhältnisse bereits irgendeine anfängliche Verteilung voraussetzen.

Der dritte Beitrag von Prof. Dr. Ulrich Steinvorth (Philosophisches Seminar der Bilkent Universität in Ankara) definiert Gerechtigkeit als Summe erzwingbarer Normen, wohingegen Moralität die Summe zur Einhaltung nur empfohlener Normen ist. Gerade weil Gerechtigkeitsnormen mit den Mitteln von Recht und Gesetz erzwungen werden können, muss ihr letztlches Ziel jedoch die Minimierung von Zwang bzw. die Ermöglichung von Freiheit sein. Steinvorth führt sodann aus, dass wir potentiellen Individuen in ungewisser Zukunft keine erzwingbaren Rechte zuschreiben können. Die Menschheit aussterben zu lassen wäre zwar ein ungeheures Verbrechen, aber kein Schaden für zukünftige Menschen, da es sie nicht mehr gäbe.

Im vierten Beitrag behauptet Dr. Axel Bohmeyer (Berliner Institut für christliche Ethik), dass es zur moralischen Identität der Subjekte gehört, die Auswirkungen ihres Handelns auch auf zukünftige Generationen zu prüfen. Er beginnt seinen Artikel mit einem Hinweis auf die erste Lesung des Generationengerechtigkeitsgesetzes im Bundestag und konstatiert eine gegenseitige Befruchtung von Politik und (politischer) Philosophie. Die neuen gesellschaftlichen Problemlagen können vom traditionellen Gerechtigkeitsbegriff nicht vollständig erfasst werden. Die Ausbuchstabierung der intergenerationellen Gerechtigkeit ist aber laut Bohmeyer keine radikale Erweiterung, sondern nur

eine folgerichtige und bisher unterbliebene Präzisierung der Gerechtigkeit in synchroner und diachroner Hinsicht.

Allerdings ist es unmöglich, die früheren Generationen (in einem nachmetaphysischen Sinn) gerecht zu behandeln. Auch die Gerechtigkeitsansprüche künftiger Generationen können nicht direkt, sondern nur indirekt abgeleitet werden: aus dem moralischen Selbstanspruch des Menschen. Die heutigen Menschen müssen die (zeitlich entgrenzten) Folgen ihres Handelns bedenken, um mit ihrem eigenen Anspruch, moralische Subjekte zu sein, nicht in Widerspruch zu geraten.

Den letzten Beitrag leiten Dr. Jörg Tremmel und Oliver Goetz (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen) ein mit verschiedenen philosophischen Formulierungen der These, dass es die Kinder einmal besser haben sollen als ihre Eltern. Sie untersuchen anschließend den vernachlässigten Aspekt, was "besser" eigentlich bedeutet, also wie eine Besserstellung operationalisiert und gemessen werden kann. Um die Situation verschiedener Generationen zu vergleichen, greifen sie auf subjektive und objektive Ansätze zur Messung von Lebensqualität zurück.

Wie immer runden Buchrezensionen, diesmal zum Thema 'Gerechtigkeit', das Heft ab. Dazu kommt eine Vorschau auf das opus magnum von Jörg Tremmel. Seine Theorie der Generationengerechtigkeit, die nach sechsjähriger Arbeit im Sommer 2008 zunächst auf englisch (mit dem Titel *A Theory of Intergenerational Justice*) erscheint, ist zugleich Tremmels zweite Promotion (zum Dr. phil), betreut von Prof. Dr. Birnbacher an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen dieser Jubiläumsausgabe der Zeitschrift.



Dr. Jörg Tremmel



Oliver Goetz

Gerechtigkeit zwischen den Generationen

von Prof. Dr. Dr. h.c. Otfried Höffe

Eine Welt, in der Gerechtigkeit herrscht, ist ein Leitziel der Menschheit seit ihrer Frühzeit. Keine Kultur und keine Epoche ist uns bekannt, die nicht nach ihr verlangte; die Gerechtigkeit ist ein Gegenstand menschlicher Sehnsucht und menschlicher Forderung zugleich. Dabei pflegen beide Seiten im Blick zu stehen, sowohl die Gerechtigkeit als Lebenshaltung eines Menschen, die personale Gerechtigkeit, die auch Rechtschaffenheit heißt, als auch die Gerechtigkeit als Grundzug eines Gemeinwesens, die politische Gerechtigkeit. Beide dürfen sich also einer Besonderheit rühmen, die wir heute, in Zeiten der Globalisierung, hochwillkommen heißen: Weil sie verschiedene Kulturen eint, darf man die Gerechtigkeit für ein interkulturell gültiges Ziel halten. Merkwürdigerweise wird über ihren Gehalt trotzdem heftig gestritten.

In den westlichen Demokratien verkürzt man die Gerechtigkeit gern auf die sogenannte soziale Gerechtigkeit. Diese setzt man mit einer Umverteilung materieller Güter von Reich nach Arm gleich und fordert, die Umverteilung sowohl innerhalb eines Gemeinwesens als auch im Weltmaßstab vorzunehmen. Anderen Kulturen ist dieses Verständnis weitgehend fremd.

Auch der Gerechtigkeitsbegriff selber weckt Bedenken. Denn im Rahmen der Sozialmoral geht es der Gerechtigkeit bloß um jenen kleinen Anteil, dessen Anerkennung die Menschen einander schulden. Die Moral fordert durchaus zur verdienstlichen Mehrleistung auf. Gegen den, der sie nicht erbringt, gegen zu wenig Mitleid, Großzügigkeit oder Wohltätigkeit, reagiert man aber nur mit Enttäuschung, auf fehlende Gerechtigkeit hingegen mit Empörung. Persönlich soll man durchaus großzügig und wohl­tätig sein; eine zwangsbefugte Gesellschaftsordnung ist aber im wesentlichen nur für das zuständig, was die Menschen einander schulden, eben die Gerechtigkeit. Lediglich sie darf vom Gemeinwesen eingefordert werden; die Mehrleistungen von Mitleid und Wohltätigkeit sind dagegen freiwillig zu erbringen.

Eine dreifache Ernüchterung

Aus dieser knappen Begriffserklärung

folgt die Sensibilität für eine Verschiebungsgefahr, die, oft bewußt eingesetzt, dann auf Mißbrauch hinausläuft: Man erklärt für eine Gerechtigkeitspflicht, was in Wahrheit zum verdienstlichen Mehr gehört. Nicht selten sagt man "soziale Gerechtigkeit" und meint nichts anderes als "sozialen Neid". Auch wenn die genaue Grenze nicht leicht zu ziehen ist, deutet sich hier ein Grund dafür an, daß andere Kulturen, die vornehmlich als Umverteilung verstandene soziale Gerechtigkeit nicht kennen: Es ist eine Säkularisierung christlicher Nächstenliebe,

Gerichtsbehörde einrichtet. Bis heute heißt, jemandem Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ihm im Zivilrecht zu seinem Recht zu verhelfen und im Strafrecht, alle Schuldigen zu bestrafen, freilich auch nur die Schuldigen und diese lediglich nach der Schwere ihres Verschuldens. Heute, in Zeiten der Globalisierung, sind die großen und kleinen Diktatoren und deren zahllose Schergen der Strafgerechtigkeit auszusetzen, mit einem Zusatz, der sich von selbst verstehen sollte: in aller Unparteilichkeit. Völkermord darf nicht mancherorts streng geahndet, andernorts

In der Jugend meinen wir, das Geringste, das die Menschen uns gewähren können, sei Gerechtigkeit. Im Alter erfahren wird, daß es das Höchste ist.

/ Ebner-Eschenbach / Aphorismen /

deretwegen die Moderne dazu neigt als geschuldete Grundleistung, als Rechts- und Gerechtigkeitspflicht, auszugeben, was mindestens zum Teil in den Bereich des verdienstlichen Mehr, der Tugendpflicht, der Wohltätigkeit, fällt.

Bekanntlich stellt man gern im Namen der Gerechtigkeit ausufernde Forderungen und richtet diese vornehmlich an die anderen. Demgegenüber nimmt die Philosophie eine Ernüchterung, sogar dreifache Ernüchterung vor. Erstens hebt sie die genannte Mißbrauchsgefahr hervor. Zweitens ruft sie in Erinnerung, daß die Gerechtigkeit auch Forderungen an sich selbst stellt. Die dafür zuständige personale Gerechtigkeit ist ein Charaktermerkmal, das nicht bloß im Westen zu den Grundtugenden, den Kardinaltugenden, zählt. Auch altägyptische Weisheitstexte rühmen die Rechtschaffenheit eines Menschen; und in China ist ein Richter aus dem siebenten Jahrhundert nach Chr., Gong An Di, ein Vorbild für persönliche Rechtschaffenheit und für eine korruptionsfreie Justiz.

Im Stichwort Justiz, dem Fremdwort für Gerechtigkeit, klingt eine dritte Ernüchterung an. Selbst die politische Gerechtigkeit ist kein Universalschlüssel, um alle Türen binnenstaatlicher und zwischenstaatlicher Alimentierung zu öffnen. Sie bedeutet zunächst einmal, daß das Gemeinwesen eine (korruptionsfreie)

dagegen achselzuckend hingenommen werden.

Die letzte Forderung hat eine historische Tiefendimension. Ihretwegen drängt sich ein noch wenig vertrauter Begriff auf, der in den Bereich der Gerechtigkeit zwischen den Generationen reicht; es ist die anamnetische Gerechtigkeit: Nur ein Weltgedächtnis, das die Untaten nicht länger in parteilicher Auswahl bewahrt, das überdies an die mancherorts nachhaltige, andernorts aber fehlende Wiedergutmachung erinnert, nur ein gerechtes Weltgedächtnis, hilft, künftigen Gewalttaten vorzubeugen. Noch wichtiger als dieser präventive Gesichtspunkt ist aber das Gerechtigkeitsargument selbst: Die Fairneß gegen die Opfer verlangt, die Erinnerung nicht auf wenige besonders gravierende Verbrechen einzuschränken und selbst sie oft noch selektiv wahrzunehmen. Wo gewisse Genozide tief ins Weltgedächtnis eingegraben, andere dagegen lieber kleingeredet oder verdrängt werden, begeht man gegenüber den Opfern ein elementares anamnetisches Unrecht.

Eine weitere aktuelle Bedeutung der interkulturell gültigen Gerechtigkeit: Ihr elementarer politischer Anteil, die Justiz-Gerechtigkeit, ist ohne Abstriche auch von allen Ländern der Zweiten und der Dritten Welt zu fordern. Und die personale Gerechtigkeit, die von westlichen

Politikern, Richtern und Verwaltungsbeamten, auch von Lehrern und anderen Erziehern verlangt wird, also die Verbote von Willkür, Parteilichkeit und Korruption, ist jeder Führungselite zuzumuten. Alles andere wäre ein Paternalismus der Ersten Welt; er mißachtete in der Zweiten und Dritten Welt die Würde beider Gruppen, die der einfachen Bevölkerung und deren Führung. Die interkulturelle Bedeutung beider Aufgaben, der personalen und der Justiz-Gerechtigkeit, hat eine nicht zu unterschätzende Tragweite: Dem von Samuel Huntington voreilig behaupteten Kampf der Kulturen zum Trotz läßt sich die gesamte Menschheit zunächst einmal als eine Gemeinschaft, nämlich als eine Gerechtigkeitsgemeinschaft, ansprechen. Der interkulturelle Konsens setzt sich fort in dem bis heute unstrittigen Kern der Gerechtigkeit. Von der Antike über die Justitia-Darstellungen der bildenden Kunst bis zum bedeutendsten Gerechtigkeits-theoretiker des letzten Jahrhunderts, John Rawls, besteht der Kern in Gleichheit bzw. Unparteilichkeit.

Die neue soziale Frage

Die Bedenken gegen die soziale Gerechtigkeit belaufen sich nicht auf deren vollständige Ablehnung. Sie richten sich aber gegen zweierlei: gegen die zu rasche Berufung auf die soziale Gerechtigkeit und gegen deren Übergewicht. Der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit, der Philosophie über Jahrhunderte unbekannt, taucht im 18. Jahrhundert auf. Er versucht, die im Zuge des Industrialisierung entweder neu entstehenden oder aber sich verschärfenden Schwierigkeiten, die sogenannte soziale Frage, auf eine überzeugende Weise zu lösen.

Ich brauche keine Gnade, ich will Gerechtigkeit.

/ G.E.Lessing / Minna von Barnhelm /

Gemeint sind vor allem Arbeitslosigkeit, Schutzlosigkeit bei Krankheit und Alter, mangelnde Bildung oder Ausbildung, sogar Hunger und Verelendung. Von ihnen war vor allem die Arbeiterschaft in den größer werdenden Städten, daneben aber auch ein erheblicher Teil der Landbevölkerung betroffen. Die sozial-ethische Antwort nannte sich soziale Gerechtigkeit; die politische Antwort besteht im Sozialstaat.

Lässt man Feinheiten beiseite, so darf die politische Antwort als weitgehend gelungen gelten. Anders verhält es sich bei neuartigen Schwierigkeiten, die man die neue

soziale Frage nennen kann. Dazu gehören der Schutz der natürlichen Umwelt und in den öffentlichen Haushalten das Verhältnis der konsumtiven zu den investiven Anteilen, vor allem die immense Staatsverschuldung. Bei diesen Fragen geht es um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Mit beidem, der immer noch wachsenden Umweltbelastung und der ebenso noch steigenden Staatsverschuldung, verstößt die Elterngeneration in bezug auf die Kinder und Kindeskinde gegen den Kern der Gerechtigkeit, die Unparteilichkeit. Denn sie nimmt sich Privilegien heraus.

Das Thema, die intergenerationelle Gerechtigkeit, wird gern als neu angesehen. Tatsächlich findet es sich bei dem wohl bedeutendsten Philosophen der Neuzeit, einem Höhe- und zugleich Wendepunkt der Aufklärung, bei Immanuel Kant. In seiner *Kritik der Urteilskraft* (§ 63) erwähnt er den vom Meer zurückgelassenen Sandboden, auf dem nur Fichtenwälder gedeihen, und erklärt: "wegen deren unvernünftiger Ausrottung wir häufig unsere Vorfahren anklagen". Der Vorwurf der "Ausrottung", also eines Raubbaus an der Natur, richtet sich an weit entfernte Generationen; die Art des Vorwurfs - "Anklage" - weist in den Rechtsbereich; und weil die Anklage hier nicht im Sinne der positiven Rechts erhoben wird, klingt die moralische Idee des Rechts, die Gerechtigkeit, an.

Belege für den Gebrauch einer intergenerationellen Gerechtigkeit finden sich nicht erst in der Aufklärungsepoche, außerdem nicht nur in der Philosophie. Man braucht sich nur ans Schulwissen zu erinnern, etwa an land- und forstwirtschaftliche Schutzmaßnahmen wie die Dreifelderwirtschaft,

Zur Rechtfertigung der Generationengerechtigkeit

Warum soll man gegenüber künftigen Generationen eine Verpflichtung haben? Ein Verpflichtungsgrund liegt auf der Hand. Man kann ihn der ausgleichenden bzw. korrektiven Gerechtigkeit zuordnen: Wer Kinder in die Welt setzt, weiß, daß er hilfsbedürftige Wesen schafft, ohne sie um Zustimmung zu fragen. Damit übernimmt er die Verpflichtung, für die erforderliche Hilfe zu sorgen.

Häufig begnügt man sich hier mit dem Hinweis, Neugeborene seien hilfsbedürftig. Dabei übersieht man aber einen wichtigen Unterschied: Wer in einer Notlage, die er nicht verursacht hat, trotzdem hilft, handelt moralisch im Sinne einer verdienstlichen Mehrleistung; er handelt aus Mitleid und Nächstenliebe. Wer aus einer Notlage hilft, für deren Eintreten er mitverantwortlich ist, kommt dagegen nur einer Entschädigungspflicht nach; er leistet lediglich, was er dem anderen schuldet. Ein Kind in die Welt zu setzen, bedeutet natürlich weit mehr, als eine Notlage hervorzurufen; auf den "Mehrwert" kommt es aber zunächst nicht an, sondern darauf, daß man die Notlage tatsächlich schafft und aus diesem Grund eine Verpflichtung im Sinne korrektiver Gerechtigkeit eingeht: Wer Kinder zeugt und in die Welt setzt, übernimmt die Verantwortung dafür, daß sie Hilfe erhalten und unter lebenswerten Verhältnissen aufwachsen. Die Verantwortung für das Wohl der Kinder liegt daher, freilich nicht für unbegrenzte Zeit, bei den zuständigen Erwachsenen.

Auf der Hand liegt der Einwand, diese Art Verpflichtung trage ausschließlich derjenige, der Kinder in die Welt setze; jeder andere sei entlastet. Um einer ganzen Generation die genannte Aufgabe zuzusprechen, fehlt tatsächlich noch ein Argument.

Weil die naturale Natur eine prinzipielle Vorgabe darstellt, erscheint es als intuitiv plausibel, sie als Gemeineigentum der Menschheit zu betrachten, das jeder Generation gleichermaßen gehört. Sie verhält sich wie ein Kapital, von dessen Zinsen jede Generation leben darf, ohne das Kapital selbst anzutasten. Ob Individuum, Gruppe oder Generation - wer sich etwas vom Gemeineigentum nimmt, ist verpflichtet, Gleichwertiges zurückzugeben. Und wie Eltern ihren Kindern lieber ein größeres Erbe hinterlassen, so hinterläßt eine großzügige Generation der nächsten eine per saldo reichere Erde zurück.

Die genannte Pflicht erstreckt sich nicht bloß auf die natürliche, sondern auch auf die kulturelle, soziale und technische

Umwelt. Sie betrifft Errungenschaften der Kultur, einschließlich Sprache, Literatur, Kunst, Musik und Architektur, ferner die zivilisatorische Infrastruktur wie Verkehrswege, Kanalisation, das Bildungs- und das Gesundheitswesen, weiterhin die architektonische Qualität der Städte und den Erholungswert der Landschaft, außerdem wissenschaftliches, medizinisches und technisches Wissen, rechtliche und soziale Institutionen, nicht zuletzt die Kapitalakkumulation und die Bevöl-

zu geringen Ausgaben für Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung gibt das Land nach der OECD-Statistik (fast) am meisten für Renten und Pensionen aus, womit es den Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit steigert.

Nochmals: Verantwortungsvolle Eltern hinterlassen ihren Kindern ein Erbe, das möglichst größer ausfällt, als sie es von ihren Eltern übernommen haben. Nach diesem Vorbild übergibt eine verantwort-

1993). Frankfurt am Main: Suhrkamp (besonders Kap. 11 „Ökologische Gerechtigkeit“).

Höffe, Otfried (2007): Gerechtigkeit. Eine philosophische Einführung. 3. Aufl. (1. Aufl. 2001). München: Beck (besonders Kap. IX „Soziale Gerechtigkeit“).

Höffe, Otfried (2007): Lebenskunst und Moral, oder: Macht Tugend glücklich? München: Beck.

Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen leben auf Erden.

/ Immanuel Kant / Metaphysik der Sitten /

kerungsentwicklung. In all diesen Bereichen muß jede Generation ein Sparen, aber keineswegs bloß ein ökonomisches, sondern ein dreidimensionales Sparen pflegen: ein "konservierendes Aufsparen", ein Bewahren von Institutionen und Ressourcen; ein "investives Ansparen" (von Kapital, Infrastruktur, Zukunftstechniken ...); nicht zuletzt ein "präventives Ersparen", ein Verhindern von Kriegen, ökologischen Katastrophen, wirtschaftlichen oder sozialen Zusammenbrüchen.

Daß in Wahrheit das Gegenteil stattfindet und innerhalb des Bruttosozialproduktes die Gegenwartsausgaben, also die Soziallasten zusammen mit den Kosten für das Gesundheitswesen, für die Altersvorsorge und die Tilgung der Staatsschulden, gestiegen, die Zukunftsausgaben dagegen gesunken sind: die Investitionen in das Bildungswesen und andere Bereiche sozialer und materieller Infrastruktur - diese Verschiebung vom investiven zu dem im weiten Sinn konsumtiven Anteil, bedeutet eine Ungerechtigkeit gegen die künftigen Generationen:

Man könnte zwar auf die veränderte Demographie hinweisen. In der Tat ist der Anteil der Älteren gestiegen. Wegen wachsender Anforderungen des Berufslebens und dem hohen Schüler- und Studentenanteil aus Zuwandererfamilien (im Bürokratendeutsch: mit Migrationshintergrund) wären aber auch die Bildungskosten zu erhöhen. Und die wachsende internationale Konkurrenz um Köpfe bietet ein weiteres Argument.

Da die Politik neben dem Gesundheitswesen auch Rentenfragen vorrangig behandelt, praktiziert sie einen Vorrang der älteren vor der nachwachsenden Generation, also jene intergenerationelle Ungerechtigkeit, gegen die sie doch sensibel werden wollte. Als "Ausgleich" für die

liche Gesellschaft der nachfolgenden Generation nicht mehr an finanziellen, ökologischen und sonstigen Lasten, als sie durch Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung, Kultur, Infrastruktur etc. zumindest ausgleicht. Insofern ist eine Unterscheidung vonnöten, die soziale und politische Gewohnheiten in Frage stellt, infolgedessen Widerstand hervorruft, am liebsten den wirkungsmächtigen Widerstand, daß man die Sache totschweigt, die genannte Unterscheidung von konsumtiven und investiven Staatsausgaben. Weil nun in den letzten Jahrzehnten die investiven Ausgaben wie die der Bildung weit geringer gestiegen sind als die konsumtiven Ausgaben, darf man die Sachlage nicht beschönigen: Hier findet eine Umverteilung von den Jüngeren zu den Älteren statt; die Älteren bereichern sich auf Kosten der Jüngeren. Wer den hochklingenden Ausdruck "soziale Gerechtigkeit" im Munde führt, trotzdem im eigenen Land jedem der wenigen Neugeborenen zur Geburt einen "Geschenkgutschein" überreicht, nämlich Schulden von 200.000 Euro, also den Gegenwert einer Eigentumswohnung, aber als nackte Hypothekenschuld, ohne die Eigentumswohnung selbst, wer dieser weit verbreiteten "Gerechtigkeitskultur" anhängt, widerspricht dem unstrittigen Kern der Gerechtigkeit, der Unparteilichkeit. Sie verbietet, sich Privilegien herauszunehmen und die Kosten dafür den Nachwachsenden aufzubürden.¹

Anmerkungen:

(1) Nähere Überlegungen des Verfassers zu diesem Thema in:

Höffe, Otfried (2000): Moral als Preis der Moderne. Ein Versuch über Wissenschaft, Technik und Umwelt. 4. Aufl. (1. Aufl.



Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Otfried Höffe, geboren 1943, ist Professor für Philosophie an der Universität Tübingen und Gastprofessor für Rechtsphilosophie an der Universität Sankt Gallen, Schweiz. Er ist außerdem Leiter und Gründer der Forschungsstelle Politische Philosophie.

• • • • •
• Liebe Leser,
 • Ihre Meinung interessiert uns!
 • Mit Ihren Impulsen wollen wir die
 • "Generationengerechtigkeit!" weiter
 • verbessern. Bitte schreiben Sie uns an:
 •
 • GG! - Redaktion
 •
 • Postfach 5115
 •
 • D-61422 Oberursel
 •
 • Tel. +49-6171-982367
 •
 • Fax +49-6171-952566
 •
 • E-Mail: kontakt@srz.de
 •
 • Bitte nennen Sie uns auch Leser aus
 • Ihrem Bekanntenkreis, denen wir eine
 • Ausgabe kostenlos zur Probe zusen-
 • den können. Wenn Sie selbst inzwi-
 • schen eine Ausgabe kostenlos erhalten
 • haben, so bitten wir um Verständnis
 • dafür, dass wir Ihnen keine weiteren
 • Probe-Ausgaben mehr zusenden. Wir
 • würden uns sehr freuen, wenn Sie nun
 • unsere Zeitschrift für 25 Euro im Jahr
 • abonnieren (siehe letzte Seite).
 • • • • •

Der Begriff der Gerechtigkeit

von Prof. Dr. Dr. Peter Koller

Vokabular der Gerechtigkeit

Die Gerechtigkeit bildet einen Teil der Moral, und zwar einen sehr wichtigen. Sie umfasst jene Standards der *Moral*, die sich auf zwischenmenschliches Handeln und soziale Verhältnisse beziehen und überdies als besonders *gewichtig* betrachtet werden. Meistens sprechen wir von Gerechtigkeit in einem Sinne, dessen Umfang sich mit der Menge der unbedingten moralischen Pflichten teils überschneidet, teils aber über sie hinausgeht: Hier geht es

Anwendungsobjekte des Gerechtigkeitsbegriffs beträchtlich unterscheiden, fallen einige Querverbindungen zwischen ihnen doch rasch ins Auge.

Wenn wir sagen, eine *Person* sei gerecht, so meinen wir, dass sie - zumindest unter den jeweils Betracht stehenden Bedingungen - gerecht zu handeln pflegt. Wird dagegen eine *Handlung* gerecht genannt, so setzt dies voraus, dass sie bestimmten Regeln des zwischenmenschlichen Handelns entsprechen. *Soziale Regeln* gelten als gerecht, wenn sie die sozialen Beziehungen zwi-

je nachdem, wie man sie auffasst - entweder sehr schwer oder aber ziemlich leicht zu beantworten. Sie ist sehr schwer zu beantworten, wenn nach der *Gesamtheit* der Anforderungen gefragt wird, denen eine gerechte *Handlung* entsprechen muss, weil es dabei sicher auf die einzelnen Umstände der Handlung ankommt und eine Vielzahl von Gesichtspunkten zu berücksichtigen ist. Ist aber bloß nach *notwendigen* Anforderungen gefragt, die jede gerechte Handlung erfüllen muss, so fällt die Antwort ziemlich leicht. Denn welchen Anforderungen ein gerechtes Handeln insgesamt auch immer unterworfen sein mag, es gibt eine Anforderung, die eine Handlung jedenfalls erfüllen muss, um das Prädikat 'gerecht' zu verdienen: sie muss allgemeinen Regeln folgen, die den Handelnden verpflichten, sich gegenüber anderen unter gleichartigen Umständen stets in gleicher Weise zu verhalten.

Insoweit die Menschen in ihrem gegenseitigen Handeln überhaupt irgendwelchen Forderungen der Gerechtigkeit unterworfen sind, dürfen sie sich also nicht willkürlich verhalten, wie es ihnen gerade gefällt, sondern sie müssen sich dabei von *allgemeinen Regeln* leiten lassen, die in allen gleichartigen Fällen ein gleichförmiges Handeln verlangen. Kurz: sie müssen *Gleiches gleich behandeln*. Diese Anforderung, die für jedes gerechte Handeln gilt, gleichgültig welchen Anforderungen es sonst noch unterworfen sein mag, wird üblicherweise als *formale Gerechtigkeit* bezeichnet, weil sie gewissermaßen eine konstitutive und insofern 'formale' Bedingung eines gerechten Handelns überhaupt ist.

Freilich ist mit dem Prinzip der formalen Gerechtigkeit, das im Übrigen mit dem Prinzip der Universalisierbarkeit moralischer Urteile eng verwandt ist, noch nicht sehr viel gewonnen. Denn dieses Prinzip allein schließt kein wie immer geartetes Handeln gegenüber anderen Menschen aus, sofern der Handelnde dabei nur irgendwelchen allgemeinen Regeln folgt. Darüber, an welchen Regeln sich ein

Ungerechtigkeit ist relativ leicht zu ertragen, Gerechtigkeit tut weh.
/ Henry Louis Mencken / amerikanischer Schriftsteller /

um moralische Standards, welche die *Zuteilung von Gütern und Lasten* bzw. die *Zuweisung von Rechten und Pflichten* im Rahmen einzelner zwischenmenschlicher Handlungen, regelmäßiger sozialer Beziehungen oder dauerhafter gesellschaftlicher Verhältnisse betreffen und darauf zielen, einen bei unparteiischer Betrachtung *allgemein annehmbaren Ausgleich* zwischen den divergierenden Interessen der Beteiligten herbeizuführen. Solche Handlungen, Beziehungen oder Verhältnisse werden gerecht genannt, wenn jede Person bekommt, was ihr gebührt oder was sie verdient. In diesem Sinne wird das Konzept der Gerechtigkeit verstanden, wenn gesagt wird, Gerechtigkeit verlange, "jedem das Seine" zukommen zu lassen, oder mit der bekannten lateinischen Phrase: "ius suum cuique tribuere".¹

Gegenstände der Gerechtigkeit

Was aber sind die Kriterien, die uns sagen, was einem jeden gebührt? Eine Beantwortung dieser Frage wird nur möglich sein, wenn wir die vielfältigen Verwendungsweisen des Gerechtigkeitsbegriffs etwas näher betrachten. Zunächst ist zu sehen, dass wir den Gerechtigkeitsbegriff auf eine Mehrzahl von Gegenständen anzuwenden pflegen. Dazu gehören vor allem Personen, zwischenmenschliche Handlungen, soziale Regeln und Institutionen, gesellschaftliche Verhältnisse, ganze Gesellschaften, ja sogar internationale Beziehungen. Obwohl sich die

schen den Menschen auf eine Weise regulieren, die aus unparteiischer Sicht als allgemein annehmbar erscheint. Dasselbe gilt für soziale *Institutionen*, die ja nichts anderes sind als dauerhafte Systeme sozialer Regeln, die bestimmte Teilbereiche des sozialen Lebens zum Gegenstand haben. Und die Gerechtigkeit *gesellschaftlicher Verhältnisse*, nämlich der realen Ergebnisse sozialen Handelns, hängt ihrerseits von den Regeln dieses Handelns und ihren Folgen ab.

Schon diese wenigen Beobachtungen deuten darauf hin, dass unter den verschiedenen Anwendungsgegenständen der Gerechtigkeit zwei von zentraler Bedeutung sind, weil alle anderen auf sie zurückführbar sind: nämlich *Handlungen* einerseits und *soziale Regeln* andererseits. Es liegt daher nahe, mit diesen beiden Anwendungsgegenständen zu beginnen, um zu sehen, ob sich bestimmte normative Standards ausfindig machen lassen, die unser Reden von Gerechtigkeit leiten.

Formale Gerechtigkeit

Welchen Anforderungen muss eine Handlung genügen, damit sie als gerecht bezeichnet werden kann? Diese Frage ist -

Gerechtigkeit gibt jedem das Seine, maßt sich nicht Fremdes an und setzt den eigenen Vorteil zurück, wo es gilt, das Wohl des Ganzen zu wahren.

/ Ambrosius/ Von den Pflichten I, 24 /

gerechtes Handeln orientieren soll, sagt es gar nichts aus. Die meisten von uns würden aber wohl zögern, ein Handeln allein schon deshalb gerecht zu nennen, weil es irgendwelchen Regeln folgt, sofern uns diese Regeln ihrerseits als ungerecht erscheinen. Damit erhebt sich die Frage nach den Anforderungen der Gerechtigkeit, die den Inhalt der *Regeln des zwischenmenschlichen Handelns* zum Gegenstand haben und darum gewöhnlich als solche der *materialen oder substanziellen Gerechtigkeit* angesprochen werden.

Materiale Gerechtigkeit

Während das Prinzip der formalen Gerechtigkeit so gut wie unbestritten ist, besteht über die Maßstäbe der substanziellen Gerechtigkeit eine doppelte Uneinigkeit: Zum einen haben die Menschen abweichende Vorstellungen davon, welche Regeln ihr wechselseitiges Handeln gerechterweise regieren sollen; und zum anderen sind sich die Gelehrten uneinig, ob es überhaupt irgendwelche Maßstäbe der substanziellen Gerechtigkeit gibt, die universelle Gültigkeit besitzen, d.h. allgemeine Anerkennung genießen und bei rechter Erwägung allgemein annehmbar sind.

Manche Autoren vertreten die Ansicht, die Suche nach allgemein gültigen Maßstäben der substanziellen Gerechtigkeit sei schon deshalb aussichtslos, weil über solche Maßstäbe Übereinstimmung weder bestehe, noch auf rationalem Wege erreichbar sei. Das mag stimmen, wenn man nur solchen Standards Gültigkeit zuspricht, die tatsächlich immer und überall ungeteilte Zustimmung gefunden haben und überdies rationaler Begründung fähig sind. Aber diese Sprachregelung gießt das Kind mit dem Bade aus, weil sie die Identifizierung gültiger moralischer Standards von vornherein völlig unmöglich macht.

Es ist daher zweckmäßig, die Ansprüche etwas tiefer zu schrauben und zu sagen, dass moralische Standards in einer sozialen Gruppierung - einer lokalen Gemeinschaft, einer Gesellschaft oder einer Kultur - dann Gültigkeit haben, wenn sie von deren Mitgliedern weitgehend anerkannt werden und in Anbetracht der jeweils bestehenden Lebensbedingungen aus unparteiischer Sicht akzeptabel scheinen.

Diese Sprachregelung bietet bessere Aussichten, substanzielle Maßstäbe der Gerechtigkeit zu entdecken, die zumindest für unsere eigene Gesellschaft oder die eigene Kultur Gültigkeit besitzen. Und es scheint, dass sich einige solche Maßstäbe durchaus finden lassen, wenn man die

komplexe Struktur des Gerechtigkeitsdiskurses sorgfältig untersucht.

Typen des sozialen Handelns und Arten der Gerechtigkeit

Freilich wird es kaum möglich sein, eine substanzielle Forderung der Gerechtigkeit zu finden, die - wie das Prinzip der formalen Gerechtigkeit - auf *alle* Bereiche des sozialen Handelns anwendbar ist. Um das einzusehen, braucht man sich nur die Vielfalt der Formen des sozialen Handelns vor Augen zu halten, die wir unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu beurteilen pflegen, wie z.B. die Aufteilung eines gemeinsamen Gewinns, die Verteilung der Pflichten der Haushaltsführung, den Austausch von Gütern, die Bezahlung erbrachter Leistungen, die Entlohnung beruflicher Tätigkeiten, die Einhebung von Steuern, die Bestrafung von Missetaten, die Wiedergutmachung eines Schadens, um nur einige Beispiele zu nennen. Da es von vornherein aussichtslos erscheint, alle diese Konstellationen unter einen Hut zu bringen, liegt es nahe, zwischen verschiedenen *Typen des sozialen Handelns* zu differenzieren und nach den für sie jeweils charakteristischen Maßstäben der substanziellen Gerechtigkeit zu forschen.

Diesen Weg hat schon Aristoteles beschritten, als er zwei Arten der Gerechtigkeit unterschied, die gewöhnlich als 'distributive' und 'kommutative' Gerechtigkeit bezeichnet werden. Die *distributive* oder *austeilende* Gerechtigkeit, betrifft nach Aristoteles "die Zuteilung von Ehre, Geld und den anderen Dingen, die unter die Mitglieder der Gemeinschaft aufgeteilt werden können" und verlangt eine der 'Verdienstlichkeit' dieser Personen entsprechende Verteilung. Demgegenüber hat die *kommutative* oder *ausgleichende* Gerechtigkeit zwei Arten sozialer Interaktion zum Gegenstand: zum einen freiwillige *Tausch- und Vertragsbeziehungen* und zum anderen unfreiwillig erlittene *Unrechthandlungen*, die eine dem zugefügten Unrecht oder Schaden gleichwertige Strafe oder Wiedergutmachung erfordern.²

Obwohl diese Unterscheidung nicht nur wichtige Einsichten in die Struktur unserer Gerechtigkeitsurteile vermittelt, sondern grundsätzlich auch in die richtige Richtung führt, ist sie als solche sicher zu einfach, um alle wesentlichen Formen sozialen Handelns, die der Gerechtigkeit unterworfen sind, in sinnvoller Weise zu erfassen. Es wird vielmehr notwendig sein, mindestens vier eigenständige Grundformen der sozialen Interaktion zu unterscheiden, denen ebenso viele Arten

der Gerechtigkeit entsprechen, nämlich die folgenden:

Es gilt nun, diese Formen der sozialen Interaktion und die ihnen entsprechenden Arten der Gerechtigkeit im Einzelnen zu betrachten.

Gemeinschaftsverhältnisse	- Verteilungsgerechtigkeit
Austauschverhältnisse	- Tauschgerechtigkeit
Herrschaftsverhältnisse	- politische Gerechtigkeit
Unrechtsverhältnisse	- korrektive Gerechtigkeit

Gemeinschaftsverhältnisse

Zunächst zu den Gemeinschaftsverhältnissen: Das sind soziale Beziehungen zwischen Personen, die gemeinsame Ansprüche auf bestimmte Güter haben oder gemeinsam zum Tragen gewisser Lasten verpflichtet sind, weil sie z.B. jene Güter gemeinsam geschaffen oder diese Lasten gemeinsam übernommen haben. Kurz: Personen bilden ein Gemeinschaftsverhältnis oder ein gemeinsames Unternehmen, wenn und soweit ihnen gewisse Güter oder Lasten gemeinsam zukommen. Mit Bezug auf jedes derartige Verhältnis erhebt sich aus moralischer Perspektive die Forderung, die betreffenden Güter und Lasten unter den Beteiligten gerecht zu verteilen, also so, dass das Ergebnis aus unparteiischer Sicht allgemein annehmbar ist.

Gibt es dafür anerkannte und annehmbare Standards der Verteilungsgerechtigkeit? Auf den ersten Blick mag die Suche nach solchen Standards aussichtslos scheinen, weil die Maßstäbe des gerechten Verteilens nicht nur kontextabhängig, sondern in der Regel überdies umstritten sind. Eine gerechte Verteilung der Lasten eines Haushalts hängt zweifellos von anderen Gesichtspunkten ab als die Verteilung medizinischer Versorgungsleistungen in einem Krankenhaus oder die Verteilung der Preisgelder eines Sportvereins. Dazu kommt, dass nicht einmal darüber, auf welche Gesichtspunkte es in diesen einzelnen Fällen jeweils ankommt, Einigkeit besteht. Sieht man sich die Gründe, die bei Verteilungsdiskussionen gewöhnlich vorgebracht werden, jedoch etwas näher an, dann wird man den Eindruck nicht los, dass sie trotz alledem einen gemeinsamen Kern enthalten.

Aristoteles hat diesen Kern im *Prinzip der Proportionalität* gesehen, dem zufolge die gemeinsamen Güter und Lasten einer Gemeinschaft auf deren Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer 'Würdigkeit' oder Verdienstlichkeit verteilt werden sollen, wobei er sich im Klaren war, dass die Maßstäbe der Verdienstlichkeit umstritten sind und von Gesellschaft zu Gesellschaft

variieren. Dieses Prinzip erfasst sicher einen wichtigen Teilaspekt der üblichen Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit, aber es ist einerseits zu eng und andererseits zu weit. Es ist insofern zu eng, weil es nur auf die Verdienste der Beteiligten abstellt, ohne andere Gesichtspunkte der Verteilungsgerechtigkeit zu berücksichtigen, wie etwa die Bedürfnisse oder die berechtigten Erwartungen von Personen. Und es ist aus heutiger Sicht zu weit, weil es noch nicht von der grundsätzlichen *Gleichwertigkeit aller Menschen* ausgeht und deshalb diverse Maßstäbe der Zuteilung zulässt, die - wie z.B. die Herkunft, die Standeszugehörigkeit oder das Geschlecht von Menschen - mit dieser Gleichwertigkeit unvereinbar sind.

Wird das Aristotelische Proportionalitätsprinzip aber in der Weise modifiziert, dass es einerseits der grundsätzlichen Gleichwertigkeit der Menschen Rechnung trägt und andererseits weitere Gesichtspunkte der Verteilungsgerechtigkeit erlaubt, so nimmt es die Gestalt des folgenden Grundsatzes an, der den gemeinsamen Kern der heute weithin geteilten Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit zum Ausdruck bringt: *Die Mitglieder einer Gemeinschaft sind gleich zu behandeln und deren Güter und Lasten sind unter ihnen gleich zu verteilen, sofern eine Ungleichbehandlung bzw. Ungleichverteilung nicht durch gute Gründe gerechtfertigt ist, d.h. durch Gründe, die bei unparteiischer Betrachtung allgemein akzeptabel sind.*

Dieser Grundsatz - nennen wir ihn das *Prinzip der Gleichbehandlung* - ist zwar sicher sehr vage und konkretisierungsbedürftig, aber nicht ohne Gehalt. Er ist eine Verfahrensregel der Verteilungsgerechtigkeit, die eine Präsomption für die Gleichbehandlung aller Mitglieder einer Gemeinschaft begründet und für jede Ungleichverteilung gemeinschaftlicher Güter und Lasten hinreichende Gründe verlangt. Welche Gründe im Einzelnen geeignet sind, solche Ungleichheiten zu rechtfertigen, ist zwar wieder kontextabhängig und kontrovers, aber im allgemeinen handelt es sich dabei um Gründe, die sich auf die Beiträge, *Leistungen* und *Verdienste*, auf die *Grundbedürfnisse* oder auf die *berechtigten Erwartungen* der beteiligten Personen beziehen.

Austauschverhältnisse

Ein Austauschverhältnis liegt vor, wenn mehrere Personen, von denen eine jede bestimmte Rechte oder Güter besitzt, in Beziehung treten, um gewisse Güter oder Leistungen im Wege einer freiwilligen Übereinkunft einander wechselseitig zu übertragen. Dass solche Austauschver-

hältnisse, zu denen insbesondere alle bilateralen Vertragsbeziehungen gehören, ebenfalls bestimmten Forderungen der Gerechtigkeit unterliegen, liegt auf der Hand.

Nach einer sehr alten Vorstellung der Tauschgerechtigkeit sind Austauschverhältnisse genau dann gerecht, wenn die getauschten Güter oder Leistungen *äquivalent*, also gleichwertig sind. Diese Vorstellung, die sich ebenfalls schon bei Aristoteles findet, beherrscht die sozialen Reziprozitätsbeziehungen der Menschen in traditionellen Gesellschaften, und sie begegnet uns auch heute noch in sozialen Beziehungen, die auf Gegenseitigkeit beruhen, z.B. bei wechselseitigen Hilfeleistungen zwischen Nachbarn. Da sie jedoch ein unabhängiges Maß voraussetzt, an dem sich der Wert von Gütern und Diensten bemisst, leuchtet sie nur ein, so lange über ein solches Wertmaß weitgehende Einigkeit besteht, wie etwa in traditionellen Gesellschaften, in denen die für die Herstellung von Gütern oder die Erbringung von Leistungen verausgabte Zeit vielfach als maßgeblich betrachtet wurde. Infolgedessen hat das Äquivalenzprinzip seine Plausibilität denn auch in dem Maße verloren, in dem die Ausdifferenzierung arbeitsteiliger Produktionsverhältnisse und die Ausbreitung geldwirtschaftlicher Austauschbeziehungen es immer schwieriger machten, Übereinstimmung über ein unabhängiges Wertmaß zu erzielen.

An die Stelle des Äquivalenzprinzips ist darum nach und nach eine andere, eher prozedurale Vorstellung der Tauschgerechtigkeit getreten: nämlich die Forderung nach *fairen Austauschbeziehungen*. Ihr zufolge sind Tauschverhältnisse gerecht, wenn sie von freien und gleichberechtigten Personen, die alle eine angemessene Anfangsausstattung von Gütern besitzen, freiwillig eingegangen werden, unter Bedingungen, welche die wechsel-

damit keiner den Preis diktieren kann, z.B. eine hinreichend große Zahl von Anbietern und Nachfragern, (b) eine *ausreichende Informiertheit* der Beteiligten über die für ihre Entscheidungen relevanten Tatsachen, (c) ein gewisses Mindestmaß an *rationaler Selbstbestimmungsfähigkeit* und (d) die *Abwesenheit von Gewalt, Irreführung und Betrug*. Der Vorstellung, dass freiwillige Tauschbeziehungen unter diesen Bedingungen gerecht sind, liegt die Annahme zugrunde, dass rationale Personen in solche Beziehungen nur dann einwilligen, wenn sie daraus jeweils größtmöglichen Vorteil ziehen.

Herrschaftsverhältnisse

Das sind soziale Beziehungen, bei denen bestimmte Personen die Macht und die Befugnis haben, über das Handeln oder die Handlungsumstände anderer Menschen verbindlich zu bestimmen und zu diesem Zweck nötigenfalls von Zwangsmitteln Gebrauch zu machen. Herrschaft oder Autorität grenzt sich von bloßer Macht also durch das Moment der *Befugnis* ab, die entweder unmittelbar auf der Anerkennung der Beteiligten oder aber auf geltenden sozialen Normen beruhen kann.

Dass Herrschaft vor allem in größeren sozialen Verbänden für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung und für eine effiziente Gestaltung sozialer Zusammenarbeit notwendig ist, wird kaum bestritten. Dessen ungeachtet birgt sie aber auch beträchtliche Gefahren in sich. Jede Herrschaft ist mit einer Beschränkung der Selbstbestimmung der ihr unterworfenen Personen verbunden, weshalb sie bestimmten Erfordernissen der Gerechtigkeit unterliegt, die man als Grundsätze der politischen Gerechtigkeit bezeichnen kann.

Es ist heute weithin anerkannt, dass die Ausübung von Herrschaft kein Selbstzweck, sondern nur insoweit gerechtfertigt

Es liegt tief in unserer Seele ein angeborenes Prinzip der Gerechtigkeit und der Tugend, nach dem wir unsere Handlungen und die anderer beurteilen, ob sie gut oder böse sind. Und diesem Prinzip gebe ich den Namen Gewissen.

/ Rousseau / Emile 4 /

seitige Vorteilhaftigkeit ihrer Transaktionen gewährleisten.

Diese Bedingungen sind im Wesentlichen die Kennzeichen eines wohlfunktionierenden Marktes, nämlich vor allem die folgenden: (a) eine *ausgewogene Ausgangssituation* zwischen den Tauschparteien,

tigt ist, als sie allgemein annehmbaren Zwecken dient. Als solche Zwecke kommen im wesentlichen zwei in Betracht: erstens die *Gewährleistung der legitimen Rechte* von Menschen und zweitens die *Sicherstellung allgemein vorteilhafter Arten der sozialen Kooperation*. Demnach kann man sagen,

dass Herrschaft dann gerecht ist, wenn und soweit sie entweder erforderlich und geeignet ist, den wechselseitigen Rechten und Pflichten aller Betroffenen Geltung zu verschaffen, oder dazu dient, kooperative soziale Beziehungen zu ermöglichen, die allen Beteiligten zum Vorteil gereichen.

Unrechtsverhältnisse

Die vierte Form sozialen Handelns, auf die eigenständige Forderungen der Gerechtigkeit Anwendung finden, resultiert daraus, dass einzelne Menschen immer wieder gegen festgelegte Regeln des sozialen Zusammenlebens verstoßen, unbefugt in die Rechte anderer eingreifen oder ihre Pflichten gegenüber anderen verletzen, sei es in böser Absicht oder aus Nachlässigkeit. Solche Verhältnisse erfordern eine *Berichtigung des begangenen Unrechts*, durch die verletzte Rechte wieder hergestellt, zugefügte Schäden wieder gutgemacht und schwere Pflichtverletzungen bestraft werden. Dies wirft eine Reihe von schwierigen Fragen auf: Wer soll für eingetretene Schäden in welchem Umfang haften? Welche Vergehen sollen bloß die Pflicht zur Wiedergutmachung nach sich ziehen und welche sollen bestraft werden? Welche Strafen sollen gegen strafwürdige Vergehen angedroht werden?

Die Gerechtigkeitsforderungen, die die Berichtigung von Unrecht betreffen, seien *korrektive Gerechtigkeit* genannt, die ihrerseits wieder zwei Teile enthält: einerseits die *restitutive Gerechtigkeit*, die sich auf die Wiedergutmachung von Unrecht bezieht, und andererseits die *retributive Gerechtigkeit*, welche die Androhung und Verhängung von Strafen zum Gegenstand hat.

Es ist in diesem Zusammenhang weder möglich noch nötig, auf die vielfältigen Gerechtigkeitsprobleme, die sich hier erheben, im Einzelnen einzugehen. Im Allgemeinen wird man aber sagen können, dass Wiedergutmachung immer dann geboten ist, wenn ein Unrecht die Rechte *einzelner Personen* verletzt hat, während Strafe dann gerechtfertigt ist, wenn die Verfolgung von Pflichtverletzungen nicht bloß im Interesse einzelner Personen, sondern im *allgemeinen Interesse* liegt. Handlungsweisen, die beide Bedingungen zugleich erfüllen, machen sowohl Wiedergutmachung als auch Strafe erforderlich. Sofern Wiedergutmachung oder Strafe gefordert sind, muss deren Ausmaß dem Unrecht angemessen sein, d.h. dem Gewicht der verletzten Pflichten, aber auch dem Grad der Pflichtverletzung entsprechen.

Die Idee der sozialen Gerechtigkeit

Die Postulate der Verteilungs-, der Tausch-, der politischen und der korrektiven Gerechtigkeit sind nicht gänzlich unabhängig voneinander, sondern bedingen und ergänzen sich auf vielfältige Weise. Sofern soziales Handeln nicht nur in einer elementaren Interaktion besteht, sondern in *komplexen sozialen Beziehungen* stattfindet, innerhalb welcher sich mehrere Arten des sozialen Handelns überschneiden und vermischen, finden verschiedene Gerechtigkeitspostulate nebeneinander Anwendung. So bilden z.B. die Interaktionen zwischen den Mitgliedern einer Familie ein komplexes soziales Beziehungsgeflecht, das nicht nur ein Gemeinschaftsverhältnis, sondern auch Tausch-, Herrschafts- und Unrechtsverhältnisse einschließt. Damit verfügen wir über die Grundlagen, um nun das Konzept der sozialen Gerechtigkeit etwas genauer bestimmen zu können.

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit

Eine *Gesellschaft* ist nach üblichem Verständnis ein soziales Gemeinwesen, das aus einer Vielzahl kleinerer sozialer Einheiten besteht und diese vermittelt eines Systems sozialer Normen und Institutionen - seiner *sozialen Ordnung* - zu einem umfassenden und einigermaßen selbständigen Gesamtsystem menschlicher Daseinsbewältigung zusammenfasst. Da jede Gesellschaft ein überaus komplexes Netzwerk von sozialen Beziehungen darstellt, das *alle* erwähnten Formen des sozialen Handelns einschließt, ist ihre soziale Ordnung allen genannten Arten der substanziellen Gerechtigkeit unterworfen. Man kann daher *soziale Gerechtigkeit* definieren als die Gesamtheit aller jener Erfordernisse der Gerechtigkeit, die sich auf die soziale Ordnung und auf die grundlegenden sozialen Verhältnisse ganzer Gesellschaften beziehen.³

Die Idee der sozialen Gerechtigkeit fasst demnach alle jene Erfordernisse der Gerechtigkeit zusammen, die auf die soziale Ordnung umfassender und relativ selbständiger sozialer Gemeinwesen insgesamt Anwendung finden. Insoweit ein solches Gemeinwesen als ein *gemeinschaftliches Unternehmen* betrachtet wird, unterliegt ihre Ordnung den Postulaten der Verteilungsgerechtigkeit. In dem Umfang, in dem die sozialen Beziehungen in einer Gesellschaft über das Medium dezentraler *Austauschverhältnisse* koordiniert werden, gelten für sie die Postulate der Tauschgerechtigkeit. Insoweit eine friedliche und gedeihliche soziale Ordnung *Herrschaftsverhältnisse* erfordert, sind diese

den Postulaten der politischen Gerechtigkeit unterworfen. Und insoweit Verstöße gegen verbindliche soziale Normen *Unrechtsverhältnisse* schaffen, die nach Wiedergutmachung oder Strafe verlangen,

**ökom Verlag –
Wir publizieren Zukunft**



Handbuch Generationengerechtigkeit

Strahlender Atom Müll, steigende Meeresspiegel, ausufernde Staatsverschuldung: Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Zeit für eine Ethik, die die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt. Unser neues Denken müsse auch über das hinausgehen, was heute als ökologische Krise umschrieben wird, fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Und entwirft gemeinsam mit Soziologen, Juristen, Philosophen und Ökonomen konkrete Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche. So entsteht aus dem Nachsinnen über ethische Grundsätze ein politisches Programm für eine generationengerechte Welt.

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
ökom Verlag, München 2003
520 Seiten, ISBN 3-936581-09-6
25,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

www.oekom.de

Erhältlich bei pan adress
Sammelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de

kommen die Postulate der korrektiven Gerechtigkeit zum Zug.

Soziale Verteilungsgerechtigkeit

Zwischen den verschiedenen Erfordernissen der Gerechtigkeit bestehen diverse Abhängigkeiten, von denen *eine* spezielle Aufmerksamkeit verdient: das ist das besondere Gewicht, das die Erfordernisse der *Verteilungsgerechtigkeit* im Verhältnis zu allen anderen Postulaten besitzen. Diese Erfordernisse haben nämlich vor jenen der Tausch-, der politischen und der korrektiven Gerechtigkeit deswegen *Priorität*, weil alle Tausch-, Herrschafts- und Unrechtsverhältnisse bereits irgendeine anfängliche Verteilung der Rechte und Pflichten der beteiligten Personen voraussetzen und darum nur dann als gerecht gelten können, wenn schon jene Anfangsverteilung gerecht ist, d.h. den Erfordernissen der distributiven Gerechtigkeit entspricht.

Insoweit diese Erfordernisse auf die soziale Ordnung einer ganzen Gesellschaft Anwendung finden, bestimmen sie demnach zugleich die grundlegenden Rechtspositionen, die den Einzelpersonen im Rahmen privater Austauschbeziehungen, politischer Herrschaftsverhältnisse und vorkommender Normverletzungen gerechterweise zukommen müssen. Da eine gerechte Verteilung der grundlegenden Rechte und Pflichten der Gesellschaftsmitglieder somit eine notwendige Vorbedingung gerechter sozialer Verhältnisse darstellt, bildet die distributive Gerechtigkeit gewissermaßen den Kern der sozialen Gerechtigkeit überhaupt. Und dies ist offenbar der Grund, warum Diskussionen über soziale Gerechtigkeit meist um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit kreisen und warum gerade solche Fragen Gegenstand heftiger Kontroversen sind.

Wenn und soweit sich die Forderung der distributiven Gerechtigkeit auf die soziale Ordnung ganzer Gesellschaften erstreckt, ergibt sich aus deren Grundprinzip, dem Prinzip der Gleichbehandlung, ein *ganz allgemeiner Grundsatz der sozialen Verteilungsgerechtigkeit*, der in erster Annäherung etwa so formuliert werden kann: *Insoweit eine Gesellschaft eine Gemeinschaft darstellt, müssen ihre Mitglieder gleichen Anteil an den gemeinschaftlichen Gütern und Lasten haben, sofern Ungleichheiten nicht durch allgemein annehmbare Gründe gerechtfertigt sind.* Dieser Grundsatz - er sei das Prinzip der sozialen Gleichheit genannt - präjudiziert für sich allein noch keine spezifische Auffassung der sozialen Gerechtigkeit und ist mit jeder politischen Position vereinbar, die sich einer Moral der gleichen Achtung aller Menschen ver-

pflichtet fühlt. Infolgedessen wird das Prinzip der sozialen Gleichheit in irgendeiner Form von den meisten modernen Konzeptionen der sozialen Gerechtigkeit entweder ausdrücklich oder zumindest stillschweigend vorausgesetzt.

Umstritten ist jedoch, wie dieses Prinzip im Detail zu verstehen und auf die soziale Realität anzuwenden ist. Uneinigkeit besteht sowohl darüber, inwieweit und in welchen Hinsichten ganze Gesellschaften als Gemeinschaften zu verstehen sind, die den Erfordernissen der distributiven Gerechtigkeit unterliegen, als auch darüber, welche Güter und Lasten einer gerechten Verteilung bedürfen und welche Gründe in welchem Maße geeignet sind, soziale Ungleichheiten zu rechtfertigen.

Anmerkungen:

(1) Gute Analysen verschiedener Aspekte des Gerechtigkeitsbegriffs bieten z.B. Del Vecchio, Giorgio (1950): *Die Gerechtigkeit*. (2. Auflage). Basel: Verlag für Recht und Gesellschaft; Perelman, Chaim (1967): *Über die Gerechtigkeit*. München: C.H. Beck; Rawls, John (1971): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp; Lucas, John R. (1980): *On Justice*. Oxford: Oxford University Press; Dreier, Ralf (1991): *Recht und Gerechtigkeit*, in: ders.: *Recht - Staat - Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 8-38.

(2) Vgl. Aristoteles (2006): *Die Nikomachische Ethik*. Hg. von Olof Gigon (1972). München: dtv. V. Buch, 1130b f., S. 158f.

(3) Zum Konzept der sozialen Gerechtigkeit siehe insbesondere Frankena, William K. (1962): *The Concept of Social Justice*. In: Richard B. Brandt (Hg.): *Social Justice*. Englewood Cliffs, New York: Prentice-Hall. S. 1-29; Honoré, Tony (1970): *Social Justice*. In: R.S. Summers (Hg.): *Essays in Legal Philosophy*. Oxford: Blackwell, S. 61-94; Rawls, John (1971): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp; Miller, David (1976): *Social Justice*. Oxford: Clarendon Press; Koller, Peter (2003): *Soziale Gerechtigkeit. Begriff und Begründung*. In: *Erwägen Wissen Ethik* Jg. 14, Heft 2, S. 237-250.



Univ.-Prof. Dr. Dr. Peter Koller promovierte in den Fächern Jura und Philosophie und ist heute Professor am Institut für Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie und Rechtsinformatik an

der Universität Graz.

Ihre Spende für unsere Projekte

Die SRzG ist eine gemeinnützige Stiftung mit vielen enthusiastischen Helfern und Fördermitgliedern, stets neuen Projekten, jedoch auch sehr geringen finanziellen Mitteln. Nachdem das Weiterbestehen der SRzG im letzten Jahr gesichert werden konnte, bitten wir Sie, uns auch weiterhin zu helfen, damit wir uns für eine bessere Zukunft stark machen können.

Zurzeit arbeitet die SRzG an folgenden Großprojekten:

- Kampagne für die Verankerung von Generationengerechtigkeit in der deutschen und in der europäischen Verfassung

- Zeitschrift

- "GenerationenGerechtigkeit!"

- Sommerakademie

- "Generationengerechtigkeit und Demografischer Wandel"

- Kongress "Entzerrung der Rush-Hour des Lebens"

- 4. Generationengerechtigkeits-Preis zum Thema: Generation P.

- Ungleichbehandlung von Jung und Alt in der Arbeitswelt'

- 1. Demografie-Preis für Nachwuchswissenschaftler

- Buchprojekt "Wahlrecht ohne Altersgrenze?"

- International Volunteer Office

Jede Spende hilft und "zu kleine"

Spenden gibt es nicht. Wenn Sie

gezielt eines unserer Projekte unterstützen wollen, geben Sie im

Verwendungszweck den Projektnamen

an, ansonsten überweisen Sie einfach

mit dem Verwendungszweck "Spende"

auf:

SRzG, Konto 8039555800,
GLS-Bank eG (BLZ 43060967).

Sie erhalten eine steuerlich absetzbare
Spendenbescheinigung.

Generationengerechtigkeit

von Prof. Dr. Ulrich Steinvorth

Gerechtigkeit als die Summe erzwingbarer Normen

Gerechtigkeit wird gern als eines der vielen Beispiele dafür angeführt, wie wenig die Gesellschaft von Philosophen allgemeinverbindliche Ergebnisse erwarten kann. Seit Jahrtausenden zerbrechen sie sich den Kopf darüber, was wahr und wirklich, gut und gerecht ist, und noch immer hat jeder seine eigene Meinung! Ist es daher nicht vernünftiger anzuerkennen, daß es keine Allgemeinverbindlichkeit in Fragen der Gerechtigkeit gibt und ihre Entscheidung den Kräften zu überlassen, die schon immer entschieden haben, den Mächtigen?

Dieser Zweifel untergräbt sich selbst. Er setzt voraus, das eine könne *vernünftiger* sein als das andere, und gebraucht genau den Maßstab, den Philosophen in ihren Argumenten gebrauchen. Aber es ist auch falsch, daß das Nachdenken über Gerechtigkeit zu keinen anerkannten Ergebnissen geführt hätte. Es hat vielmehr zu einer folgenreichen Unterscheidung von Gerechtigkeit und dem Rest der Moral geführt, der oft mit Kant Moralität genannt wird. Gerechtigkeit gilt als die Summe *erzwingbarer*; Moralität als Summe zur Einhaltung nur empfohlener Normen.

Moralität. *Drittens* ist eine Norm erzwingbar, wenn ihre Verhinderung durch Zwang nicht als willkürlich gilt, sondern als moralisch geboten; als etwas, was die Schlechtigkeit einer Handlung verlangt. Dies unterscheidet die Gerechtigkeit von

sich als fähiger als die Staaten, Reichtum zu produzieren. Die private Sphäre, zuvor nur der enge häusliche Bereich, schwoll um den Bereich der Religion und Wirtschaft an und löste die öffentliche Sphäre als primärer Ort der Moral ab. Da

Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit, nicht der Autorität.

/ Francis Bacon /

willkürlichem positivem Recht. Erzwingbarkeit heißt daher nicht, daß beliebiger Zwang erlaubt ist; sie unterstellt vielmehr eine Verhältnismäßigkeit von Verhinderungsmittel und zu verhindernder Ungerechtigkeit und damit eine Skala der mehr oder weniger großen Schlechtigkeit. Diebstahl gilt als schlecht, aber weniger schlecht als Mord und ist daher nicht mit ebenso harten Zwangsmitteln zu verhindern und zu bestrafen wie Mord.

In der antiken Philosophie galten fast alle moralischen Regeln als erzwingbar und daher als Regeln der Gerechtigkeit; nur einige religiöse und Handelsregeln waren ausgenommen. Der Grund war die mangelnde Differenzierung der Gesellschaft in Staats-, Wirtschafts- und

die meisten Handlungen oder ihre wichtigsten Aspekte Familie, Religion oder Wirtschaft betreffen, mußte auch die Moral primär als System zur Lenkung des privaten Bereichs gelten und ihre Normen nicht als erzwingbar, sondern als durchsetzbar mit den Mitteln, die Familie, Religion und Wirtschaft organisieren: mit Überredung, Lob und Tadel und den Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage; kurz mit positiver Verstärkung statt mit negativer wie im Bereich des Staats.

Die Moraltheorien des 18. Jahrhunderts verstehen daher moralische Normen und Tugenden als Ergebnisse der menschlichen Natur, die man verdirbt und um ihre spezifisch moralische Würde bringt, wenn man sie mit Zwang hervorbringen will. *Hume* nennt solche Tugenden natürlich, solche der erzwingbaren Gerechtigkeit dagegen *künstlich*, *artificial*. Kant verweigert der Gerechtigkeit sogar den Titel einer Tugend, da er ihre Normen als *Rechtslehre* und die übrigen, eigentlich moralischen Normen als *Tugendlehre* zusammenfaßt. Humes und Kants Unterscheidung von Moralität und Gerechtigkeit wurde im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Rechtspositivismus verschärft, der das Recht im Unterschied zur Moralität als grundsätzlich willkürliche Regeln des amoralischen Staats betrachtete.

Heute ist dagegen die Gerechtigkeit überwiegend wieder als der Teil der Moral anerkannt, der aus moralischen Gründen erzwingbar ist: nicht weil der Staat, sondern die Schlechtigkeit ungerechter Handlungen es verlangt.

Minimierung von Zwang

Dies Verständnis der Gerechtigkeit aber führt zu einem Verständnis von Funktion

Es gibt nur etwas, das schlimmer ist als Ungerechtigkeit, und das ist Gerechtigkeit ohne Schwert. Wenn Recht nicht Macht ist, ist es Übel.

/Oscar Wilde /

Was heißt es, daß eine Norm erzwingbar ist? Es heißt *erstens*, daß man von ihr wie von allen moralischen Normen abweichen kann, ohne aufzuhören das zu tun, was man tun will. Diese Eigenschaft macht sie zur *regulativen* Norm und unterscheidet sie von *konstitutiven* wie denen des Schachspiels oder der Semantik: weicht man von diesen ab, hört man auf, Schach zu spielen oder die Sprache zu sprechen, die man sprechen will. *Zweitens* ist eine Norm erzwingbar, wenn zu ihrer Einhaltung nicht nur Mittel der Überredung und Belohnung dienen, sondern ein Zwang, der die Verhinderung und Bestrafung der verbotenen ungerechten Tat durch Tötung einschließt. Dies unterscheidet die Gerechtigkeit von der

Familien-sphäre. Öffentlicher und privater Bereich wurden unterschieden, aber moralische Regeln dem öffentlichen Bereich zugeordnet und dieser als die Sphäre der Polis und Gegenstand ihrer Zwangsmittel betrachtet. Daher fehlte ein Anlass, Gerechtigkeitsnormen als erzwingbare von andern moralischen Normen zu unterscheiden.

Das änderte sich in der Neuzeit, als Religion und Wirtschaft zur Privatsache erklärt wurden. Wir können heute erkennen, daß sie nie Privatsache sein können. Das 17. Jahrhundert hatte jedoch gute Gründe, sie zu solcher zu erklären: religiöse Kriege hatten Europa ruiniert, und das Bürgertum mit seinem Interesse, Ökonomie als Privatsache zu behandeln, erwies

und Inhalt der Moral insgesamt. Es hat sich erst mit der Aufklärung durchgesetzt, ist aber eine konsequente Entwicklung aus der Unterscheidung erzwingbarer und nicht erzwingbarer Rechte und Pflichten. Der Zwang, zu dem, wie Kant sagt, das Recht befugt, ist nur erlaubt, wenn er "als *Verhinderung eines Hindernisses der Freiheit* ... recht" ist.¹ Er darf nur sekundär sein und muß primären Zwang verhindern. Wenn wir nicht annehmen wollen, daß Menschen Gerechtigkeitsregeln ohne Sinn und Verstand entwickelt haben, müssen wir als ihr implizites Ziel die Minimierung von Zwang betrachten. Wir können vermuten, daß sie lernten, daß Gesellschaften mit wenig Zwang besser gedeihen als solche mit viel; daß Zwangminimierung nicht nur für die Beherrschten, sondern auch die Herrscher vorteilhaft ist. Diese Erfahrung kann leicht zum positiven Ideal werden, jedes Individuum in seinem Willen zu respektieren, das Kants Rechtslehre orientiert, und in einem weiteren Schritt zum Ideal, jedes Individuum nicht nur zu achten, sondern ihm, soweit man kann, zu helfen - zum Ideal der Moralität.

Das Verständnis von Gerechtigkeitsregeln als erzwingbar führt uns also zum Verständnis der Moral als zweistufiger Institution, die in ihrer ersten Stufe aus der Erfahrung des allseitigen Vorteils von Zwangsvermeidung Zwang zu verringern sucht und dazu und nur dazu Zwang erlaubt und in der zweiten Stufe, wenn einmal Individuen als zu respektieren anerkannt sind, auch Hilfe für sie fordert. Natürlich kann dies Verständnis nicht beanspruchen, die Geschichte der Moral zu erklären. Diese ist vielmehr auch von den Unterschieden in den Normen geprägt, die für das Verhalten zu Familienangehörigen und Freunden gelten (weitgehend übereinstimmend mit Normen der Moralität), zu Feinden und zu solchen Gruppen, die Freunde, aber auch Feinde werden könnten (weitgehend übereinstimmend mit Normen der Gerechtigkeit). Unser Verständnis kann aber erklären, warum wir in der Moral den Gegensatz erzwingbarer und nicht erzwingbarer Regeln finden. Die einen bestimmen, was eine Gesellschaft verbannt, die ändern, was sie empfiehlt. Die einen ziehen eine scharfe Grenze zwischen verboten und erlaubt; die ändern geben ein Ideal an, das man nie völlig, aber immer vollständiger verwirklichen kann.

Obgleich verschiedene Gesellschaften die Grenze zwischen verboten und erlaubt verschieden ziehen und verschiedene positive Ziele zu Idealen erheben können,

ist ihnen doch die Verpönung von Handlungen gemeinsam, deren Zwangscharakter offensichtlich ist. Das sind vor allem Mord und andre Gewalttaten und Betrug und andre Irreführungen. Was als Mord und Betrug verstanden wird, kann verschieden sein. Aber wird eine Handlung einmal als Mord oder Betrug verstanden, gilt sie auch als Unrecht. Es ist eben offensichtlich, daß solche Handlungen das Gedeihen von Gesellschaften verhindern und nicht als gerecht gelten können.

Generationengerechtigkeit

Die Idee der Generationengerechtigkeit ist erst vor einigen Jahrzehnten aufgekomen; als Reaktion zuerst auf das Zerstörungspotential moderner Techniken, die künftige Generationen gefährden, dann auf nationale Haushaltsprobleme, die die mittlere Generation zwischen Rentnern und Nachwuchs durch hohe Abgaben und künftige Generationen durch Staatsverschuldungen belasten. Allgemein anerkannt ist die moralische Intuition, daß die aktive Generation Pflichten gegen künftige Generationen hat, nämlich künftigen Generationen eine Welt zu hinterlassen, die zumindest nicht schlechter ist als die,

Staatsverschuldungsprobleme sah, entwickelte man allerdings auch keine Idee der Generationengerechtigkeit. Wenn wir dagegen unser Handeln künftigen Generationen gegenüber mit Begriffen der Gerechtigkeit verstehen, heißt das jedoch noch nicht, daß wir künftigen Generationen erzwingbare Rechte zusprechen können oder sollten. Denn daran könnte uns die Idee hindern, der die Aufklärung und Kant folgten, daß Rechtszwang nur zur Verhinderung eines primären Zwangs, eines Hindernisses der Freiheit legitim ist.

In der Tat hindert uns daran diese Aufklärungsidee. Denn mit der Annahme, künftige Individuen oder Generationen hätten Rechte, deren Nichtverletzung erzwingbar ist, lassen wir uns auf problematische Konsequenzen ein. Vergessen wir nicht, daß wir mit dieser Annahme zwar der moralischen Intuition folgen, daß wir künftigen Generationen eine Welt hinterlassen müssen, die wenigstens nicht schlechter ist als die uns hinterlassene, daß diese Intuition aber verschieden gedeutet werden kann. Sie gibt insbesondere nicht zu erkennen, ob die Pflichten, die sie nahelegen, erzwingbar sind. Dafür spricht

Selbst der Gerechte wird ungerecht, wenn er selbstgerecht wird.

/ Rudolf Hagelstange / dt. Schriftsteller /

die sie von früheren erhalten hat. Kontrovers ist, wie man diese Intuitionen zu erklären hat: welche Verbindlichkeit die Pflichten warum haben und worin sie konkreter bestehen.

Die Kontroversen sind nicht verwunderlich. Die Sorge für künftige Generationen in der Neuzeit wurde der privaten Sphäre aus Familie, Religion und Wirtschaft und daher nicht der Gerechtigkeit zugerechnet, sondern der Moralität. Daß das Verhalten zu künftigen Generationen überhaupt als ein Handeln anerkannt wird, das die Gerechtigkeit und nicht nur die Moralität betrifft, ist einer der vielen Belege dafür, daß die neuzeitliche Sphärentrennung zwischen privat und öffentlich zusammengebrochen ist. Offensichtlich sind Handlungsweisen, von denen Lebensqualität, Lebensform und die bloße Existenz möglicher künftiger Individuen abhängen, nicht als Privatsache zu betrachten, sondern als öffentlich, als alle und jeden angehend. Die Trennlinie zwischen öffentlich und privat verläuft heute wieder eher wie in der Antike, die Wirtschaft, Religion und Erziehung als öffentliche Angelegenheit anerkannte. Da man damals keine Umwelt-, Renten- und

zwar die Entschiedenheit, mit der wir die Schädigung künftiger Generationen verwerfen. Aber wenn wir nicht nur unsern Kindern und Enkeln und weiteren Nachfahren, zu denen wir eine emotionale Beziehung haben können, sondern auch anonymen möglichen Individuen in ungewisser Zukunft erzwingbare Rechte zusprechen, denen auf unsrer Seite erzwingbare Pflichten entsprechen, geraten wir in Schwierigkeiten mit der Aufklärungsidee vom Rechtszwang. Moralische und Gerechtigkeitsintuitionen sind notwendige Stützen zur Lösung moralischer und Gerechtigkeitsprobleme, aber sie reichen zu ihrer Lösung nicht aus. Sie verlangen vielmehr Kohärenz mit normativen Theorien und Ideen, und zu diesen gehört die Aufklärungsidee, Rechtszwang sei nur zur Verringerung von Zwang legitim.

Gesetze gegen Umweltverbrechen, nicht abstrakte Rechte sind nötig

Die Schwierigkeiten entspringen daraus, daß das Schlimmste, was wir der Menschheit antun können, kein Zwang gegen sie ist. Das Schlimmste ist nicht, eine Welt zu hinterlassen, in der die Menschen unter



© 1996 Forest Steward Councilship A.C.



Umweltfreundlich mit Brief und Siegel



Das grüne Jahrhundert hat längst begonnen. Die Zukunft gehört den Unternehmen, die einen aktiven Beitrag zu umweltbewusster Unternehmensführung leisten, weil nachhaltiges Wirtschaften sich in mehrfacher Hinsicht positiv auswirkt. Einerseits gut für Umwelt und Imagegewinn, andererseits eine ideale Möglichkeit zur Kosteneinsparung durch bewussten Ressourceneinsatz. Auch ressourcenschonendes Drucken muss nicht teurer sein – es braucht jedoch Visionen, Spezial-Know-how und außergewöhnliche Lösungen.

Worauf wir stolz sind: LokayDRUCK ist Projektunternehmen der Klima-Partner 2007. Alle durch die Produktion entstehenden CO₂ Emissionen werden konsequent neutralisiert.

Umweltschonend und kostensenkend

- Einsatz von Recycling- und FSC-Papier
- Emissions-/CO₂-Minimierung
- klimaneutraler Emissions-Ausgleich
- Druckfarben auf Rapsölbasis
- Chemikalien-Recycling
- Optimierte Entsorgungskonzepte
- Papierberatung mit eigener Kollektion
- Alkoholreduziertes Drucken
- Umweltmanagementsystem EMAS (Validierung Mai 2007)

Ab sofort ist die einmalige LokayDRUCK Papierkollektion mit 60 Recycling- und FSC-Papieren verfügbar.
Jetzt kostenlos anfordern: fleckenstein@lokey.de

LokayDRUCK

Ressourcenschonende Printprodukte

Thomas Fleckenstein | Tel 0 61 62.93 02-21 | fleckenstein@lokey.de
Königsberger Str. 3 | 64354 Reinheim | www.lokey.de

knappen oder verseuchten Ressourcen leiden; das Schlimmste ist, ihnen eine Welt zu hinterlassen, in denen keine Menschen leben können. Wenn wir aber eine solche Welt hinterlassen, tun wir niemand Zwang oder Unrecht an, denn man kann niemand etwas antun, der weder existiert noch existieren wird. Wenn wir unterstellen können, daß künftige Individuen leben werden, dann können wir davon reden, daß wir ihnen durch unser heutiges Umweltverhalten Schaden zufügen; etwa wenn wir heute knappe natürliche Ressourcen wie Öl und Süßwasser verschwenden. Daher können wir sagen, daß wir ihr Recht auf gleichen Gebrauch natürlicher Ressourcen verletzen. Wenn wir dies jedoch nicht unterstellen können, wird die Rede von ihren Rechten sinnlos. Wir können es aber nicht unterstellen, weil die Lebenden dabei sind, künftigen Individuen das Leben nicht nur schwerer, sondern unmöglich zu machen.

Wir können uns diese Möglichkeit und ihre Konsequenz für den Sinn der Rede von Rechten künftiger Generationen an einer Fiktion klarmachen. Nach reiflicher Überlegung und zwangsfreiem Diskurs kommen alle Lebenden überein, die Menschheit aussterben zu lassen. Vor die Wahl gestellt, entweder die bisherige Lebensform mit hohem Energieverbrauch aufzugeben oder das Überleben der Menschheit in, sagen wir, der zwanzigsten Generation zu sichern, entscheiden sich alle Lebenden für das Beibehalten der heutigen Lebensform. Um jedes Leiden künftiger Menschen zu verhindern, beschließen sie das allmähliche Aussterben durch Verbreitung einer bestimmten Chemikalie in der Luft, die die menschliche Fruchtbarkeit unumkehrbar so schwächt, daß die Menschheit nach zwanzig Generationen (wenn Leiden wegen knapper oder verseuchter Ressourcen zu erwarten sind) ausgestorben sein wird. (Der Leser mag sich selbst eine andere Art des Aussterbens ausdenken, wenn ihm diese nicht gefällt. Er könnte etwa das Aussterben durch einen schnellen kollektiven Selbstmord in einem atomaren Feuerwerk ersetzen.)

Ein solcher Beschluß würde niemandem Zwang antun; den Lebenden nicht, weil alle ihn beschlossen haben; den Künftigen nicht, weil es sie nicht gibt. Man könnte einwenden, er werde den Minderjährigen Zwang antun, die keine Stimme haben. Aber wenn die Erwachsenen, die ihre Interessen und Rechte vertreten, den Beschluß nach zwangsfreiem Diskurs fassen, nehmen sie auch die Interessen und Rechte der Minderjährigen nach bestem Wissen und Gewissen wahr. Die

Menschheit kann sich auslöschen, ohne Zwang auszuüben.

Eine solche Selbstauslöschung wäre, um es zu wiederholen, das Schlimmste, was wir der Menschheit antun können, aber sie würde niemand Zwang antun; sie würde auch kein Recht verletzen. Will man gegen sie ein Recht der Ungeborenen behaupten, geboren zu werden, dann sollte man den merkwürdigen Status eines solchen Rechts erkennen. Es könnte erstens aus praktischen Gründen nicht erzwungen werden. Wenn alle Lebenden für die Auslöschung der Menschheit entscheiden, gibt es niemand, der die Durchführung des Entscheids verhindern könnte. Zweitens aber, wenn wir trotzdem behaupten, daß der Entscheid ein erzwingbares Recht verletzt, würde die Erzwungung des Rechts das Aufklärungsprinzip verletzen, nach dem Recht nur zur Verhinderung eines primären Zwangs erzwungen werden darf. Denn ein primärer Zwang liegt hier nicht vor.

Das Problem ist nicht, daß wir künftigen Individuen keine Rechte zuschreiben können; das können wir, anders als manche Philosophen meinen,² durchaus. Aber dazu müssen wir annehmen, daß ihre künftige Existenz nicht unmöglich oder durch unsre Entscheidung schon ausgeschlossen ist. Genau das aber ist durch unser Umweltverhalten möglich. Es ist zwar sinnvoll, künftigen Individuen ein Recht zuzuschreiben, von den Lebenden eine zumutbare Umwelt hinterlassen zu bekommen, wenn mit ihrer Wirklichwerdung zu rechnen ist. Es liegt aber in der Hand der Lebenden, diese Möglichkeit auszuschalten.

Wir können uns das Problem am Beispiel eines in vielen Monarchien geltenden Rechts klarmachen, das oft das Recht eines nur möglichen künftigen Individuums ist, nämlich am Recht erstgeborener Söhne von Monarchen auf Thronfolge. Stellen wir uns vor, daß eine Gruppe spleeniger Monarchisten dies Recht dadurch aushebelt, daß sie ein Gesetz durchsetzt, nach dem Monarchen gehindert werden, Söhne zu zeugen. In diesem Fall würde das Erstgeburtsrecht der Prinzen sinnlos werden. Das Recht künftiger Generationen gegen uns, daß wir ihnen eine angemessene Umwelt hinterlassen, kann ebenso durch unsre Entscheidungen ausgehebelt werden, mit denen wir faktisch ihre künftige Existenz unmöglich machen. Tatsächlich verhalten sich die heute Lebenden so, daß sie die Existenz künftiger Generationen in mehr oder weniger kurzer Zeit unmöglich machen.

Um solches Aushebeln zu verhindern,

müßte dem Recht künftiger Generationen darauf, von uns eine angemessene Umwelt hinterlassen zu bekommen, das weitere Recht beigegeben werden, daß wir nicht ihre Existenz verhindern. Ein solches Recht könnte und müßte sogar, wenn andernfalls die Existenz künftiger Generationen gefährdet ist, von den Bürgern verlangen, Kinder zu zeugen. Damit würde die aufgeklärte Rechtsidee, Zwang zu verringern, in ihr Gegenteil verkehrt.

Wenn wir künftigen Generationen und Individuen erzwingbare Rechte absprechen, implizieren wir nicht, es sei kein Unrecht oder keine Ungerechtigkeit, ihnen keine Welt zu hinterlassen, die wenigstens nicht schlechter ist als die, die wir vorgefunden haben. Wir unterstellen aber, daß diese Art von Unrecht nicht in ein positives Strafrechtssystem eingefügt werden kann, weil positives Strafrecht der Idee folgen sollte, Rechtszwang dürfe nur der Zwangverringerung dienen. Diese Idee fallen zu lassen wäre gefährlich, weil Rechtszwang um so leichter mißbraucht werden kann, je weniger eindeutig er ans Ziel der Zwangverringerung gebunden wird.

Für die Erhaltung der Umwelt wird in jedem Fall durch die Zusprechung von Rechten an künftige Generationen überhaupt nichts gewonnen. Die Umweltschäden, die wir heute verursachen, treffen nicht nur und nicht erst in ferner Zukunft möglicherweise lebende Generationen, sondern schon die Lebenden und ihre Kinder, mit deren künftigen Leben wir mit einiger Wahrscheinlichkeit rechnen können. Ihre und unsere Interessen und Rechte werden durch das heute vorherrschende Umweltverhalten massiv verletzt. Solche Rechtsverletzungen sollten mit der Schärfe des Rechtszwangs verhindert und bestraft werden. Aber dazu muß der Rechtszwang an der Idee der Zwangverringerung gebunden bleiben - nur so kann er scharf sein.

Wir müssen daher zwischen zwei Arten von Generationengerechtigkeit unterscheiden, einer, die künftigen Menschen erzwingbare Rechte zuspricht und den Lebenden erzwingbare Rechtspflichten auferlegt, und einer, die es nicht tut. Der ersten Art entsprechen Pflichten zu unterlassen, was das Leben unsrer Kinder und der überschaubaren künftigen Generationen voraussehbar verschlechtert. Zu solchen Pflichten gehört ein verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern und die Pflicht, nur solche Techniken zuzulassen, die die Risiken, denen Menschen durch ihre bloße Existenz ausgesetzt sind, nicht noch weiter zu erhöhen, wie es durch riskante Atom- und Biotechniken, aber auch

durch solche Techniken geschieht, die Menschen zu Arbeitslosigkeit verurteilen. Dieser erzwingbaren Rechtspflicht kann und sollte zum Beispiel durch Stärkung und Einsetzung von Ethikkommissionen in allen Bereichen der Einführung neuer Techniken und durch Verschärfung der Richtlinien von Patentämtern zur Zulassung von Erfindungen entsprochen werden.

Die zweite Art von Generationengerechtigkeit hat keine erzwingbaren Rechte und Pflichten, hört aber deshalb nicht auf, öffentliche Angelegenheit zu sein und bestimmte Handlungsweisen als unbedingt verboten aus dem Bereich des Erlaubten auszuschließen. Die Handlungsweisen, die sie bedingungslos verbieten, sind jedoch von einer Art, daß sie sich durch Zwang nicht ausschließen lassen. Gerade das macht sie gefährlich. Versucht man sie dennoch als etwas zu verstehen, was man durch erzwingbare Rechte oder Pflichten ausschließen kann, so verstärkt man nur Illusionen über ihren Charakter und damit über die tatsächlichen Gefahren unsres heutigen Umweltverhaltens. Es gibt genug Wege und Vorschläge, diesen Gefahren wirksamer zu begegnen als durch die Erklärung von Rechten künftiger Generationen, angefangen von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf deutschen Autobahnen und Steuervorteilen für umweltfreundliche Techniken bis zur Einsetzung supranationaler Ämter mit Exekutivgewalt zur globalen Rationierung knapper Ressourcen.

Anmerkungen:

(1) Immanuel Kant, *Metaphysik der Sitten*, Einleitung in die Rechtslehre §D; ed. K. Vorländer, Hamburg (Meiner) 1954, S. 36.

(2) Beckerman, Wilfred (2004): *Intergenerational Justice*. In: *Intergenerational Justice Review*. Jg. 4, 2/2004. S. 1-5.



Prof. Dr. em. Ulrich Steinvorth ist seit 1982 Professor für praktische Philosophie an der Universität Hamburg. Seine Arbeitsgebiete sind Ethik, politische Philosophie und Metaphysik. Seit dem 1.9.2006 arbeitet er am Philosophischen Seminar der Bilkent Universität in Ankara.

Der moralische Status zukünftiger Generationen

von Dr. Axel Bohmeyer¹

Der Begriff der Generationengerechtigkeit hat die politische Agenda erobert. Die politische Konjunktur des Begriffs Generationengerechtigkeit dürfte mit der fraktionsübergreifenden Initiative zur institutionellen Verankerung eben dieses Begriffs im Grundgesetz einen vorläufigen Höhepunkt erreicht haben. Am 11. Oktober 2007 wurde dem Deutschen Bundestag der von 105 Abgeordneten unterzeichnete Entwurf eines "Generationengerechtigkeitsgesetzes" zur ersten Beratung vorgelegt. Dieser sieht die Änderung des Grundgesetzes vor und will dort den Begriff der Generationengerechtigkeit systematisch einbinden. Die Antragsteller markieren ein Strukturproblem politischer Entscheidungen: derzeit existierende Generationen würden gegenüber zukünftigen Generationen bevorzugt, deren Interessen in den politischen Lösungsansätzen nicht ausreichend berücksichtigt.² Deshalb soll nach Artikel 20a ein weiterer Artikel 20b eingefügt werden, der den Staat darauf verpflichten soll, "in seinem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten und die Interessen künftiger Generationen zu schützen".³ Viele der jetzigen politischen Entscheidungen hätten eine zeitliche (temporale) Dimension: die Auswirkungen dieser Entscheidungen müssten erst künftige Generationen tragen. Das gilt insbesondere für den Verbrauch natürlicher Ressourcen und die Schädigung natürlicher Lebensgrundlagen (Stichwort Klimawandel), für die - derzeit nur gebremste - Staatsverschuldung und für die Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherheit. Mit der Verortung des Begriffs der Generationengerechtigkeit im Kontext des Sozialstaatsprinzips wird der besondere Verfassungsrang deutlich, den die Abgeordneten der Generationengerechtigkeit zumessen. Die geforderte Änderung des Artikels 109 Abs. 2 zeigt zudem deutlich, dass die Antragsteller das Konzept der Generationengerechtigkeit nicht nur in die ökologisch imprägnierte Debatte um den Nachhaltigkeitsbegriff einbetten, sondern auch auf die Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder abzielen. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung des "Generationengerechtigkeitsgesetzes" wird der

Bundestag dieses im weiteren Verlauf des parlamentarischen Verfahrens in verschiedenen Ausschüssen diskutieren.

Generationengerechtigkeit als philosophisches Projekt

Nicht nur in den politischen Debatten, auch in der philosophischen Theoriebildung erfährt der Begriff der Generationengerechtigkeit in der letzten Zeit eine erhöhte Aufmerksamkeit. Es zeigt sich also, dass es durchaus eine gegenseitig

tierenden Generationen eingeht und diese zu rechtfertigen sucht. Es zeigt sich, dass die intergenerationelle Gerechtigkeit kein partikularistisches Theorieprojekt ist, vielmehr ist sie "die umfassendste Form der Gerechtigkeit, insofern *alle* Forderungen sozialer Gerechtigkeit bzw. der Beteiligungsgerechtigkeit aufgenommen *und* noch einmal hinsichtlich ihrer zeitlichen, d. h. hinsichtlich ihrer synchronen und diachronen Relationen auszulegen sind".⁵

Die Gerechtigkeit ist nichts anderes als die Nächstenliebe des Weisen.
/ Gottfried Wilhelm von Leibniz /

ge Befruchtung zwischen Politik und (politischer) Philosophie gibt. Angesichts der konkreten fraktionsübergreifenden Gesetzesinitiative stellt sich allerdings aus philosophischer Perspektive nochmals die drängende Frage, wie es um die philosophische Systematik der politischen Initiativen zur Generationengerechtigkeit bestellt ist. Was ist jenseits von medialen Trends und politischem Agenda-Setting von der Konzeption der Generationengerechtigkeit zu halten? Wie kann die politische Absichtserklärung, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit um weitere Bestimmungen zu erweitern, auch philosophisch plausibilisiert werden? Es besteht immerhin die Gefahr, dass diese Begriffserweiterung wenig oder sogar nichts zur Systematisierung des Gerechtigkeitsdiskurses beiträgt, dass es sich um rhetorische Leerformeln handelt. Wie also kann der Begriff der Generationengerechtigkeit in vorhandene philosophische Theorien sozialer Gerechtigkeit eingebunden werden? Die Entwicklung einer Theorie intergenerationaler Gerechtigkeit schreitet in der letzten Zeit deutlich voran.⁴ Der gemeinsame Ausgangspunkt der mitunter unterschiedlichen Konzeptionen ist die Einsicht, dass die neuen gesellschaftlichen Problemlagen aufgrund der temporalen Dimension vom traditionellen Gerechtigkeitsbegriff nicht vollständig erfasst werden können. In der philosophischen Diskussion kristallisiert sich mittlerweile eine tragfähige Argumentation heraus, die auf die moralischen Verpflichtungen zwischen zeitgleich exis-

Die Ausbuchstabierung der intergenerationalen Gerechtigkeit ist also gar keine radikale Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs, sondern nur eine folgerichtige, aber bislang unterbliebene Präzisierung. Die Frage, inwieweit der moralische Status zukünftiger (und vergangener) Generationen kohärent und konsistent bestimmt werden kann und inwieweit diesen Generationen in einem strengen ethischen Sinne *Rechte* zukommen, wird bei der temporalen Neuausrichtung des Gerechtigkeitsbegriffs aber zumeist ausgespart.

Der moralische Status früherer Generationen

In diesem Zusammenhang ist es aus philosophisch-systematischen Gründen interessant, sich auch mit der ethischen Reflexion der Gerechtigkeitsfragen auseinanderzusetzen, die mit der Bezugnahme auf frühere Generationen aufkommen. Wie kann man eigentlich den Opfern der Geschichte Gerechtigkeit zukommen lassen, wenn diese doch durch eine unüberbrückbare Grenze von den existierenden Generationen getrennt sind? Die Realität des Todes schneidet die früheren (verstorbenen) Generationen von allen Versuchen ab, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Insofern werden die modernen (nachmetaphysischen) Gerechtigkeitskonzeptionen insbesondere von einer theologischen Ethik auf ihre temporale Gerechtigkeitslücke hingewiesen. Es ist ihnen nicht möglich, die früheren Generationen in eine Gerechtigkeitskonzeption einzubinden. Dann aber

ist der Gerechtigkeitsbegriff der modernen Gerechtigkeitstheorien auch niemals allumfassend - also unbedingt und universal. Die zeitliche Vergessenheit bereitet somit das Feld einer theologischen Fundierung, in deren Mittelpunkt der Begriff der "anamnetischen Solidarität"⁶ steht. Eine solche anamnetische Solidarität verlangt von den existierenden Generationen eine moralische Zeugenschaft ab, es geht um die Konzeption einer Ethik der Erinnerung.⁷ Das moralische Zeugnis findet eine mögliche Konkretion in einer erinnernden Ehrung der Opfer von Ungerechtigkeiten: ein prominentes Beispiel hierfür das Denkmal für die ermordeten der Juden Europas. Dieses Denkmal ist das offizielle Erinnerungsdokument der Bundesrepublik, gleichwohl wird an diesem Ort von den Besuchern in sehr individueller Weise an die Vernichtung der Juden erinnert. Auch ist die Revision von Fehlurteilen - also die nachträgliche Korrektur von kodifiziertem Unrecht - der Versuch, den Toten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zugleich soll damit sichergestellt werden, dass das Unrecht keine unendliche Fortsetzung erfährt und sich unter Umständen auch unter den jetzt existierenden Generationen fortsetzt. Und doch zeigt sich an diesen Beispielen die eingeschränkte Reichweite der anamnetischen Solidarität. Das erlittene Unrecht der vergangenen Subjekte oder sogar kollektiven Generationen, ist zumindest diesseitig nicht einzuholen. Alle Versuche, die Gerechtigkeit wiederherzustellen bleiben in dem Sinne immer unvollständig, als dass sie die Subjekte nicht tatsächlich zu erreichen vermögen.

Der moralische Status zukünftiger Generationen

Auch der moralische Status zukünftiger Generationen ist im Gegensatz zum Status existierender Generationen nicht einfach zu bestimmen. Denn die Gerechtigkeitsansprüche zukünftiger Generationen können nicht so einfach ermittelt werden. Gleichwohl dürfte auf der Hand liegen, dass die Auswirkungen einiger unserer jetzigen Handlungen nicht die derzeit existierenden Generationen betreffen werden, sondern erst die zukünftigen. Und da die jetzigen Generationen sehr genau wissen, dass sie jetzige und eben nicht zukünftige Generationen sind, könnten sie in die Versuchung geraten, die Folgen ihres Handelns temporal zu externalisieren. Das wird in der oftmals bemühten Anleihe an das biblisch-apokalyptischen Bild polemisch verdeutlicht: Nach uns die Sintflut. Wie könnte nun

aber doch ein moralischer Status zukünftiger Generationen rekonstruiert werden, der sie in einem fundamentalen Sinne auch zu Trägern von Rechten machen würde?

Jedenfalls stünde es besser um die Menschheit, wenn man sich weniger auf Gnade und dergleichen Tugenden und Schwächen verließ, sich desto entschiedener aber auf Gerechtigkeit stützte.

/ Immanuel Kant /

Der Weg einer solchen Rekonstruktion kann nicht direkt, sondern nur indirekt erfolgen. Die moralische Verantwortung der jetzigen für die zukünftigen Generationen kann aus dem moralischem Selbstanspruch der Menschen abgeleitet werden. Die existierenden Menschen verstehen sich als moralische Subjekte. Und damit sie mit ihrer Moralität nicht in einen Selbstwiderspruch geraten, müssen sie auch immer die (zeitlich entgrenzten) Folgen ihres Handelns bedenken. Sie müssen dafür sorgen, dass die Zukunft zukünftiger Subjekte weiterhin offen bleiben kann. In diesem Sinne erhalten die zukünftigen Generationen nicht den Status eines Rechtssubjekts; vielmehr nötigt das moralische Selbstverständnis der Subjekte der derzeit existierenden Generationen diesen ein Verhalten ab, auch weiterhin die Bedingungen der Möglichkeit bereitzustellen, damit es auch noch in der Zukunft Träger von Rechten geben kann. Die eigentlichen Adressaten dieses moralischen Anspruchs sind also die derzeit existierenden Subjekte selbst. Damit ihr moralisches Handeln konsistent ist, dürfen sie die Folgen ihrer Handlungen nicht derart auslagern, dass zwar nicht die mit ihnen existierenden Subjekte, wohl aber zukünftige geschädigt werden.

Das Recht auf Rechtfertigung

Anhand der philosophischen Figur eines *Rechts auf Rechtfertigung* lässt sich verdeutlichen, was mit der Würde des Menschen gemeint ist. Demnach liegt der normative Kern dieser Rede "in einem normativen Verständnis der Person als begründendes, rechtfertigendes Wesen - als Wesen, das Rechtfertigungen ‚braucht‘, also gebraucht und benötigt, um unter seinesgleichen ein ‚menschenwürdiges‘ Leben führen zu können".⁸ Die Rechte der zukünftigen moralischen Personen können dann aus diesem Recht auf Rechtfertigung abgeleitet werden, auch wenn es sich hier um kein wechselseitiges Beziehungsverhältnis handelt. Denn die moralisch handelnden Subjekte der existierenden Generationen können aufgrund der natürlichen

Begrenzung ihrer Lebenszeit unter Umständen mit den zukünftigen Generationen niemals in Kontakt kommen. Ein Teil des menschlichen Selbstentwurfes ist es, sich als autonomes Sub-

jekt zu verstehen. Aus dieser Autonomie - verstanden als Selbstgesetzgebung - folgt die Selbstbindung des Menschen an das moralische Gesetz. Damit geht das moralische Gebot der Achtung der Freiheit und Unverfügbarkeit eines jeden anderen Menschen einher.⁹ Menschen sind somit "als Wesen mit einem unbedingt zu achtenden Recht auf Rechtfertigung anzusehen - einem Grund-Recht, das die alleinige Basis für alle weiteren Grundrechte ist. Menschliche Würde besitzen bedeutet, gleichberechtigtes Mitglied im Reich der Rechtfertigungswesen zu sein".¹⁰ Mit dieser philosophischen Konzeption kann sichergestellt werden, dass alle Menschen als moralische Personen anerkannt werden müssen, eben als Träger des Rechts auf Rechtfertigung. Rechte zu haben, ist das fundamentale moralische Recht. In einem zweiten Schritt kann dieses im intersubjektiven Raum angewendete Recht auch auf noch nicht existierende Menschen angewendet werden. Der moralische Selbstanspruch der existierenden moralischen Personen wird unterboten, wenn sie die Bedingungen zukünftiger Generationen in der Art begrenzen, dass es diesen nicht möglich sein wird, sich ebenfalls als Rechtfertigungswesen zu verstehen. Ignorieren die existierenden moralischen Subjekte die Notwendigkeit, die (zeitlich fortdauernden oder erst wirksam werdenden) Auswirkungen ihres Handelns moralisch zu rechtfertigen, dann setzen sie ihr moralisches Selbstverständnis aufs Spiel. Insofern ist die Forderung der Beachtung der Rechte zukünftiger Generationen ein Beitrag zur Ausformulierung eben dieses Selbstverständnisses.¹¹

Ein formales Begründungsrecht

Diese Re-Konstruktion des moralischen Status künftiger Generationen führt nicht zu einer Ausformulierung konkreter inhaltlicher Positionen, sondern ist in erster Linie ein formales Begründungsrecht. Es begründet zunächst einmal nur, dass die Interessen zukünftiger Generationen berücksichtigt werden müssen.

Erst in einem weiteren Schritt lässt sich daraus unter Umständen ableiten, dass mit diesem Begründungsrecht auch die Verteilung von gesellschaftlichen Grund-

Doch zugleich können aus der vorgeschlagenen fundamentalen Formulierung im Grundgesetz keine konkreten politischen Folgerungen umstandslos abgeleitet wer-

Gedanken Kants Grundlegung der Metaphysik der Sitten.

(10) Forst (2005), S. 593.

(11) Ähnliche Argumente werden im Kontext der bioethischen Diskussion angebracht. Vgl. Habermas (2001).

(12) Damit hätte eine solche verfassungsrechtliche Verankerung ähnliche (gleichwohl aber schwächere!) Auswirkungen wie die verfassungsrechtliche Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Vgl. dazu Kurzke-Maasmeier (2007).

Die Gerechtigkeit ist nicht untätig. Sie unterwirft sich nicht der Ungerechtigkeit.

/ Raymond Poincaré / frz. Politiker /

gütern gegenüber derzeit noch nicht existierenden Generationen argumentativ sichergestellt werden kann.

Die Einsicht in eine solche dünne, formale Theorie des moralischen Status zukünftiger Generationen hängt von dem ethischen Selbstverständnis der existenten moralischen Personen ab. Es ist das ethische Selbstverständnis, zu einer moralischen Rechtfertigungsgemeinschaft zu gehören, die sich nicht in den konkret zu skizzierenden wechselseitigen Gerechtigkeitsforderungen erschöpft, die existente moralische Personen (oder Generationen) sich schulden. Die Verpflichtung wird über diese temporale Grenze hinaus ausgeweitet. In einem solchen Sinn geht von den zukünftigen Generationen eine moralische Verpflichtung aus, die aber aufgrund der fehlenden Wechselseitigkeit als schwächer zu bezeichnen ist, als die moralischen Verpflichtungen, die sich mitunter aus der normativen Orientierung an der intergenerationellen Gerechtigkeit ergeben. Die jetzigen Subjekte haben sich zu fragen, wie sie die Verteilung der Grundgüter auch für die zukünftigen Generationen sicherstellen können. Mit der Rede von den Grundgütern ist aber zumindest der Spielraum eröffnet, eine gewisse Ungleichheit bzw. Ungleichverteilung zuzulassen, die dann aber argumentativ gerechtfertigt werden muss. Es sollte aber deutlich geworden sein, dass die Mindestbedingungen menschlicher Existenz nicht zerstört werden dürfen, wozu mit Blick auf die zukünftigen Generationen wesentlich die ökologischen Bedingungen der Möglichkeit menschlicher Existenz gehören.

Generationengerechtigkeit mit Verfassungsrang?

Mit einer expliziten institutionellen Verankerung des Begriffs der Generationengerechtigkeit in der Verfassung wird das gesamte staatliche Handeln darauf verpflichtet, die Interessen künftiger Generationen zu schützen. Es soll also eine umfassende Staatszielbestimmung etabliert werden, die die Anspruchsrechte künftiger Generationen in nahezu allen Politikfeldern zu berücksichtigen hätte.

den. Eine Implementierung der Generationengerechtigkeit im Grundgesetz würde also unter Umständen ausschließlich eine verhaltensnormierende Rolle nach sich ziehen.¹² Eine andere Lesart dieser institutionellen Verankerung der Generationengerechtigkeit dürfte sich sonst als juristisch monströs entpuppen. Das oben rekonstruierte formale Recht auf Rechtfertigung auch zukünftiger moralischer Subjekte als moralische Basis für konkrete materielle soziale Anspruchsrechte zu nehmen, erscheint mit Blick auf die temporale Dimension als zu schwach. Insofern ist die Konzeption von Rechten zukünftiger Generationen sowohl auf politischer als auch philosophischer Ebene eher als ein heuristisches Werkzeug zu verstehen, als dass diese Konzeption moralisch operationalisiert werden und auch über die verfassungsrechtliche Verankerung hinaus konkrete materielle Anspruchsrechte kodifiziert und auch gesetzlich eingeklagt werden könnten.

Anmerkungen:

(1) Ich danke Stefan Kurzke-Maasmeier und Andreas Lob-Hüdepohl für ihre Ratschläge und Empfehlungen.

(2) Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3399, S. 1-2. Interessanterweise betont der Gesetzentwurf auch, dass die (schon existierende) junge Generation ebenfalls strukturell benachteiligt wird.

(3) Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3399, S. 3.

(4) Vgl. Rawls (1975), Möhring-Hesse (2005), Veith (2006) und Tremmel (2006).

(5) Veith (2007), S. 189.

(6) Vgl. zu diesem Begriff aus nachmetaphysischer Perspektive Habermas (1997).

(7) Vgl. dazu Margalit (2002); vgl. auch Brumlik (1995).

(8) Forst (2005): S. 590.

(9) Vgl. zu diesem - natürlich Kantischen -

Literatur:

Bohmeyer, Axel (2004): Was meinen wir, wenn wir von Gerechtigkeit sprechen? In: Wissenschaftliche Arbeitsstelle des Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses (Hg.): Gerechtigkeit für Anfänger. Münster: Lit Verlag. S. 9-16.

Bohmeyer, Axel (2006): Jenseits der Diskursethik. Christliche Sozialethik und Axel Honneths Theorie sozialer Anerkennung. Münster: Aschendorff Verlag.

Brumlik, Micha (1995): Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Berlin: Berlin Verlag.

Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/3399 vom 09. November 2006, S. 1-5.

Forst, Rainer (2005): Die Würde des Menschen und das Recht auf Rechtfertigung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 4/2005 (53. Jg.). S. 589-596.

Habermas, Jürgen (1997): Israel oder Athen: Wem gehört die anamnetische Vernunft? Johann Baptist Metz zur Einheit in der multikulturellen Vielfalt. In: Ders.: Vom sinnlichen Eindruck zum symbolischen Ausdruck. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 98-111.

Habermas, Jürgen (2001): Die Zukunft der menschlichen Natur. Auf dem Weg zu einer liberalen Eugenik? Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Kurzke-Maasmeier, Stefan (2007): Kinderrechte mit Verfassungsrang? In: ICEP argumente, 2/2007 (3. Jg.). S. 1-2.

Autorität wie Vertrauen werden durch nichts mehr erschüttert als durch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden.

/ Theodor Storm /

Margalit, Avishai (2002): Ethik der Erinnerung. Max Horkheimer Vorlesungen. 2. Auflage (1. Aufl. 2000). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Möhring-Hesse, Matthias (2005): Lehren aus dem Generationenvertrag. Sozialethische Überlegungen zur intergenerationellen Gerechtigkeit. In: Theologie und Philosophie, 1/2005 (80. Jg.). S. 31-55.

Rawls, John (1975): Das Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. In: Ders.: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 319-327.

Tremmel, Jörg. Generationengerechtigkeit - eine Ethik der Zukunft. Unter: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/03581.pdf>, S. 1-27. Rev. 2007-10-19.

Veith, Werner (2006): Intergenerationelle Gerechtigkeit. Ein Beitrag zur sozialethischen Theoriebildung. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Veith, Werner (2007): Generationen beteiligen! Grundzüge einer Theorie intergenerationaler Gerechtigkeit. In: Ethica 2/2007 (15. Jg.), S. 173-193.



Dr. Axel Bohmeyer, geboren 1975, ist Geschäftsführer des Instituts für christliche Ethik und Politik an der katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin.

Er beschäftigt sich unter anderem mit dem Wandel und der Zukunft der Arbeit sowie der Anthropologie und Ethik der sozialen Arbeit.

••••• LIEFERBARE BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN DER SRzG •••••

- Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.):
- Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt, Rasch und Röhrling
- Verlag: Hamburg 1997 10 €
- Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.):
- Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen, Kore
- Verlag: Freiburg 1998, 10 €
- Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.):
- Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog
- über den Holocaust. Mit einem Vorwort von Roman Herzog,
- Ch.Links Verlag: Berlin 1999 20 €
- Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.):
- Handbuch Generationengerechtigkeit; oekom Verlag: München 2003 25 €
- Jörg Tremmel/Gotlind Ulshöfer (Hrsg.):
- Unternehmensleitbild Generationengerechtigkeit - Theorie und
- Praxis. IKO Verlag: Frankfurt 2005 25 €
- Jörg Tremmel: (Hrsg.): Handbook of Intergenerational Justice,
- Edward Elgar Verlag Cheltenham (UK) 2007 50 €
- Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit
- Folgende bisher erschienenen Ausgaben können Sie bei der SRzG beziehen:
- Finanzielle Generationengerechtigkeit (Jg. 2, Heft 1)
- Ressourcenproduktivität (Jg. 2, Heft 2)
- What is Generational Justice? - 1st engl. Ed. (Jg. 2 Heft 3)
- Generationengerechtigkeit oder Nachhaltigkeit (Jg. 3 Heft 1)
- Unternehmen und Generationengerechtigkeit (Jg. 3 Heft 2)
- Generationengerechtigkeit und Familienpolitik (Jg. 3 Heft 3)
- Generationengerechtigkeit und Bevölkerungspolitik (Jg. 4 Heft 1)
- Justice, Ethics, Ecology - 2nd engl. Ed. (Jg. 4 Heft 2)
- Generationenbeziehungen und Bildung (Jg. 4 Heft 3)
- Dt.-Poln. Ausgabe: Einführung in die Generationengerechtigkeit (Jg. 4 Heft 4)
- Unternehmensleitbild Generationengerechtigkeit (Jg. 5 Heft 1)
- Partizipation und Kinderwahlrecht (Jg. 5 Heft 2)
- Institutionalisation of Intergenerational Justice - 3rd engl. Ed. (Jg. 5 Heft 3)
- Einwände gegen Generationengerechtigkeit - 1. dt. - franz. Ausgabe (Jg. 6 Heft 1)
- Generationendialog (Jg. 6 Heft 2)
- Wahlrecht von Geburt an (Jg. 6 Heft 3)
- Erneuerbare Energien - 2. dt. - franz. Ausgabe (Jg. 6 Heft 4)
- "Nachhaltige Entwicklung" in Spanien - dt. / sp. Ausgabe (Jg. 7 Heft 1)
- Gesellschaftliche Generationen am Beispiel der 89er-Generation (Jg. 7 Heft 2)
- Wege zu mehr Kindern in Deutschland (Jg. 7 Heft 3)
- Einzelpreis je Heft: 10 € - Abopreis: 25 € jährlich
- - DVD über die SRzG
- - Kostenlose Schriften der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen :
- Kurzinformation (Flyer)
- Das Wichtigste in Kürze! (Die Selbstdarstellung der SRzG)
- Die SRzG im Spiegel der Presse
- Resolution des Europäischen Jugendkongresses 2000 "Our Common Future -
- Realising Sustainability", Resolution des 2. Jugendkongreß der SRzG (Politiktest-
- Ergebnisse), Resolution des 1. Jugendkongresses der SRzG (neue
- Generationenverträge)
- Gesprächskultur der SRzG
- Stellungnahme zur Darstellung des Generationskonfliktes in den Medien
- Videokassette von YOIS
- Rally of Youth 2001 (deutsch)
- Rally of Youth 2001 (englisch)
- (zu beziehen bei: Videart 21, Magnus Pechel, fon: 06421-63101 o. 0177-4146743, e-
- mail videart21@web.de)

Steigende Lebensqualität und Generationengerechtigkeit

von Dr. Jörg Tremmel und Oliver Goetz

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen hat in ihrem Handbuch Generationengerechtigkeit (2003) folgende Definition für die Gerechtigkeit zwischen den Generationen herausgearbeitet:

"Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse *mindestens so groß* sind wie die der heutigen Generation."¹

In die gleiche Kerbe wie vor 300 Jahren John Locke ("at least as much and as good")² schlägt auch der Tübinger Philosoph Otfried Höffe: "Verantwortungsvolle Eltern hinterlassen ihren Kindern ein Erbe, das möglichst *größer* (Hervorhebung durch die Autoren) ausfällt, als sie es von ihren Eltern übernommen haben."³

Die Grundidee, eine Verbesserung der Lebensqualität zukünftiger Generationen, wird in umformulierter Form von ganz unterschiedlichen Seiten geteilt. So schreibt der liberale Ökonom Hauser: "Man muss sich daher mit dem Grundsatz behelfen, dass jede Generation der nächsten eine größere Gesamterbschaft hinterlassen sollte, als sie selbst empfangen hat. Das heißt: Jede Generation sollte an die nachfolgende einen positiven Nettotransfer leisten, der *höher* (Hervorhebung durch die Autoren) ist als jener, den sie selbst von ihrer Vorgängergeneration empfangen hat."⁴

Ein Vertreter der extremen Linken, Karl Marx, schrieb im dritten Band des "Kapitals" einen ganz ähnlichen Gedanken nieder: "Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen *verbessert* (Hervorhebung durch die Autoren) zu hinterlassen."⁵

All diesen Definitionen ist gemeinsam, dass sie eine Besserstellung zukünftiger Generationen für ethisch geboten halten.

Die Besserstellung der Nachwelt als Kernelement von Generationengerechtigkeit

Unparteilichkeit wird zu Recht als eine Vorbedingung angesehen, damit Men-

schen in Diskussionsprozessen zu Maximen der Gerechtigkeit gelangen können. Diese Unparteilichkeit ist nur gegeben, wenn Menschen, während sie über Gerechtigkeit diskutieren, nicht wissen, welche Stellung sie später in der von ihnen entworfenen Gesellschaft haben werden.⁶ Da dies jedoch kein realer Zustand ist, sind 'Original Position'-Gedankenexperimente eine gute Methode, um Gerechtigkeitsmaximen zu bestimmen. In seiner berühmten Studie zeigte Rawls, dass im intragenerationellen Kontext die Beteiligten ein Minimax-Prinzip wählen würden.⁷ In der sonstigen Literatur über Gerechtigkeit wird entweder eine Gleichverteilung von Gütern oder eine Gleichheit der Ausgangschancen oder eine Gleichheit der Ergebnisse (indem schon bestehende Ungleichheiten nivelliert oder kompensiert werden) als 'gerecht' bezeichnet.⁸ Trotz der enormen Unterschiede dieser Konzeptionen wohnt doch allen eine Idee von Gleichheit inne. "Der Gerechtigkeitsbegriff suggeriert allen unvermeidlich die Vorstellung einer gewissen Gleichheit. Seit Platon und Aristoteles bis zu den zeitgenössischen Juristen, Ethikern und Philosophen sind alle über diesen Punkt einig", schreibt Chaim Perelman.⁹ Im intergenerationellen Kontext sieht es anders aus: Es ist nicht möglich, die früheren Generationen besser zu stellen, selbst wenn man dadurch die späteren schlechter stellt. Da die Zeit nur in eine Richtung verläuft, ist ein Ausgleich zwischen den Generationen nicht möglich. Unter dem Schleier der Unwissenheit in einem Rawls'schen Urzustand würde daher ein Gerechtigkeitsprinzip festgelegt, welches die Besserstellung späterer Generationen vorsieht.¹⁰

Aber was heißt 'verbessert'? Wie misst man, ob sich die Lebensqualität von zwei Generationen unterscheidet? Im vorliegenden Artikel werden zunächst subjektive Indikatoren zur Lebensqualitätsmessung untersucht. Als Ergebnis wird das kritische Fazit gezogen, dass sie nicht geeignet sind, um Aussagen über die Lebensqualität der zu unterschiedlichen Epochen lebenden Generationen zu treffen. Anschließend wird auf objektive Indikatoren der Lebensqualität eingegan-

gen, anhand derer sich die historische Entwicklung des Lebensstandards weit besser darstellen lässt. Ein Fazit rundet die Studie ab.

Zwei Ansätze zur Messung von Lebensqualität

Von Wright¹¹ unterschied bereits 1963 zwei Ansätze zur Messung von Lebensqualität: objektiv messbare Lebensumstände oder subjektiv erlebtes Wohlbefinden. Statt von 'subjektiven' und 'objektiven' spricht man auch von 'deskriptiven' und 'evaluativen' Ansätzen.¹² Objektive (deskriptive) Ansätze beschreiben beobachtbare Lebensverhältnisse und Ressourcen von Individuen, die von Außenstehenden nach wissenschaftlichen Standards erhoben werden. Subjektive (evaluative) Ansätze ermitteln durch Umfragen die subjektiven Empfindungen und Bewertungen des Betroffenen.¹³ Im Rahmen einer deskriptiven Untersuchung wird z.B. gefragt "Wie hoch ist ihr Einkommen?", im Rahmen einer evaluativen hingegen: "Sind sie mit ihrem Einkommen zufrieden?"

Probleme mit den Aussagen im Generationenvergleich

Die methodischen Probleme von subjektiv-evaluativen Ansätzen treten vor allem im intergenerationellen Vergleich hervor. Und sie beziehen sich nicht nur auf Fragen nach der Lebensqualität, sondern auch nach Glück, Zufriedenheit, subjektivem Wohlbefinden etc.

Üblicherweise werden von Glücksforschern Fragen gestellt wie: "Alles in allem, würden Sie sagen dass Sie sehr zufrieden (oder glücklich), zufrieden (oder glücklich), mittelmäßig zufrieden (oder glücklich), unzufrieden (oder unglücklich) oder sehr unzufrieden (oder unglücklich) mit ihrem Leben sind. Menschen sind nicht fähig und willig, absolute Beurteilungen abzugeben. Sie bewerten ihre Situation immer relativ zu anderen Menschen. Der Punkt, der bisher übersehen wurde, ist jedoch, dass sie ihre Situation grundsätzlich nicht relativ zu früheren oder späteren Generationen bewerten, sondern stets Zeitgenossen, also Menschen, die zur gleichen Zeit leben, für den Vergleich heranziehen. Nehmen wir als Beispiel die Glücks-

Abb. 1a)



Abb. 1b)

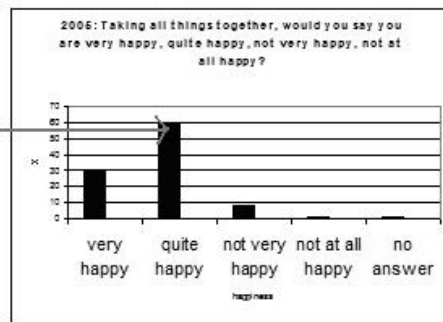


Abb. 1c)

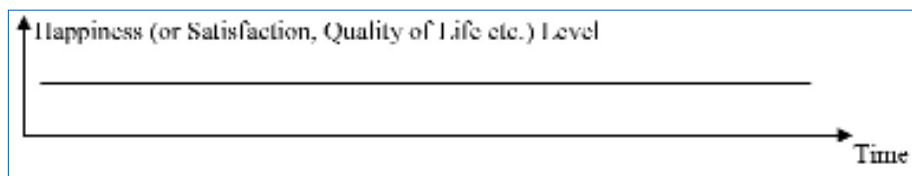


Abbildung 1a-c: Glücksniveaus zu verschiedenen Epochen und die falsche Schlussfolgerung
 Quelle: eigene Darstellung, fiktive Zahlenwerte.

verteilung in den Jahren 1850 und 2005. Die beiden zeitpunktbezogenen Abbildungen 1a und 1b zeigen gleiche Anteile von "quite happy people" und können für sich genommen methodisch einwandfrei sein. Der Irrtum der Glücksforscher liegt nun daran, dass sie aus Abb. 1a und 1b die Abb. 1c konstruieren und behaupten, die Zufriedenheit habe zwischen 1850 und 2005 nicht zugenommen. Übersichten wie Abb. 3c) finden sich in einer Vielzahl wissenschaftlicher Glücksstudien.¹⁴

Aber erinnern wir uns, wie das tägliche Leben aussah, wenn wir nur einige intertemporale Generationen zurückgehen. Im Jahr 1850 lag die durchschnittliche weltweite Lebenserwartung bei 30-40 Jahren, Operationen wurden ohne Narkose ausgeführt, der größte Teil der Bevölkerung war unfrei, die sozialen Unterschiede enorm, Kriege und Seuchen häufig. Bei Wind und Wetter musste man das Haus verlassen, um nachts mal auf die Toilette zu gehen. Wäsche waschen dauerte Tage, Reisen Wochen. Die Grundbedürfnisse waren bei der Masse in weit geringerem Umfang gedeckt als heute, Hunger war weit verbreitet. Selbst in den am weitesten entwickelten Ländern war damals das Leben größter Bevölkerungsteile durch bittere Armut, Kampf um das Notwendigste und Schutzlosigkeit gegenüber Krankheiten gekennzeichnet.¹⁵

Betrachten wir alle Generationen, die jemals gelebt haben, so waren die meisten davon Jäger und Sammler. Schon lange ist als Mythos entlarvt, dass die Naturvölker glücklicher sind, weil sie ein natürlicheres und stressfreieres Leben führen.¹⁶ Denn im Durchschnitt war das Leben der Jäger und Sammler keineswegs angenehm. "Die

meisten vegetierten dahin zwischen Angst und Not, von Raubtieren gejagt, von Ungeziefer angefressen, mit Würmern im Darm und Fliegenlarven in den Augen. Und was die Natur ihnen nicht an Leid zufügte, das verschafften sie sich selbst: Sie führten ewigen Krieg mit ihren Nachbarstämmen, versklavten ihre Frauen, sie verstümmelten einander durch grauenvolle Beschneidungsrituale und wateten durch einen Sumpf des Aberglaubens, der ihnen für übermorgen noch schrecklicheres Unheil androhte."¹⁷ Dennoch: Hätten Sozialforscher die Vertreter der Jäger- und Sammler-Generation und der Generation des 19. Jahrhunderts gefragt, wie glücklich sie sind, so hätten sich unserer Vermutung nach keine großen Unterschiede zur heutigen Verteilung ergeben. Kann man daraus schließen, dass die Bedürfnisse und Wünsche jeder bisher lebenden Generation in gleichem Maße befriedigt wurden? Natürlich nicht.

Die am meisten gewünschten Geburtsjahre

Was aber wäre die richtige Frage, um die Zufriedenheit im Generationenvergleich

zu ermitteln, und was die Antwort darauf? Die Frage lautet: "Wenn Sie nicht Ihre soziale Position oder ihr Geschlecht aussuchen könnten, jedoch die Wahl hätten, in welchem Jahr/welcher Ära Sie geboren worden wären, was würden Sie wählen? Sie würden im gleichen Land geboren werden, in dem Sie jetzt gerade leben. Nehmen Sie an, Sie würden nicht mehr über Ihr heutiges Bewusstsein verfügen und hätten keine Erinnerung mehr an Ihr altes Leben."

Eine solche Studie - meines Wissens bisher die einzige - wurde zwischen 2004 und 2007 durchgeführt.¹⁸ Folgende Vermutungen lagen zu Grunde: Ein anderes Jahr als das eigene Geburtsjahr auszuwählen impliziert notwendigerweise, dass das ausgewählte Jahr besser eingeschätzt wird als das tatsächliche. Falls sich die Mehrheit der Befragten ein Geburtsdatum in der Zukunft wünscht, so bedeutet dies, dass die Probanden die Lebensqualität in der Zukunft mindestens so hoch einschätzen wie in der Gegenwart. Falls jedoch die Mehrzahl der Befragten ihr gewünschtes Geburtsjahre in die Vergangenheit verlegt, so schreiben sie der Vergangenheit eine höhere Lebensqualität zu. Die Ergebnisse zeigt Abbildung 2:

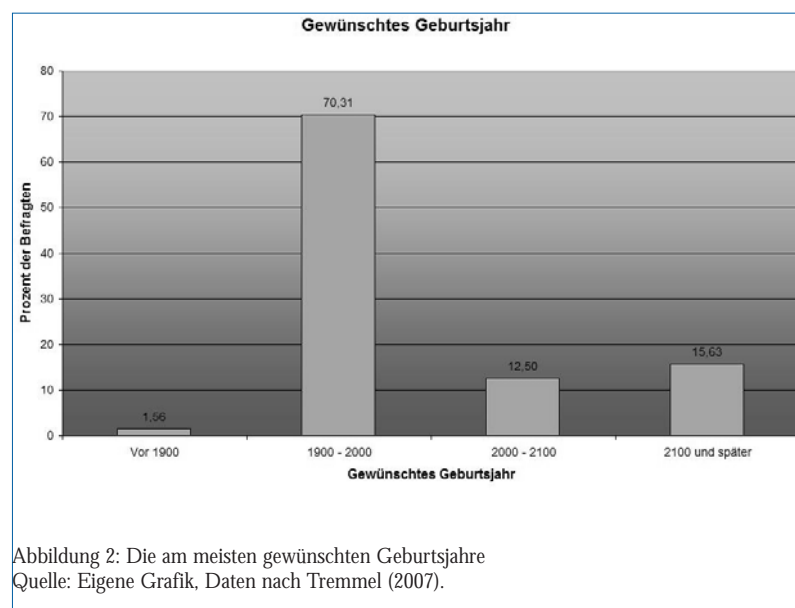


Abbildung 2: Die am meisten gewünschten Geburtsjahre
 Quelle: Eigene Grafik, Daten nach Tremmel (2007).

Es gab nur wenige Menschen, die ein Jahr außerhalb ihrer eigenen intertemporalen Generation wählten. Niemand wählte ein Jahr, welches vor 1895 lag. Die angegebenen Begründungen dafür waren u.a. Kriege, minderwertige Medikamente und Technologien sowie weniger Chancen auf ein erfülltes Leben. Dafür gab es erstaunlich viele, die den gewünschten Geburtszeitpunkt in die Zukunft verlegten. Begründet wurde das mit steigendem Wohlstand, besserer medizinischer Ver-

sorgung und mehr Lebenschancen. Nachdem die Schwächen subjektiver Befragungen für Generationenvergleiche herausgestellt wurden, wenden wir uns nun den objektiven Indikatoren zu.

Das Bruttonationaleinkommen als Instrument der Lebensqualitätsmessung

Ein klassisches objektives Instrument für die Wohlfahrtsmessung eines Staates stellt das Bruttosozialprodukt (BSP) dar, welches seit 1999 in Deutschland auch als Bruttonationaleinkommen (BNE) oder Bruttonationalprodukt (BNP) bezeichnet wird. Das BNP ist dabei die Summe aller in der jeweiligen Landeswährung (z.B. Dollar oder Euro) bewerteten Güter und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres hergestellt bzw. bereitgestellt werden.

Die beiden Grafiken zeigen die Entwicklung des BNP pro Einwohner innerhalb der wichtigsten Wirtschaftsregionen

der Welt im Zeitraum von 1820 bis 1992. "Westliche Offshoots" steht dabei für die USA, Kanada, Australien und Neuseeland, während Europa in drei Bereiche, Westeuropa, Südeuropa und Osteuropa aufgeteilt wird. Die weiteren Regionen sind Lateinamerika, Asien und Afrika. Außerdem wird in beiden Grafiken das durchschnittliche BNP aller Regionen angezeigt. Für alle sieben Regionen lässt sich ein Anstieg des BNP verzeichnen. Anhand dieser Grafik lässt sich also global der Trend zu einem wachsenden BNP feststellen, was aufgrund der vorangegangenen Annahmen auch zu einem Anstieg der Lebensqualität weltweit führen dürfte, wobei regional im Niveau unterschieden werden muss.

Einen weiter gefassten zeitlichen Überblick liefert Tabelle 1 (nächste Seite), in der ab Christi Geburt für bestimmte Jahrhunderte das BNP pro Einwohner wichtiger wirtschaftlicher Regionen und der Welt insgesamt berechnet wurde. Es

ist zu erkennen, dass im Jahr 1 in allen aufgelisteten Regionen das BNP pro Kopf knapp über der Armutsgrenze von 365 US-Dollar im Jahr lag und sich dies bis zum Jahr 1500 fortsetzt. Erst ab dem Jahr 1913 kann in der Mehrheit und ab dem Jahr 1989 in allen aufgelisteten Regionen ein vierstelliges BNP pro Einwohner beobachtet werden. Es lässt sich jedoch konstatieren, dass es im Laufe der Jahrhunderte in allen untersuchten Regionen einen Anstieg des BNP pro Kopf zu verzeichnen gibt.

Der HDI als Instrument der Lebensqualitätsmessung

Um die Mängel des BNP als Lebensqualitätsmaß zu beheben, wurde eine Vielzahl von verschiedenen Indizes entwickelt, die versuchen, außer der rein ökonomischen Dimension auch andere Dimensionen in den Fokus zu nehmen. Dabei ist die Palette konzeptioneller und operationalisierbarer Ansätze recht breit und entspricht der Erkenntnis, dass es nicht gelingen wird, einen Index zu entwickeln, der sämtliche Dimensionen der Lebensqualitätsmessung in sich vereint. Stattdessen werden je nach Fragestellung verschiedene Indizes verwendet, die nicht miteinander konkurrieren, sondern sich eher ergänzen.¹⁹ Der sicherlich bekannteste unter diesen Indizes ist der Human Development Index, oder kurz HDI, der seit 1990 jährlich im vom United Nations Human Development Programme (UNDP) der Vereinten Nationen herausgegebenen Human Development Report erscheint. Die Grundidee hinter dem HDI ist, dass menschliche Entwicklung sich nicht allein auf ökonomisches Wachstum beschränken darf, sondern in der Erweiterung der (Aus-)Wahlmöglichkeiten der Menschen und der Herstellung einer Umgebung liegen muss, die es den Menschen ermöglicht, lang, gesund und produktiv leben zu können.²⁰ Der HDI bezieht sich primär auf drei Komponenten, die als Schlüsselvoraussetzungen für menschliche Entwicklung angesehen werden. Diese sind: 1. die Möglichkeit, ein langes und gesundes Leben führen zu können, gemessen an der Lebenserwartung bei der Geburt, 2. Bildung, gemessen an der Alphabetisierungsquote der erwachsenen Bevölkerung (mit zwei Dritteln gewichtet) kombiniert mit der primären, sekundären und tertiären Immatrikulationsquote (mit einem Drittel gewichtet) oder neuerdings an der mittleren Anzahl an Schuljahren und 3. der Lebensstandard, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.²¹ Zur besseren intertemporalen Vergleichbarkeit wurden

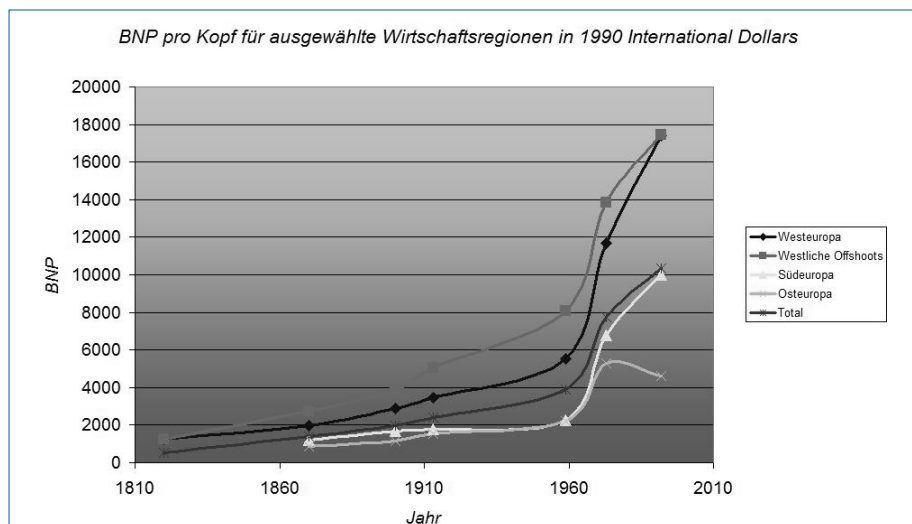


Abbildung 3a:
Quelle: Eigene Grafik, Daten nach: Maddison, Angus (1995): Monitoring The World Economy 1820 - 1992. Paris, OECD.

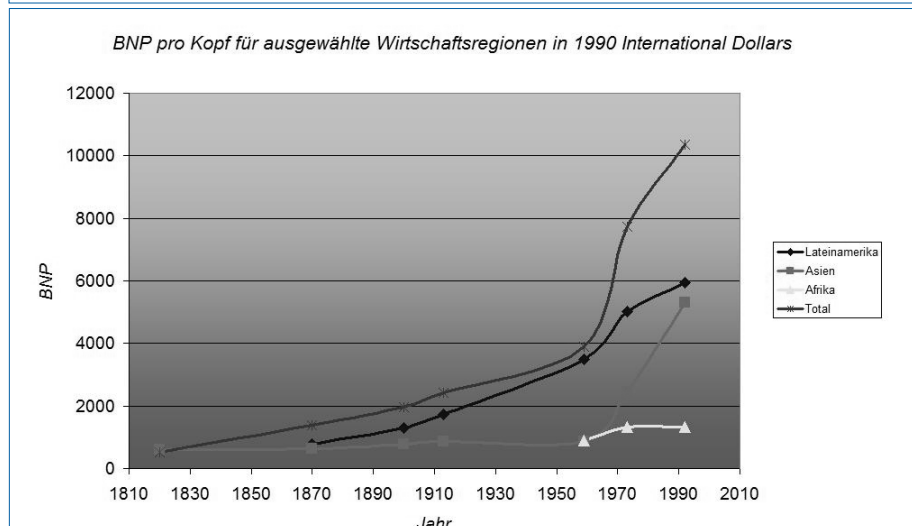


Abbildung 3b:
Quelle: Eigene Grafik, Daten nach: Maddison, Angus (1995): Monitoring The World Economy 1820 - 1992. Paris, OECD.

BNP pro Kopf (in 1990 International Dollars, PPP-berechnet)											
Gebiet/Jahr	1	1000	1500	1700	1820	1913	1950	1989	1996	2001	2003
Westeuropa	450	400	771	998	1204	3458	4579	15856	17097	19256	
USA	400	400	400	527	1257	5301	9561	23059	25066	27948	28797
UdSSR/ ehemalige UdSSR	400	400	499	610	688	1488	2841	7098	3854	4626	5267
Lateinamerika	400	400	413	441	692	1481	2506	5123	5556	5811	
China	450	450	600	600	600	552	439	1827	2820	3583	4185
Indien	450	450	550	550	533	673	619	1270	1630	1957	2194
Japan	400	425	500	570	669	1387	1921	17942	20494	20683	21104
Afrika	430	425	414	421	420	637	894	1463	1403	1489	
Welt	445	436	566	615	667	1525	2111	5140	5517	6049	

Tabelle 1: BNP pro Kopf seit Christi Geburt

Quelle: Eigene Tabelle, Daten nach: Goklany (2007): The Improving State of the World. Washington, D.C., CATO Institute.

1994 feste Tiefst- und Höchstwerte für die Komponenten festgesetzt: Lebenserwartung (25/85), Schuljahre (0/15), Einkommen (100/40000 reales BIP pro Kopf in Kaufkraftparität-Dollar).

Im Mittelpunkt der weiteren Untersuchung soll die historische Entwicklung des HDI stehen, da sich dieser aufgrund seiner Akzeptanz durch die Staatengemeinschaft als internationales Instrument der Wohlfahrtsmessung anbietet.²²

Formel 1: HDI Beispielrechnung:

$$\text{Index} = \frac{83(\text{Japan}) - 25(\text{Tiefstwert})}{85(\text{Höchstwert}) - 25(\text{Tiefstwert})}$$

Lebenserwartung in Japan

Die nächste Grafik zeigt den Durchschnitt der HDI-Werte der fünf Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Niederlande und USA der Jahre 1820, 1870, 1913, 1950, 1973 und 1990.²³ Es zeigt sich, dass sowohl der

Durchschnitt der HDI-Werte als auch die einzelnen Staatenwerte im untersuchten Zeitraum kontinuierlich ansteigen. Dieses Wachstum wird nicht allein durch den Anstieg eines einzelnen Einflussfaktors (wie z.B. des BNP) bewirkt, sondern in allen Fällen durch ein Ansteigen aller Faktoren. Dies bedeutet, dass sich die Lebensqualität in allen durch den HDI untersuchten Dimensionen verbessert hat. Ein näherer Blick soll nun, obwohl für unsere Argumentation vor allem der globale HDI von Bedeutung ist, auf den HDI Deutschlands geworfen werden. Dieser wird zunächst gesondert betrachtet und anschließend mit dem europäischen und dem globalen HDI verglichen.

Die auf S. 24 zu findende Abbildung 5 zeigt die Entwicklung des Human Development Index in Deutschland zwischen den Jahren 1820 bis 2004. Im Jahr 1820 lag der HDI in Deutschland bei etwa 0,092. Bis zum Jahr 2004 ist der HDI Deutschlands um mehr als das zehnfache angewachsen auf einen Wert von 0,932 (zum Vergleich: der niedrigste Wert im

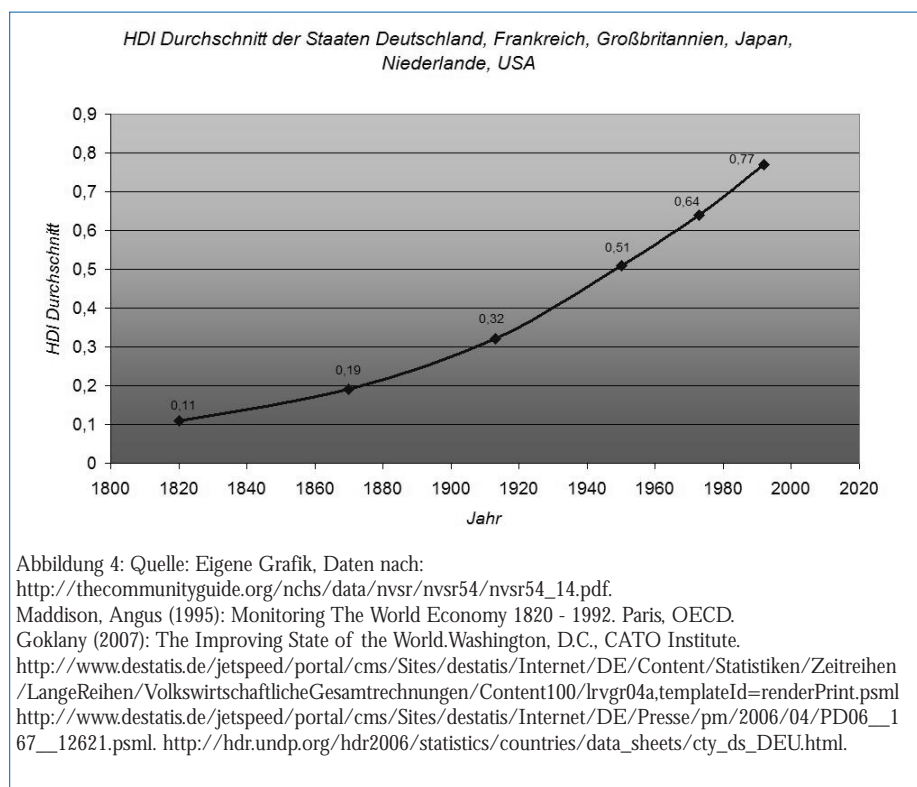
Jahr 2004 wurde von der Republik Niger mit 0,311, der höchste Wert von Norwegen mit 0,965 erreicht). Der Grafik lässt sich demnach entnehmen, dass es seit 1820 einen drastischen Anstieg der Lebensqualität gemessen am HDI in Deutschland gegeben hat.

Für den HDI in der EU und den globalen HDI reichen die Daten leider nur bis 1975 zurück, seitdem steigen die Werte stetig an. So stieg der HDI der EU 27 von 0,834 im Jahr 1975 auf den Wert 0,905 im Jahr 2004. Der steilste Anstieg kann in den Jahren zwischen 1995 und 2000 verzeichnet werden. Dieser Umstand lässt sich auf die fortschreitende Liberalisierung und Demokratisierung auch in den ehemaligen Ostblockstaaten zurückführen. Der Trend eines starken Wachstums des HDI lässt sich also nicht nur in Deutschland beobachten, sondern auch EU-weit nachvollziehen.

Auch auf globaler Ebene kann der Trend eines anwachsenden HDI bestätigt werden. Der globale Wert berechnet sich wiederum als das arithmetische Mittel aller global untersuchten Staaten. Die niedrigeren Werte lassen sich auf die Einberechnung der zahlreichen Entwicklungsländer zurückführen.

Die Reihenfolge der Länder nach dem HDI-Indikator unterscheidet sich erheblich von der Reihenfolge nach dem BIP/Kopf. In der Spitzengruppe finden sich vier europäische Länder (Norwegen, Island, Schweden, die Niederlande) und Australien.²⁴ Deutschland liegt auf Platz 18 (fünf Plätze hinter seinem BIP/Kopf-Rang). Absteiger im Vergleich zur BIP/Kopf-Rangliste sind vor allem die reichen Ölstaaten, die auf der HDI-Liste bis zu 36 Plätze hinter der BIP/Kopf-Liste zurückbleiben.

Fragen der Verteilungsgerechtigkeit sind beim HDI ausgenommen. Dies mag mancher als Mangel ansehen, aber wie wir im Rahmen der Diskussion von Gerechtigkeit noch sehen werden, besteht kein Konsens darüber, welches Ausmaß an Gleichheit bzw. Umverteilung wünschenswert ist. Anders als bei Einkommen, Bildung oder Gesundheit gilt hier nicht die einfache Regel: "Je mehr desto besser!". In disaggregierter Form zeigt der HDI aber Unterschiede nach Schichten, Ethnien oder Regionen auf, die Datenmaterial für die Auseinandersetzung über Gerechtigkeit liefern. Auch geschlechtsspezifische Fragen können miteinbezogen werden, indem man einen männlichen und einen weiblichen HDI für jedes Land berechnet.



HDI Deutschland 1820 - 2004

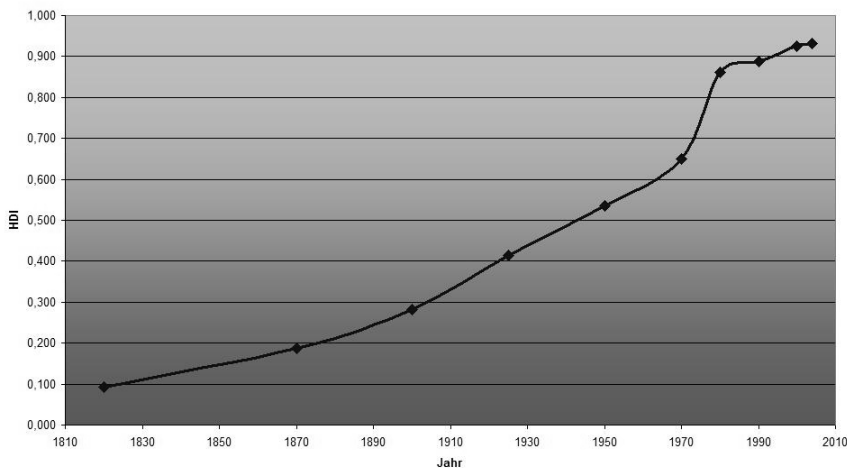


Abbildung 5

Quelle: Eigene Grafik, Daten nach:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Content100/lrvgr04a,templateId=renderPrint.psm>.

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2006/04/PD06__167__12621.psm.

http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/countries/data_sheets/cty_ds_DEU.html.

Maddison, Angus (1995): Monitoring The World Economy. Paris, OECD.

Vergleich HDI Deutschland - EU insgesamt

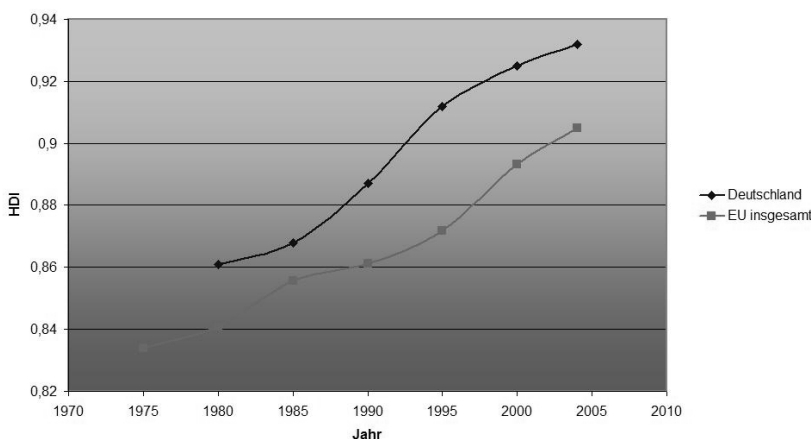


Abbildung 6:

Quelle: Eigene Grafik, Daten nach: http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/data/HDR06_excel.zip.

Vergleich HDI Deutschland - Global

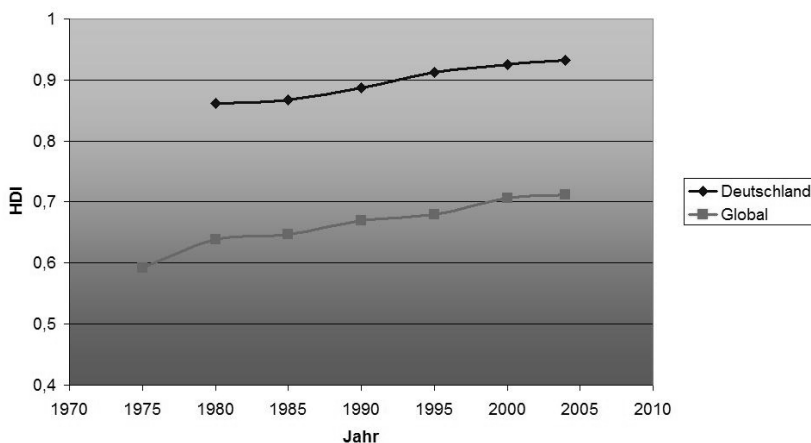


Abbildung 7:

Quelle: Eigene Grafik, Daten nach:

http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/data/HDR06_excel.zip

http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/countries/data_sheets/cty_ds_DEU.html.

Fazit

Als Ergebnis kann konstatiert werden, dass im historischen Generationenvergleich ein stetes Wachstum des Human Development Index zu verzeichnen ist, und zwar sowohl was den Wohlstand, die Chancen zur leiblichen Unversehrtheit und das Bildungsniveau anbelangt. Nimmt man an, dass der HDI das Konzept Lebensqualität konsistent darzustellen in der Lage ist, so muss nach den vorangegangenen Untersuchungen das eindeutige Fazit gezogen werden, dass die Lebensqualität von Jahrhundert zu Jahrhundert zugenommen hat. Kleinere Abweichungen ändern nichts am langfristigen Trend. Frühere Generationen haben der Nachwelt eine bessere Welt hinterlassen. Für uns erwächst daraus die Verpflichtung, es ihnen gleichzutun.



Dr. rer. pol. Jörg Tremmel ist Wissenschaftlicher Direktor der SRzG.



Oliver Goetz ist Student der Soziologie in Braunschweig.

Anmerkungen:

- (1) Tremmel (2003), S. 34.
- (2) Locke (1980).
- (3) Höffe (2007).
- (4) Hauser (2004), S. 36.
- (5) Marx (1975), S. 784.
- (6) Barry (1989), S. 184.
- (7) Rawls (1971).
- (8) Horn/Scarano (2002), S. 12.
- (9) Perelmann (1967), S. 307.
- (10) Für eine ausführliche Darstellung, wie die Vertreter aller Generationen in der 'original position' zu diesem Ergebnis gelangen würden, siehe Tremmel (2008).
- (11) Von Wright (1963).
- (12) Erikson (1993), S. 77.
- (13) Glatzer (2006), S. 172.
- (14) Zum Beispiel Layard (2005), 30, für den Zeitraum 1945-2000 für die USA. Allensbach (2002), 35, für den Zeitraum 1958 bis 2001 für Deutschland.
- (15) Birnbacher (1979), S. 41.
- (16) Stutzer/Frey (2001), S. 6.
- (17) Schneider (2007), S. 275.

- (18) Tremmel (2007).
 (19) Vgl. Seifert (1995), S. 2.
 (20) Vgl. Ul Hag (1995), S. 14.
 (21) Vgl. Glatzer (2006), S. 173.
 (22) Da für manche Regionen, Staaten oder Jahre keine offiziellen HDI-Daten verfügbar sind oder waren, wurden für diese fehlenden Daten eigene Berechnungen angestellt. Dazu benutzten wir die HDI-Berechnungsformel, wie sie oben dargestellt wird.
 (23) In beeindruckender Weise hat z.B. Maddison (1995) das Wachstum des GDP/Kopf zwischen 1820 und 1992 recherchiert. Die Daten der durchschnittlichen Lebenserwartung und der mittleren Anzahl der Schuljahre vor 1870 beruhen auf eigenen Berechnungen. Dazu wurde ein Mittelwert des Zuwachses beider Teilindikatoren zwischen den Jahren 1870 und 1900 errechnet und so die Daten zwischen 1820 und 1870 ergänzt.
 (24) UNDP (2003), S. 237 ff.

Literatur:

- Barry, Brian (1989): Theories of Justice, Berkeley: University of California Press.
- Birnbacher, Dieter (1999): Quality of life - Evaluation of description? Ethical Theory and Moral Practice 2 (1999), 25-36.
- Erikson, Robert (1993): Descriptions of Inequity: The Swedish Approach to Welfare Research. In: Nussbaum, Martha C. / Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. Oxford: Oxford University Press. S. 67-83.
- Frey, Bruno S. / Stutzer, Alois (2001): What can economists learn from happiness research? University of Zurich Working Paper No. 80/CESifo Working Paper 503. www.cesifo.de. Rev. 2007-09-17.
- Glatzer, Wolfgang (2006): Quality of Life in the European Union and the United States of America: Evidence from Comprehensive Indices. In: Applied Research in Quality of Life 1/2006: S. 169 - 188.
- Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Hauser, Richard (2004): Generationengerechtigkeit, Volksvermögen und Vererbung. In: Böhning, Björn / Burmeister, Kai (Hg.): Generationen & Gerechtigkeit. Hamburg: VSA. S. 29-44.
- Höffe, Otfried (2007): Gerechtigkeit zwischen den Generationen. In diesem Heft.
- Horn, Christoph / Scarano, Niko (2002) (Hg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.
- Layard, Richard (2005): Happiness. Lessons from a new science. London: Penguin.
- Locke, J. (1980). Second Treatise of Government, ed. C. B. MacPherson. Indianapolis: Hackett Publishing Company (ursprünglich erschienen in 1690).
- Marx, Karl (1975): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band (ursprünglich 1894). In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke. Bd. 25. Berlin: Dietz.
- Perelman, Chaim (1967): Über die Gerechtigkeit. München. Abgedruckt in: Horn, Christoph / Scarano, Niko (2002) (Hg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main. S. 305-311.
- Rawls, John (1971): A Theory of Justice. Cambridge: Harvard University Press.
- Seifert, Eberhard K. (1995): Jenseits des Bruttosozialprodukts. In: ISI Nr.13 Januar 1995. S. 1-5.
- Tremmel, Jörg (2008): A Theory of Intergenerational Justice. Im Erscheinen.
- Tremmel, Jörg (2007): Der Schleier der Unwissenheit. Eine empirische Studie zu präferierten Geburtsjahren. SRzG-Studie 2/2007. http://www.generationengerechtigkeit.de/images/stories/Publikationen/artikel_studien/studie2_2007_final.pdf.
- Tremmel, Jörg (2003): Generationengerechtigkeit - Versuch einer Definition. in: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Handbuch Generationengerechtigkeit. 2. überarbeitete Auflage. München: oekom. S. 27-80.
- Ul Haq, Mahub (1995): Reflections on Human Development. Oxford/New York: Oxford University Press.
- UNDP (United Nations Development Programme) (2003): United Nations Development Report 2003. http://hdr.undp.org/reports/global/2003/pdf/hdr03_MDC.pdf. eingesehen am 11.10.2007.
- Von Wright, Georg H. (1963): The Varieties of Goodness. London: Routledge.

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kinderwahlrecht

In Deutschland gibt es immer mehr ältere Menschen. Dabei könnten die Interessen der Jüngeren schnell ins Hintertreffen geraten. Doch ist die Einführung eines Wahlrechtes ohne Altersgrenze der richtige Weg, die Rechte von Kindern und Jugendlichen politisch zu stärken? Dieses Buch liefert eine vielschichtige, interdisziplinäre und kritische Analyse zu unterschiedlichen Modellen des Kinderwahlrechts.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.)
Wahlrecht ohne Altersgrenze?
 Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte.
 oekom verlag, München 2008, 399 Seiten, 39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-098-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom.de.rhenus.com
 Tel. +49/(0)81 91/970 00-105

Die guten Seiten der Zukunft



Inhaltsverzeichnis

A Theory of Intergenerational Justice

Jörg Tremmel

Gerechtigkeit und
menschliches Verhalten.

Heinz Harbach

Gerechtigkeit und politischer
Universalismus - John Rawls' Theorie
der Gerechtigkeit. Eine kritische
Analyse der Rechtfertigungsleistung.
Erik Stei

Generationengerechtigkeit am Prüfstand
Fuhrmann, Silvia (Hg.)

Gerechtigkeit und Bildung
Michael Wimmer, Roland Reichenbach,
Ludwig Pongratz (Hg.)

Jörg Tremmel: A Theory of Intergenerational Justice

Vorgestellt von Adrian Schell, Vorstand der
SRzG

Nach knapp vierjähriger Arbeit, betreut von Prof. Dr. Birnbacher an der Universität Düsseldorf, hat Dr. Jörg Tremmel nun seine zweite Dissertation mit dem Titel "A Theory of Intergenerational Justice" vorgelegt. Inhaltlich beschäftigt sich Tremmel mit dem Thema schon etwas länger: Seit zehn Jahren ist er Wissenschaftlicher Direktor der SRzG und hatte insofern ausreichend Zeit zur geistigen Durchdringung des Themas. Das nun vorgelegte Buch ist sein opus magnum im Bereich der intergenerationalen Ethik, und zugleich eine der gründlichsten und umfassendsten Abhandlungen, die zu diesem noch jungen Thema erschienen sind. Es wird im Sommer 2008 auf englisch erscheinen und soll in dieser thematisch dazu passenden Ausgabe vorgestellt werden, allerdings in Form einer Inhaltsangabe, nicht einer Rezension.

Seit der griechischen Antike ist die Idee der Gerechtigkeit ein Gegenstand intensiver philosophischer Debatten. Systematische Konzepte und Theorien zur Gerechtigkeit zwischen nicht überlappenden Generationen wurden allerdings erst

in den letzten Jahrzehnten formuliert. Diese Zeitverzögerung erklärt sich aus der unterschiedlichen Reichweite des menschlichen Aktionsradius damals und heute. Erst seit dem 20. Jahrhundert hat der Mensch mit der modernen Technik das Potential, durch sein Handeln das Schicksal von Menschheit und Natur bis in die ferne Zukunft irreversibel negativ zu beeinflussen. Zu Platons oder Kants Zeiten gab es keine Umwelt-, Renten- und Staatsverschuldungsprobleme im heutigen Ausmaß, daher war objektiv der Bedarf nach Gerechtigkeitstheorien, die über einen räumlich und zeitlich begrenzten Bereich hinausgehen, nicht gegeben. Nach Ansicht von Hans Jonas ist das Neuland, das die Menschheit mit der Hochtechnologie betreten habe, für die ethische Theorie noch ein Niemandsland. Die vorliegende Arbeit möchte einen Beitrag leisten, dieses Niemandsland zu erkunden.

Nach dieser Einleitung schließt sich in der Arbeit ein kurzer epistemologischer Abschnitt über das Definieren mit Hilfe von wissenschaftlichen Kriterien an - darauf kommt Tremmel bei der Klärung der umstrittenen Begriffe immer wieder zurück. Danach ist die Arbeit in vier große Abschnitte unterteilt:

- Clarification of the Term 'Generation'
- Arguments against Theories of Generational Justice

der abgegrenzt. Bei Aussagen über Generationengerechtigkeit wird meist der chronologische Generationenbegriff zu Grunde gelegt. Auch unter Verwendung des familialen Generationenbegriffs sind Aussagen möglich, der gesellschaftliche Generationenbegriff kann hingegen bei Aussagen über Generationengerechtigkeit keine Rolle spielen. Sodann werden verschiedene Vergleiche zwischen chronologischen Generationen unterschieden: vertikale, diagonale, horizontale und Gesamtlebensverläufe. Als Ergebnis zeigt sich, dass diagonale Vergleiche und Vergleiche von Gesamtlebensverläufen entscheidend sind. Andere Vergleiche können nur begrenzt für Aussagen über Generationengerechtigkeit herangezogen werden. Bevor Tremmel seine eigene Theorie der Generationengerechtigkeit entwickelt, geht er im zweiten Abschnitt auf die wichtigsten Argumente gegen jede Theorie der Generationengerechtigkeit ein. In diesem Zusammenhang wird erstens das Nicht-Identitäts-Paradox aufgegriffen, und zweitens die Behauptung, zukünftigen Generationen könnten aus logischen Gründen keine Rechte zugesprochen werden, untersucht. Das von Schwartz, Kavka und Parfit ausformulierte Nicht-Identitäts-Problem besagt, dass wir potentielle Individuen in ungewisser Zukunft nicht schädigen können, wenn unsere (schädigende) Handlung eine

Jede Zeit hat ihre Aufgabe, und durch die Lösung derselben rückt die Menschheit weiter.

/ Heinrich Heine /

- What to Sustain? Capital or Wellbeing as an Axiological Goal?
 - How much to Sustain? The Demands of Justice in the Intergenerational Context
- Am Ende schließt ein Fazit die Arbeit ab.

Zu den Hauptabschnitten: Aussagen über Generationengerechtigkeit setzen Vergleiche zwischen Generationen voraus. Allerdings ist der Generationenbegriff mehrdeutig. Im ersten Abschnitt werden 'gesellschaftliche', 'familiale' und 'chronologische' Generationenbegriffe voneinan-

derung für ihre Existenz ist. Eine Aufzehrung aller Ressourcen wäre demnach kein Schaden für zukünftige Menschen, da es diese Menschen bei einer Politik des Ressourcenerhaltes nicht gäbe. Tremmel bringt dagegen drei Argumente vor, die in ihrer Gesamtheit zeigen, dass das 'Nicht-Identitäts-Problem' für die üblichen intergenerationalen Probleme wie Kriege, Umweltschutz oder Staatsverschuldung irrelevant ist und seine Berechtigung nur in einem sehr eng umgrenzten Bereich der Reproduktionsmedizin hat. Mit dem 'Your Neighbour's

Children' werden zunächst individuelle Taten von kollektiven Aktionen ganzer Generationen unterschieden, wodurch sich die Reichweite des Nicht-Identitäts-Paradoxons stark reduziert, da es nur für eigenen Nachwuchs, nicht für andere Mitglieder einer nachfolgenden Generation gilt. Grundsätzlich in Frage gestellt wird das 'Nicht-Identitäts-Problem' mit dem 'butterfly-effect argument'. Tremmel führt aus, dass es falsch ist, aus einer schwachen Multikausalität eine starke monokausale Beziehung zu konstruieren. Die Kausalität zwischen nachweltfeindlichen Aktionen, z.B. einem nicht-nachhaltigen Ressourcenverzehr, und der genetischen Identität der nächsten Generation ist nicht stärker als der berühmte Schmetterlingseffekt, nach dem der Flügelschlag eines Schmetterlings in Asien einen Sturm in der Karibik auslösen kann. Das dritte Argument, das 'quasi-harm argument', belegt, dass ein Akt der Reproduktion verwerflich sein kann, selbst wenn sie wegen des Nicht-Identitäts-Paradoxons nicht direkt vom dadurch geborenen Kind kritisiert werden kann.

Danach wird im gleichen Abschnitt auf den Einwand eingegangen, dass zukünftige Generationen keine Rechte haben können. Nun muss man wissen, dass Tremmels Theorie der Generationengerechtigkeit eine am Wohl, nicht an den Rechten zukünftiger Generationen festgemachte Gerechtigkeitstheorie ist. Insofern sind Fragen, ob potentiellen Menschen Rechten zukommen können (bzw. wenn ja, welche) nicht die wesentlichen Fragen, die diese Theorie beantworten muss. Dies wird mit einer Unterscheidung zwischen dem Konzept der Gerechtigkeit (die seit über zweitausend Jahren diskutiert wird) und dem Konzept von Rechten, das erst vor wenigen hundert Jahren aufkam, nachvollziehbar. Dennoch vertieft sich die Arbeit auch in dieses zweite Gegenargument und beantwortet es folgendermaßen: "Das Sprechen von den Rechten zukünftiger Generationen ist möglich, ohne dass ein logischer oder konzeptioneller Fehler vorliegen muss. Wen man als Rechtsträger deklariert (z.B. Tiere, Komapatienten, Föten oder eben zukünftige Personen) ist im Bereich der moralischen Rechte eine Frage der Konvention, im Bereich der kodifizierten Rechte ist es eine empirische Frage."

Nun schließen sich die beiden Hauptabschnitte "Sustain What?" und "Sustain How Much?" an. Der erste behandelt die axiologische Frage, was eigentlich das letztlich wertvolle Gut ist, welches im Generationenvergleich erhalten bzw. weiter-

gegeben werden soll. Als alternative intrinsische Ziele von gesellschaftlichen Arrangements werden einerseits 'Kapital', andererseits 'Wohl (im Sinne von Bedürfniserfüllung)' untersucht. Kapital wird in 'Naturkapital', 'Sachkapital', 'Finanzkapital', 'kulturelles Kapital', 'Sozialkapital' und 'Wissenskapital' aufgliedert. Das Ziel 'menschliches Wohl' wiederum wird ebenfalls in zahlreichen Facetten behandelt, wobei subjektive und objektive Ansätze zur Messung desselben gegenübergestellt werden. Als Fazit wird die Überlegenheit des axiologischen Zieles 'menschliches Wohl' gegenüber der Alternative 'Kapital' festgestellt, da Kapital letztlich nur ein Mittel ist, um die Steigerung von Wohl zu erreichen.

Im Abschnitt "How Much to Sustain?" schließlich behandelt Tremmel die Frage, was wir kommenden Generationen aus Gerechtigkeitsgründen schulden. Dabei werden drei im intragenerationellen Kontext etablierte Gerechtigkeitskonzeptionen auf ihre Anwendbarkeit auf den intergenerationellen Kontext untersucht: Gerechtigkeit als Unparteilichkeit, Gerechtigkeit als Gleichbehandlung gleicher Fälle und Gerechtigkeit als Reziprozität. Der wahrscheinlich wichtigste Teil der Arbeit (bzw. ihr Kern) ist die Anwendung des Rawl'schen Schleier der Unwissenheit, um Prinzipien für die Gerechtigkeit zwischen Generationen zu finden. Rawls selbst hat diesen Gedanken nicht zu Ende geführt. Wo Rawls aufgehört hat, macht Tremmel weiter. In der Dissertation wird herausgearbeitet, dass sich die Vertragspartner in der 'original position' gegen eine Gleichheit aller Generationen entscheiden würden, weil Gleichbehandlung wegen der Vorwärtsbewegung der Zeit bedeuten würde, das (niedrige) Niveau der allerersten Generation auch auf weitere Generationen zu übertragen. Dabei ist insbesondere der Charakter der 'autonomous savings rate' von Bedeutung: "Later generations will inevitably benefit from the experiences, innovations, and inventions of earlier ones. There is no way earlier generations could benefit from future technology and medicine, because time is one-directional. Justice as 'equality' is not an option, unless the participants ordered each generation to burn down all its libraries and destroy all innovations and inventions before it dies. But then, all generations of mankind would vegetate on the lowest possible level of civilisation." Letztlich wird von den Teilnehmern der 'original position' festgelegt werden, dass jede Generation die Verantwortung hat, eine Besserstellung kommender Generationen durch die 'autonomen Fortschritts-

faktoren' nicht zunichte zu machen. Statt einer 'savings rate' im Sinne von aufopferndem Konsumverzicht wird eine 'preventive savings rate' festgelegt, nämlich die Pflicht zur Vermeidung von ökologischen, sozialen oder technischen Zusammenbrüchen.

Die Arbeit ist der Philosophie zuzurechnen, sie weist allerdings einen relativ hohen Grad von Interdisziplinarität auf. Gerade der Abschnitt "What to sustain?" bezieht viele soziologische und ökonomische Aspekte mit ein. Die Arbeit berücksichtigt die wesentliche Literatur zu Generationengerechtigkeit aus zwei Sprachräumen, nämlich sowohl aus dem deutschen als auch die im angelsächsischen.

Tremmel, Jörg (2008): A Theory of Intergenerational Justice. Erscheint Mitte 2008.



Heinz Harbach: Gerechtigkeit und menschliches Verhalten.

Rezensentin: Constanze Matthiessen

Das Buch "Gerechtigkeit und menschliches Verhalten" ist 2006 beim Hamburger Verlag Dr. Kovac erschienen. Der Verfasser, Heinz Harbach, ist Privatdozent an der Soziologischen Fakultät der Universität Bielefeld.

Der Band verbindet die moralphilosophischen Ansätze der Gerechtigkeitsforschung mit den empirischen Sozial- und Verhaltenswissenschaften, indem er aktuelle Diskussionen, Thesen und Ansätze der verschiedenen Disziplinen miteinander in Beziehung setzt. In den acht Kapiteln seines Buches beschäftigt sich Harbach mit verschiedenen Ebenen des Begriffes Gerechtigkeit, wobei er neben den moralischen, staatswissenschaftlichen, soziologischen und psychologischen Ansätzen auch die soziobiologischen Modelle vorstellt.

Einführend geht Harbach auf die unterschiedlichen Definitionen mitsamt ihren historischen Ursprüngen, und den daraus resultierenden Theorien des Begriffes

Gerechtigkeit ein. Dabei weist er explizit auch hin auf die verschiedenen Unter-ebenen, die sich aus den einzelnen Schu-len, wie beispielsweise dem Rationalismus mit Immanuel Kant und dem Empirismus mit David Hume, ergeben. Unterschieden werden können die Mikrotheorien, die sich auf das Individuum als Aus-

Harbachs fünfter Untersuchungsbereich beschäftigt sich mit Konflikten, die im Bezug zu Gerechtigkeit stehen. Dabei geht er auf verschiedene Konsens- und Konfliktmodelle in der Gesellschafts-theorie, wie beispielsweise Thomas Hobbes Leviathan und dessen Mensch-ebild, ein. Anschließend stellt er die

windung des subjektiven, individuell mo-ralisch beeinflussten Standpunkts, was eine gerechte Gesellschaft bzw. eine gerechte Handlung ausmacht. (S. 181) Im Anschluss führt der Autor außerdem die einzelnen Elemente der vorangegangenen Kapitel zusammen, indem er noch einmal die handlungstheoretischen Grundan-nahmen für Individuen in kollektiven Gruppen mit biologischen Grundannah-men, sozialer Konditionierung und moral-philosophischen Überlegungen kombi-niert. Harbach kommt zu dem Fazit, dass die Ursache für "so wenig Gerechtigkeit in der Welt!" (S. 199) auf unrealistischen Annahmen bezüglich des menschlich Machbaren sein, d.h. dass von einem fal-schen Menschenbild ausgegangen wird, dem weit mehr Handlungsoptionen und damit Möglichkeiten zu gerechten Ver-halten zugeschrieben würden als die wis-senschaftlichen Disziplinen belegen kön-nen.

Mit vielen theoretischen Verweisen auf die Ursprünge und Grundlagen der Ge-rechtigkeitsforschung stellt Harbach die aktuelle Untersuchungsansätze und For-schungsdiskussionen dar. Dabei gelingt es ihm einen umfassenden und interessanten Einblick in die verschiedenen Perspek-tiven und Ebenen des Gerechtigkeitsbe-griffes zu geben. Durch etliche Verweise und Zitate erläutert er konzentriert aber anschaulich zudem die wichtigsten The-sen und Zustände; jedoch erschwert die-ses Buch dem unvorbereiteten Leser das Verständnis durch seine Komplexität an dichten Inhalten und wissenschaftlichen Bezügen. Trotz einiger praktischer Ver-weise und Erläuterungen bleibt das Werk ein spezifisches Fachbuch, dass einen umfassenden Einblick in die verschiede-nen Analyseebenen der heutigen Ge-rechtigkeitsforschung und -diskussion bie-tet. Allerdings pflegt der Autor einen ungewöhnlichen Schreibstil ("Gerhard Schröder hätte es (damals) wahrscheinlich gefreut." S. 29). Durch sein interdisziplinäres Vorgehen spricht Harbach zudem Leser der verschiedensten Richtungen an. Sein Werk zeigt sehr deutlich, wie beein-flussend Gerechtigkeit sowohl in der all-täglichen Lebenserfahrung des Einzelnen wie auch in der wissenschaftlichen Forschung verankert ist.

Heinz Harbach (2006): Gerechtigkeit und menschliches Verhalten. Hamburg: Verlag Dr. Kovac. 214 Seiten, ISBN: 3-8300-2665-X, Preis: 58 €



Es soll Gerechtigkeit geschehen und wenn die Welt daran zugrunde geht.

/ Ferdinand I /

gangspunkt konzentrieren und die Makro-theorien, welche den Fokus auf die Gesamtgesellschaft mit ihren Institu-tionen richten. Das Konzept der "Gerechtigkeit als Fairness" ("A Theory of Justice" 1971) von John Rawls wird ausführlich vorgestellt. Harbach sieht es aber als "zum Scheitern verurteilt" (S. 33) an, weil es keine Brücken zwischen methodologischem Individualismus und Kollektivismus offeriere.

Im Folgenden konzentriert Harbach sich auf den biologisch-evolutionären Aspekt des Gerechtigkeitsbegriffs, wobei er For-suchungsansätze vorstellt, die mit Hilfe von soziobiologischen Erklärungen menschl-ches Verhalten bezüglich Gerechtigkeit einordnen und analysieren wollen. Hier werden beispielsweise "genetische Grund-lagen" (S. 40) und altruistisches Verhalten in der Tierwelt (S. 41) untersucht.

Im dritten Kapitel geht Harbach auf die moralischen Aspekte von Gerechtigkeit ein. Dabei verweist er unter anderem auch auf die Psychoanalyse nach Sigmund Freud, die neben dem "Über-Ich" als wichtigste "moralische Instanz" (S. 58) ebenso die Wichtigkeit von so genannten "Sozialisationsagenten" (S. 58) für gerech-tes Sozialverhalten betont. Auch allgemei-ne Lerntheorien, die den individuellen Bezug zu Gerechtigkeit und gerechtem Verhalten in der menschlichen Konditio-nierung suchen, werden an dieser Stelle näher beleuchtet.

Im Anschluss an dieses Kapitel untersucht der Autor Gerechtigkeit im soziologischen Kontext. Dabei erwähnt er neben dem Begriff der sozialen Gleichheit auch aus Gerechtigkeit resultierende Probleme in der Sozialstruktur einer Gesellschaft und das Phänomen der dort herrschenden Ungerechtigkeit. Er weist zum Beispiel auf die Art und Weise hin, wie heutige Gesellschaften mit ihren Opfern von Ungerechtigkeit umgehen. Auch die so genannte "soziale Frage" erläutert Har-bach an dieser Stelle als ein Merkmal moderner Gesellschaften.

Klassentheorie von Karl Marx vor, die sich mit der "dialektischen Ur-Situation [...] des Kampfes der realen Gegensätze in der gesellschaftlichen Wirklichkeit." (S. 112) auseinander setzt und die sozialen Si-tuation von Mitgliedern einer Gesellschaft hinsichtlich ihrer Güterversorgung be-leuchtet. Im Folgenden stellt Harbach auch Ralf Dahrendorfs kritische Werke bezüglich Marxs Klassentheorie vor. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit einem Verweis auf die in den 60er Jahren entwickelte Friedens- und Konflikt-forschung, die Gerechtigkeit in internatio-nalen und gesamtgesellschaftlichen Kon-flikten und Kooperationen untersucht. Kapitel sechs behandelt den gesellschaftli-chen Aspekt von Gerechtigkeit. Hierbei geht Harbach zuerst auf das Menschen-und Gesellschaftsbild des Kommuni-tarismus ein, bei dem das Element der gewünschten und individuell benötigten Gemeinschaftlichkeit in Verbindung zur modernen Informations- und Dienst-leistungsgesellschaft als mögliches Sank-tionsmittel gesetzt wird. Einfache und komplexe Gleichheit werden im Folgen-den gegenübergestellt.

Die empirische Gerechtigkeitsforschung erfährt im achten Bereich des Buches Erwähnung. Hier trennt der Autor Gerech-tigkeitsurteile und gerechtes Verhalten und unbedingte gegenüber lokaler Gerechtigkeit. An dieser Stelle betont er die Anknüpfungproblematik zwischen empirischen Sozialforschern, ihren Me-thoden sowie der Vorgehensweise der Moralphilosophen, da die Ziele dieser bei-den Schulen auseinander divergieren.

In seinem letzten Kapitel geht Harbach schlussendlich auf den übergeordneten Titel seines Buches ein und behandelt die Thematik Gerechtigkeit und menschliches Verhalten. Hier nun verweist er auf die Gemeinsamkeit der verschiedenen im Buch vorgestellten Ansätze der Gerech-tigkeitsforschung hin, die im gleichen Atemzug auch den größten methodolo-gischen Kritikpunkt ausmacht: die Über-



Erik Stei: Gerechtigkeit und politischer Universalismus - John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit. Eine kritische Analyse der Rechtfertigungsleistung.

Rezensenten: Jörg Tremmel und Manuel D. Pollak

Erik Steis Buch *Gerechtigkeit und politischer Universalismus - John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit* erschien in der Schriftenreihe *Politik begreifen*, die sich mit empirischen und normativen Problemen der Politikwissenschaft auseinandersetzen will. Steis Magisterarbeit ist aber klar der Philosophie zuzurechnen. Der Autor stellt sich Fragen, nämlich erstens, wie sich Gerechtigkeitspostulate generell begründen lassen, und zweitens, welche Begründung John Rawls in seiner berühmten Theorie der Gerechtigkeit verwendet. Im Anschluss geht der Autor noch auf die Kritik an Rawls in der Literatur ein. Steis Hauptziel ist, die Rawls'sche Theorie "auf der Landkarte ethischer Theorien zu verorten." (S. 46) Damit dies gelingen kann, muss zunächst eine gute Landkarte gezeichnet werden. Deshalb werden im ersten Teil der Arbeit in Bezug auf den Status normativer Aussagen Kognitivismus und Non-kognitivismus diskutiert, im Hinblick auf den Wirklichkeitsbezug Realismus und Konstruktivismus. Das Problem der Letztbegründung in der Moral wird durch das sog. Trilemma beschrieben. Dieses besagt, dass a) zu einem infiniten Regress kommen kann, b) ein Zirkelsschluss erfolgen kann oder c) das Weiterfragen irgendwann abgebrochen wählt.

Antworten darauf können nach Stei der Fundamentalismus, der Kohärentismus und der Kontraktualismus liefern. Der Autor beschreibt den Fundamentalismus als die Strategie, die c) wählt. Bestimmte Sätze gelten als evident und nicht hinterfragbar. Diese fundamentalen Sätze können benutzt werden, um andere Sätze abzuleiten bzw. zu begründen.

Damit grenzt Stei den Fundamentalismus

vom Kohärentismus ab, der wie folgt charakterisiert wird: "Das Hauptaugenmerk liegt hier nicht auf einer (...) direkten Erkenntnis der Realität, sondern (...) auf der Übereinstimmung - der Kohärenz - der Sätze eines Gesamtsystems. (...) Dem kohärentistischen Verständnis zufolge kann man zwar von Sätzen sprechen, die innerhalb eines Überzeugungssystems eine zentralere Rolle einnehmen als andere, nicht jedoch von fundamentalen Sätzen, die schlicht und einfach evident sind. (...) Im Gegensatz zum Fundamentalismus sind diese Setzungen aber einerseits offen für gegebenenfalls notwendige Revisionen und andererseits weder als intuitiv im Sinne des Intuitionismus noch als realistisch oder anderweitig evident definiert." (S. 28/29) Der Kontraktualismus - unter dem Stei so unterschiedliche Denker wie Hobbes, Locke, Rousseau, Kant, Scanlon, Buchanan, Barry und eben Rawls subsumiert - sei die dritte Strategie der Morallerleitung. Empirisch oder hypothetisch verstandene Vertragstheorien dienen hier als Strategie zur Letztbegründung moralischer Normen.

Soviel zum 1. Teil des Buches. Bei einem Gesamtumfang der Magisterarbeit von unter 100 Seiten ist hier die Dichte der Überschriften sehr hoch - eine wirkliche

Schwierigkeit, Rawls Begründungsstrategie in das Muster der möglichen Letztbegründungsstrategien einzuordnen, kann nun ein Fehler von Rawls sein, oder ein Fehler der vorher gezeichneten ethischen Landkarte. Dazu müssen wir die ethische Landkarte beurteilen, was unten geschehen wird. Generell ist übrigens kritisch anzumerken, dass Stei nicht berücksichtigt, dass Rawls die inhaltlichen Gerechtigkeitsprinzipien, zu denen die Teilnehmer im Urzustand gelingen würden, selbst noch verändert hat. Stei zitiert (S. 45) Rawls Fassung dieser Prinzipien von 1971, obwohl Rawls in seinem 2001 erschienen Buch *Justice as Fairness: A Restatement* diese Prinzipien abgeändert hat. Dies wirkt sich zwar nicht auf Steis Hauptfrage aus, schmälert aber den Wert des Abschnitts, in dem Stei Rawls Gerechtigkeitsprinzipien inhaltlich kommentiert. Als ein Fazit seiner Untersuchung (S. 65/66) arbeitet Stei aus einer bestimmten Textpassage bei Rawls (1971, 159 ff.) heraus, dass Rawls wohl Moralvorstellungen, die für alle möglichen Welten gelten sollen, ablehnt. Absolute, vom Menschen unabhängige Moralvorstellungen gibt es nicht, wohl aber intersubjektive Übereinstimmungen aller wohlüberlegten Urteile. Die Wahrheitsfähigkeit moralischer Sätze bleibt - allerdings auf einem schwächeren

Moral predigen ist leicht, Moral begründen ist schwer.
/ Arthur Schopenhauer /

Auseinandersetzung zwischen den Schulen unterbleibt.

Im zweiten Teil wird Rawls Theorie - Textbasis ist einerseits die Theorie der Gerechtigkeit (1971), andererseits Rawls erkenntnistheoretischer Aufsatz *Ein Entscheidungsverfahren für die normative Ethik* (1951) - eingeordnet. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass Rawls Begründungsstruktur doppelt gelagert ist: das "Überlegungsgleichgewicht", das Rawls im älteren Aufsatz bereits ausführlich beschreibt, ist eine kohärentistische Denkfigur, der Schleier der Unwissenheit ein Kontraktmodell. Allerdings ist dies nicht evident: "Der Status, den Rawls seinen eigenen Gerechtigkeitsprinzipien zuordnet, bleibt zunächst allerdings merkwürdig unklar." (S. 55). Laut Stei gibt Rawls gleichzeitig seinen eigenen Gerechtigkeitsprinzipien aber auch einen zu endgültigen Anspruch. "Mehr als das Ergebnis eines zur Zeit stabilen Überlegungsgleichgewichts können die Gerechtigkeitsprinzipien ohne eine weitere Begründungsleistung nicht sein." (S. 55). Die

Standard - erhalten. Stei formuliert entsprechend der von ihm gezeichneten Landkarte mit ihrer (angreifbaren) Terminologie, dass Rawls eine kognitivistische Position vertritt, die allerdings nicht auf einer realistischen, sondern auf einer konstruktivistischen Moralkonzeption beruht (S. 91).

Das Buch liefert eine Fülle interessanter Gedankenstränge und zeigt ein hohes Reflexionsniveau des Autors. Allerdings wird eben im ersten Teil nur eine von vielen möglichen ethischen Landkarten gezeichnet. Der von Stei so bezeichnete Kontraktualismus bezeichnet nicht eine Schule, sondern diametral entgegengesetzte Positionen, je nachdem ob man von Unparteilichkeit als Grundprinzip (Kant, Rawls) oder von einer egoistischen Grundhaltung ausgeht, in der Verträge zum Schutz des Einzelnen geschlossen werden (Hobbes). Letztere Begründungsschule bietet z.B. Kleinkindern und Schwerbehinderten keinen Schutz, weil diese kein Drohpotential haben. Fraglich ist überdies, inwieweit der Kohärentismus

eine eigenständige Theorie ist. Dass Normengebilde kohärent sein müssen, ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Wenn sich zwei oder mehrere kohärente Theorien gegenüberstehen, stellt sich das Problem der Letztbegründung erneut. Und nach welchen Kriterien können im Kohärentismus Setzungen revidiert werden? Steht der Kontraktualismus im übrigen auf der gleichen Stufe wie die anderen beiden von Stei genannten Begründungsstrategien? Stei zitiert zustimmend Kersting mit dem Hinweis, dass der Kontraktualismus als philosophische Rechtfertigungstheorie stets fremder systematischer Unterstützung bedarf, sei es durch eine Menschenrechtstheorie, sei es eben durch den Kohärentismus (S. 63). Wenn man diese Auffassung teilt (was man nicht muss), dann sollte man seine eigene Systematik auch entsprechend anpassen. Der Autor verweist auf den Platzmangel, der es ihm nicht ermöglichte, seinen erkenntnistheoretischen Teil tiefer auszubauen. Dann ist aber auch der selbstgestellte Anspruch insgesamt nicht einzulösen. Ist dem Autor also sein sehr ambitioniertes Vorhaben gelungen? Im Rahmen seiner Möglichkeiten schon. Vielleicht ist ja die erfolgreiche Publikation der Abschlussarbeit ein Anreiz, das Thema in einer Dissertation zu vertiefen. Die Problematik einer umfassenden Begründung von Gerechtigkeitsgrundsätzen gewinnt im Zeitalter multikultureller Gesellschaften jedenfalls zunehmend an Bedeutung - hier besteht noch viel Forschungsbedarf.

Stei, Erik (2007): Gerechtigkeit und politischer Universalismus - John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit. Eine kritische Analyse der Rechtfertigungsleistung. Marburg: Tectum Verlag. 94 Seiten. ISBN 978 3 8288 9305 4, Preis 24,90 €



Fuhrmann, Silvia (Hg.): Generationengerechtigkeit am Prüfstand

Rezensent: Jörg Tremmel

In Deutschland hat es der Begriff "Generationengerechtigkeit" in den letzten Jahren geschafft, die politische Agenda zu erobern und sich in allen Parteiprogrammen zu etablieren. Parallel dazu stieg die Verwendung des Begriffs 'Generationengerechtigkeit' in Qualitätszeitungen seit 2001 stark an. So nannten z. B. die "Süddeutsche Zeitung", die "FAZ", "Der Spiegel" und "die tageszeitung" (taz) den Begriff im Jahr 2003 insgesamt 129 Mal in ihren Artikeln (2002: 74 Nennungen; 2001: 19 Nennungen).¹ Seitdem pendelt sich der Begriff bei etwa 90 Nennungen pro Jahr ein.²

Gerechtigkeit ist ein menschliches Konstrukt [...]
/ Michael Walzer /

Eine vergleichbare Entwicklung war bisher in Österreich und der deutschsprachigen Schweiz nicht zu beobachten. Die Qualitätsmedien Österreichs erwähnen den Begriff meines Wissens nicht häufiger als vor zehn Jahren. Nun hat die Bundesobfrau der Jungen Volkspartei Österreichs, Silvia Fuhrmann, ein Buch geschrieben, welches dies ändern könnte. Auch auf der Webseite <http://junge.oevp.at/> fordert die Fuhrmann im Namen ihrer politischen Jugendorganisation: "Fair P(l)ay für die Jugend". Kritisch fragt die Junge ÖVP: "Sind dem Bundeskanzler alle Generationen gleich viel wert?"

Wir erinnern uns: Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der Jungen Union (JU) und insofern Fuhrmanns deutsches Pendant, hatte sich mit 23 Jahren ebenfalls als Vorkämpfer für Generationengerechtigkeit profilieren wollen. Er war mit der Bemerkung "Ich halte nichts davon, wenn 85-jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen" allerdings voll ins Fettnäpfchen getreten. Fuhrmann, zugleich Parlamentsabgeordnete, will mit ihrem Sammelband erst mal Bewusstseinsbildung betreiben. In ihrem temperierten Vorwort findet sich vieles, was anschlussfähig an die deutsche Debatte ist, jedoch anders akzentuiert wird. Sie stellt ein Demografie-Demokratie-Dilemma fest: "Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht die These von der kommenden Diktatur der Alten unterstützen, aber es steht außer Frage, dass bei

einem Zusammenfallen von demokratischer und demografischer Mehrheit die Wahrscheinlichkeit einer betont altenfreundlichen - und damit tendenziell jugendfeindlichen - Politik sehr hoch ist." (S. 14). Den Ausweg sieht sie ähnlich wie die deutschen Abgeordneten, die ein Generationengerechtigkeitsgesetz eingebracht haben, in einem rechtsstaatlichen Korrektiv: in einer 'Jugendverträglichkeitsprüfung'. Anders als bei der Zukunftsverträglichkeitsprüfung, die semantisch mehr auf die zukünftigen Generationen abstellt, treten hier die heute schon geborenen jungen Jahrgänge in den Vordergrund. Die Junge ÖVP unterstützt folgerichtig auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahren (anders als die JU). Eine solcher Weg zu mehr Partizipation ist in Österreich gerade von der

Regierung im breiten gesellschaftlichen Konsens beschlossen worden, während Bundesjugendministerin von der Leyen erst kürzlich öffentlich abwieselte: "Haben wir keine wichtigeren Probleme?" Auch sonst präsentiert sich Fuhrmann als konsequente Vertreterin von Jugendinteressen. So fordert sie (wie die SRzG) eine wirksame Begrenzung der Staatsverschuldung und eine Anhebung der Einstiegsgehälter auf Kosten späterer Lohnsteigerungen. (Dies ist eine realistischere Forderung als die der Gewerkschaften: "Mehr Geld für die Jugend - aber auch für alle anderen Generationen"). Von den Erbschaften profitieren Jüngere nach Ansicht Fuhrmanns heute zu wenig: "Mit dem Ansteigen der Lebenserwartung wird auch die Generation der Erben immer älter. Sie erbt dann Geld bzw. Vermögen, wenn sie selbst schon in Pension ist. Wir brauchen daher Anreize für Personen, ihr Vermögen schon früher zu schenken." (S. 17).

Die Umwelt kommt allerdings in Fuhrmanns Statement deutlich zu kurz. Der demografische Wandel wird einseitig negativ gesehen, ja Alterung wird sogar gleichgesetzt mit weniger Generationengerechtigkeit.³ Anders als Deutschland schrumpft Österreich zur Zeit übrigens noch nicht, sondern altert nur.

Nach dem Beitrag der Herausgeberin ist das Buch in drei große Abschnitte unterteilt (1. Befunde zur demografischen Entwicklung, 2. Die Konsequenzen des Bevölkerungswandels für Politik und Gesellschaft und 3. Bevölkerungswandel: Was kann der Einzelne

tun). Die Qualität der 13 weiteren Beiträge, die teils von Wissenschaftlern, teils von Journalisten und Trendscouts und teils aus der Wirtschaft kommen, variiert stark. Manche sind brilliant (z.B. Liessmann, Pleschberger, Tóth), anders immerhin unterhaltsam. Der bis dahin positive Eindruck des Buches wird allerdings stark geschmälert, wenn man den dritten Teil des Buches aufschlägt. Von den fünf dort vertretenen Beiträgen stammen drei von verschiedenen Vorstandsmitgliedern und Repräsentanten eines einzigen privaten Versicherungsunternehmens, der UNIQA. Ein Sponsor? Dann wäre dies eine klare Vermischung von Werbebroschüre und redaktionellen Beiträgen. Seitenweise muss man sich die UNIQA-Vorsorge-Angebote erläutern lassen (S. 136-139), sowie Gesundheitstipps über sich ergehen lassen ("Wie oft trainieren? Wie lange? Wie intensiv? Wann? Wo?").

Welches Fazit also lässt sich ziehen? Vom indiskutablen dritten Teil abgesehen ist dies ein interessantes Buch. Nicht unbedingt wegen des Inhalts, da stechen nur einige Beiträge heraus, sondern weil es ein Beleg für das neue Generationenbewusstsein der Jugend in Österreich ist.

Fuhrmann, Silvia (2007): Die Gerechtigkeitslücke. Generationengerechtigkeit am Prüfstand. Wien: Edition Atelier Sachbuch. 160 Seiten. ISBN 978-3-902498-19-9, Preis 27,50 €

(1) Nullmeier, Frank (2004): Die politische Karriere des Begriffs "Generationengerechtigkeit" und seine wissenschaftliche Bedeutung, in: GenerationenGerechtigkeit! Jg. 4, Nr. 3/2004, S. 9.

(2) Haase, Jessica (2006): "Generationengerechtigkeit im politischen und gesellschaftlichen Sprachgebrauch", in: GenerationenGerechtigkeit! Jg. 6, Nr. 2/2006. S. 17-19.

(3) Vgl. für eine differenziertere Sicht den neuen SRzG-Sammelband "Demographic Change and Intergenerational Justice", Berlin 2008 (Springer Verlag).

.....



Michael Wimmer, Roland Reichenbach, Ludwig Pongratz (Hg.): Gerechtigkeit und Bildung

Rezensent: Oliver Goetz

Nicht zuletzt durch das schlechte Abschneiden Deutschlands in den vergangenen PISA-Studien 2000, 2003 und 2006 ist das Thema Bildung hochaktuell. Besonders die oft kritisierte Chancengleichheit zwischen Kindern und Jugendlichen aus gut situierten Familien und denen aus Familien, die sich in prekären Lagen befinden, wurde häufig diskutiert. Ein Schlagwort dieser Diskussion stellt die "Bildungsgerechtigkeit" dar. Inwiefern Bildung und Gerechtigkeit zusammenhängen, ob und, wenn ja, welches Verhältnis zwischen diesen beiden Begriffen besteht und was es für Konzepte für eine "gerechtere" Bildung geben könnte, wird in dem Sammelband Gerechtigkeit und Bildung der Herausgeber Michael Wimmer, Roland Reichenbach und Ludwig Pongratz untersucht. "Das Verhältnis zwischen Gerechtigkeit und Bildung ist (...) einerseits ein zentraler Bezugspunkt der aktuellen Diskussion, andererseits bleibt aber gerade der Gerechtigkeitsbegriff sowie sein innerer Zusammenhang mit dem Bildungsbegriff diffus und widersprüchlich. Die in diesen Diskursen zum Ausdruck kommenden begrifflichen und theoretischen Probleme, aber auch die impliziten Voraussetzungen sowie ausgeblendete Fragen und Perspektiven zum Gegenstand der Analyse zu machen, ist die Aufgabe einer Reflexion des Verhältnisses zwischen Gerechtigkeit und Bildung aus bildungs-

philosophischer Perspektive." (S. 8) Der vorliegende Sammelband dokumentiert Vorträge, die 2006 auf der Herbsttagung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) gehalten wurden.

Der erste Beitrag stammt von Timo Hoyer und trägt den Titel "Bildung zur Gerechtigkeit. Motivgeschichtliche Überlegungen". Hierin beschäftigt sich der Autor mit der Geschichte und der Entwicklung des Konzeptes der personalen Gerechtigkeit und zeichnet deren Werdegang in den Epochen Antike, Mittelalter, 17. und 18. Jahrhundert, 19. Jahrhundert und 20. Jahrhundert nach. Dieser Beitrag stellt somit eine geschichtliche Betrachtung des philosophischen Gerechtigkeitsdiskurses dar.

Im zweiten Beitrag setzt sich Krassimir Stojanov mit dem Thema "Bildungsgerechtigkeit im Spannungsfeld zwischen Verteilungs-, Teilhabe- und Anerkennungsgerechtigkeit" auseinander. Sein Ziel innerhalb dieses Beitrages ist es, ein Konzept von Bildungsgerechtigkeit zu entwickeln, das "die Überschreitung der partikularen Herkunftslimitierungen der sich zu Bildenden als eine zentrale Dimension ihrer Autonomie" (S. 31) ermöglicht.

Der dritte Beitrag von Nicole Balzer beschäftigt sich mit dem Thema "Die doppelte Bedeutung der Anerkennung. Anmerkungen zum Zusammenhang von Anerkennung, Macht und Gerechtigkeit." Hierin versucht die Autorin, nachdem sie den Zusammenhang von Macht und Anerkennung markiert und eine Reformulierung "von Anerkennung als einem ethischen Projekt" (S. 51) vorgenommen hat, den Begriff der Anerkennung für die Pädagogik nutzbar zu machen.

Der vierte Beitrag trägt den Titel "Spinozas Ethik, das Anomal, die Multitude und die Bildungsgerechtigkeit" und stammt aus der Feder von Olaf Sanders. Hierin unternimmt er den Versuch, die Ethik Spinozas nachzuzeichnen, um daraus "den Umriss einer barocken Bildungstheorie, die durch ihren 'Perspektiven-Dualismus' produktive Umgänge mit Dualismen und Dichotomien (...) ermöglicht" nachzuzeichnen.

Gabriele Weiß untersucht in ihrem Beitrag "Ungerechtigkeit vor des Anderen Angesicht. Über die begrenzte Möglichkeit einer Bildung des Sinns für Ungerechtigkeit." die Fragen "Wie bildet sich Ungerechtigkeit als im Subjekt Erfahrbares?" und "Inwiefern bildet Ungerechtigkeit?".

Die Zusammenarbeit von Richard Kubac und Elisabeth Sattler unter dem Titel "Verwobene Ansprüche. Wege der An-

Die Gerechtigkeit enthält in sich eine unüberwindbare Spannung: Gleichheit ist ihr Wesen, Allgemeinheit ist deshalb ihre Form - und demnach wohnt ihr das Bestreben inne, dem Einzelfall und dem Einzelmenschen in ihrer Einzigartigkeit gerecht zu werden.

/ Gustav Radbruch /

erkennung zwischen Bildung und Gerechtigkeit." beschäftigt sich mit dem Kontext, den das Werk "Wege der Anerkennung" von Paul Ricoeur eröffnet, wobei die Schwerpunkte auf einer "Auseinandersetzung in den Passagen um die vorgestellte Phänomenologie des fähigen Menschen sowie in den Passagen um gesellschaftliche Fähigkeiten und Befähigung" liegen, woraufhin einige aktuelle bildungstheoretische Konzeptionen im Hinblick auf die untersuchten Passagen und die Relation zur Gerechtigkeit durchleuchtet werden.

Roland Mugerauer widmet sich in seinem Beitrag "Zur Problematik des Verhältnisses von Gerechtigkeit und Bildung am Beispiel Martin Luthers und ausgewählter Aspekte seiner Wirkungsgeschichte." der Frage, inwiefern bestimmte Auffassungen von Gerechtigkeit den Mög-

lichkeiten auf Bildung historisch wie sachlich entgegenstehen bzw. standen.

Den gegenwärtigen Bedingungen und Möglichkeiten explizit politischer Bildung geht Carsten Bürger in seinem Beitrag "Von erschöpften Künstlern und prekären Dilettanten. Gegenwärtige Subjektivität und kritisch-politische Bildung" nach.

Steffen Schlüter beschäftigt sich unter dem Titel "Gerechtigkeit und Bildung aus Sicht der Sozialpsychologie des 19. Jahrhunderts" mit der Theorie moralischer Erziehung nach den Konzepten von Kohlberg und Dewey, wobei es sein Anliegen ist die sozialpsychologische Ethik der Demokratie und Erziehung Deweys gegenüber Kohlbergs Konzept abzugrenzen.

Wie bereits in den Titeln und den jeweiligen Kurzbeschreibungen klar geworden sein dürfte, sind die Beiträge dieses

Sammelbandes klar als Fachliteratur der Philosophie und hier besonders im Bereich der Bildungs- und Erziehungsphilosophie einzuordnen. So überrascht es nicht, dass man als Leser bei den meisten Beiträgen ohne gewisse Vorkenntnisse Probleme beim Verständnis bekommen kann. Dieser Sammelband sei jedoch jedem empfohlen, der sich in die Materie bereits eingearbeitet hat und nun einen Überblick über die aktuelle Diskussion erhalten möchte.

Michael Wimmer, Roland Reichenbach, Ludwig Pongratz (Hg.) (2007): Gerechtigkeit und Bildung. Paderborn, Schöningh Verlag. 202 Seiten. ISBN 978-3506764461, Preis 24,90 €

.....

Berichte & Interna

1. Lesung des Generationengerechtigkeits-Antrags im Bundestag

Fast ein Jahr ist es her, dass 105 Abgeordnete im Alter von 24 bis 64 Jahren einen Antrag für mehr Generationengerechtigkeit im Grundgesetz (GGiGG) eingebracht haben. Am 11. Oktober 2007 wurde der Antrag endlich in erster Lesung im Bundestag behandelt. In einer lebhaften Debatte sprachen sich Vertreter von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP für den Antrag aus. Allerdings warnten auch Redner von CDU und SPD vor einer Überfrachtung des Grundgesetzes. Die Vertreter der Partei DIE LINKE.PDS sprachen sich gegen den Antrag aus. Mitarbeiter und Freunde der SRzG waren vor Ort, um die jungen Abgeordneten der Fraktionen, mit denen der Entwurf ausgearbeitet wurde, von der Besuchertribüne aus zu unterstützen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verschoben, wobei der Rechtsausschuss federführend im weiteren Verfahren ist.

In der hitzigen 1. Lesung am 11.10.07 konterte Anna Lührmann (Die Grünen) den Vorwurf der LINKEN Sevim Dagdelen, dass der Antrag die Leistungen der älteren Generation abwerte und zum Sozialabbau

beitrage, mit den Worten: "Generationengerechtigkeit (ist) soziale Gerechtigkeit in der Zukunft. Denn wer wird denn am schlimmsten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben? Das werden nicht die Reichen sein, die sich von vielen Problemen freikaufen können. Die ärmeren Bevölkerungsschichten in Europa, vor allem aber in Afrika und in Asien werden unter den krassen Unwettern, unter dem Mangel an Trinkwasser und Lebensmitteln zu leiden haben. Was für die Umweltpolitik gilt, gilt auch für die Staatsverschuldung und für die sozialen Sicherungssysteme. Politikerinnen und Politiker können heute schmerzhaft Verteilungskonflikte mittels implizierter und explizierter Verschuldung bequem auf die Zukunft abschieben. Es ist aber ungerecht, wenn wir uns soziale Gerechtigkeit heute auf Kosten von sozialer Ungerechtigkeit in der Zukunft erkaufen." Das vollständige Protokoll sowie eine Kurzfassung davon finden Sie

im Internet unter [www.generationengerechtigkeit.de/Forschung/Generationengerechtigkeit in Verfassungen/100 Abgeordnete](http://www.generationengerechtigkeit.de/Forschung/Generationengerechtigkeit_in_Verfassungen/100_Abgeordnete).

Bedenklich ist die geringe Medienresonanz: Die Kurzfristigkeit ist das größte Problem unserer Zeit. Es ist in der Staatsform der Demokratie angelegt, d.h. alle Demokratien müssen sich reformieren, um zukunftsfähig zu werden. Über eine solche Weiterentwicklung unseres demokratischen Systems sollte landauf, landab mit großem Engagement diskutiert werden. Über die 1. Lesung wurde jedoch nur in der Wochenzeitung DIE ZEIT berichtet (Nr. 43 vom 18. Oktober 2007, S. 9).



Klimaneutraler Bundestag

Der Bundestag soll klimaneutral werden. Dies fordert der "Think Tank 30" (tt30), die junge Denkfabrik des Club of Rome, zusammen mit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, der Initiative für Nachhaltige Entwicklung, dem Jugendbündnis Zukunftsenergie und dem Nachhaltigkeitsnetzwerk 3plusX. Durch effiziente Technologie, umweltbewusstes Verhalten und erneuerbare Energien sollen die Treibhausgasemissionen des Bundestages auf ein Minimum reduziert und der Rest durch Klimaschutzprojekte ausgeglichen werden. "Die Glaubwürdigkeit der deutschen Klimapolitik steht auf dem Spiel", sagte Wolfgang Gründinger, Energieexperte der Denkfabrik tt30, bei der Vorstellung der Initiative am 3.12.07 in Berlin. "Die junge Generation ist von den Folgen des Klimawandels am härtesten und längsten betroffen. Sie muss ausbaden, was die verantwortlichen Entscheidungstragenden heute beschließen." Die jungen Vordenker fordern eine ökologische Kehrtwende: Die Spritschlucker des Fuhrparks des Bundestags sollen auf effiziente Modelle umgerüstet, Flugreisen sollen reduziert und die Energieverschwendung in den Büros beendet werden. Seinen Strom soll der Bundestag künftig aus Ökostrom beziehen. Was an Klima-Abgasen übrig bleibt, soll schließlich durch Investitionen in Klimaschutzprojekte ausgeglichen werden. (Details unter www.klimaneutraler-bundestag.de, dann zu Forderungen). "Der Deutsche Bundestag wäre damit das erste klimaneutrale Parlament der Welt - mit

einer ungeheuren Symbolkraft", so tt30-Energieexperte Gründinger. Gerade die Volksvertreter seien gefordert, durch ihr eigenes Beispiel zu zeigen, dass Klimaschutz machbar ist und sich lohnt. Politiker aller Parteien begrüßen den Vorstoß. Der CDU-Energiepolitiker Hans-Peter Thul sprach sich für eine "Vorreiterrolle" aus und forderte, "die Energieeffizienz in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages zu optimieren".

"Wir, die politisch Handelnden, sollten nicht allein nur von anderen Klimaschutzmaßnahmen einfordern, sondern müssen als Vorbilder vorangehen", sagte SPD-Umweltsprecher Marco Bülow. "Im Idealfall profitieren jetzt und zukünftig alle Betroffenen von dem Vorhaben", so der FDP-Umweltpolitiker Horst Meierhofer. Die Grünen-Fraktionschefin Renate Künast lobte "die hervorragende Initiative junger, aktiver Menschen" und sagte: "Der Deutsche Bundestag muss ein leuchtendes Beispiel für den Klimaschutz sein". Die stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses Eva Bulling-Schröter, Umweltsprecherin der Linken, meinte: "Den Treibhausgasausstoß im eigenen Haus zu reduzieren, stünde dem Bundestag gut zu Gesicht."

Auch weitere Prominente unterstützen die

Forderung der jungen Zukunftsmacher. "Das Parlament soll Vorbild sein", so Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker von der University of California. "Glaubwürdigkeit heißt, mit gutem Beispiel vorangehen, transparent und nachvollziehbar handeln. Das gilt auch für die Klimapolitik. Ich begrüße die Aktion zum klimaneutralen Bundestag", so Dr. Volker Hauff, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung. "Wenn das Jahr



2007 als Jahr der Entscheidungen in die Geschichte eingehen soll, dann muss 2008 das Jahr der Umsetzung werden", forderte Morwenna Parkyn von der Initiative für nachhaltige Entwicklung.

Kontakt:

Wolfgang Gründinger
gruendinger@googlemail.com
Tel. 0176-20792394
www.klimaneutraler-bundestag.de

Die SRzG ist ein Think-Tank. Was heißt das?

- Think Tanks - Denkfabriken - sind unabhängige politische Organisationen, die sich als Forschungs- und Analysezentren für wichtige Themen verstehen. Zugleich Bindeglied zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und auch einer politisch interessierten Öffentlichkeit sammeln sie in einem Fachgebiet Wissen an, entwickeln systematisch Ideen zu Problemstellungen, arbeiten diese aus und tragen sie gezielt nach außen, um zu beraten und zu lenken.

Anzeigenwerbung in der GG!

- Sie sprechen mit Ihrer Anzeige **8000 Meinungsbildner** in Deutschland und Europa an!
- **Besser können Sie nicht für sich werben!**
- Nebenbei fördern Sie unsere gemeinnützigen Ziele.
- Fordern Sie unsere Mediadaten an:
• Tel. 06171-982367
• Fax 06171-952566
• E-Mail: kontakt@srzg.de

Generationengerechtigkeits-Preis

"Generation P - Ungleichbehandlung von Jung und Alt in der Arbeitswelt"

Der nächste Generationengerechtigkeits-Preis, den die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, im Sommer 2008 verleihen wird, behandelt das Thema "Generation P - Ungleichbehandlung von Jung und Alt in der Arbeitswelt". Ein-sendeschluss für den mit 10.000 Euro dotierten Preis ist der 15. März 2008. Mit dem Preis will die SRzG die gesellschaftliche Diskussion über die immer größere Einkommensdifferenz zwischen Jung und Alt fördern. Eine entscheidende Zahl ist dabei die Entwicklung der Gehaltsdifferenz von Jung und Alt im Zeitvergleich: Im Jahr 1975 verdiente ein Dreißigjähriger 15 Prozent weniger als ein Fünfzig-jähriger, heute verdient er 40 Prozent weniger. Deshalb brauchen wir Maßnahmen, die bei gleichem Lebenseinkommen eine flachere Steigerungskurve der Löhne ermöglichen. Damit junge Erwachsene dann Einkommen haben, wenn sie es wegen der Familien-gründung verstärkt brauchen. Ein längst überfälliger Schritt ist die Abschaffung des reinen Senioritätsprinzips im öffentlichen Dienst.

Lösungen für mehr Generationengerechtigkeit auszu-arbeiten ist eine an-spruchsvolle Aufgabe. Mit-machen lohnt sich aber in jedem Fall, haben in den letzten Jahren doch bei nur wenigen ein-gezeichneten Arbeiten die Gewinnchancen sehr hoch gestanden. Wenn Sie interes-siert sind, schreiben Sie uns eine kurze Mail an:

kontakt@srzg.de

und wir senden Ihnen die kompletten Ausschreibungsunterlagen unverbindlich zu.

GENERATIONENGERECHTIGKEITS- PREIS 2007/2008



Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) vorgibt, angeregt und gefördert durch die Stiftung Apfelbaum - Projekt für Ko-Evolution und Integration, im Jahr 2008 den vierten Generationengerechtigkeits-Preis in Höhe von insgesamt 10.000 €.

THEMA DES GENERATIONENGERECHTIGKEITS-PREISES

Der Generationengerechtigkeits-Preis 2007/2008 wird zu folgendem Thema ausgeschrieben:

„GENERATION P“ – UNGLEICHBEHANDLUNG VON JUNG UND ALT IN DER ARBEITSWELT

TEILNEHMERKREIS

Die Ausschreibung des Preises richtet sich in erster Linie an junge Wissenschaftler (Studierende, Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler bis 38 Jahre). Alle anderen Interessierten können ebenfalls teilnehmen.

PREISFRAGEN

Stellen Sie die Beziehung zwischen „Generationengerechtigkeit“ und „Gerechtigkeit in der Entlohnung“ dar, nachdem Sie beide Begriffe definiert haben.

Aus den folgenden drei Unterfragen ist eine auszuwählen:

- Analysieren Sie die gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen in Deutschland hinsichtlich Schlechterstellung von jüngeren Beschäftigten.
- Wie verändert sich die Arbeitswelt generell und welche Auswirkungen hat dies auf die verschiedenen Jahrgänge? Machen Sie eine Bestandsaufnahme nach Berufen und Qualifikationsgruppen.
- Stellen Sie einen internationalen Vergleich an, indem Sie die Situation der jüngeren Generation in der Arbeitswelt in Deutschland und mindestens einem anderen Land vergleichen, z.B. im Hinblick auf die Flexibilität von Praktikanten nach dem Studium oder das Entlohnungsverhältnis von Jung und Alt.

Welche Lösungen könnte es auf gesellschaftlicher, betrieblicher und individueller Ebene geben?



Schirmherrschaft

Vladimír Spidla,
EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale
Anglegenheiten & Chancengleichheit

Brigitte Zypries,
Ministerin für Arbeit



EINSENDESCHLUSS

Ein-sendeschluss Ihrer Arbeiten ist der 15.03.2008. Um am Wettbewerb teilnehmen zu können, fordern Sie bitte per E-Mail unter kontakt@srzg.de die kompletten Ausschreibungsunterlagen an.

JURY

Die Jury besteht aus:

- Dr. Beate Boermann, Wissenschaftliche Direktorin in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- Prof. Dr. Klaus Dörre, Friedrich Schiller Universität Jena
- Prof. Dr. Ekkehart Frieling, Psychologe und Inhaber des Lehrstuhls „Arbeitswissenschaft für Technikstudiengänge“ an der Universität Kassel
- Prof. Dr. Ute Klammer, Universität Duisburg-Essen
- Prof. em. Dr. Halgor Luczak, Direktor des Instituts für Arbeitswissenschaft der RWTH Aachen
- Ann Mettler, Lisbon Council, Brüssel

Fördern Sie die SRzG

- Werden Sie ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG und unterstützen Sie uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Als Fördermitglied sind Sie zu allen öffentlichen Treffen des Vorstands und des Kuratoriums eingeladen. Der Jahresbeitrag kostet 50 €, für Unterdreißigjährige sogar nur 25 €. Füllen Sie bitte noch heute den Aufnahmeantrag auf der letzten Seite aus! Vielleicht werden Ihre Kinder und Enkelkinder es Ihnen danken.

Schöne Preisverleihung des 1. Demografie-Preises für Nachwuchswissenschaftler

Inzwischen hat die SRzG schon zum vierten Mal einen ihrer Preise verliehen, aber eine so schöne und runde Preisverleihung wie am 9.11.07 in der Sächsischen Vertretung in Berlin gab es

idz |

Institut für
demografische
Zukunftsfähigkeit

noch nie. Dazu trug zunächst die hohe Zahl von Gästen bei. Die SRzG hatte nach 120 Anmeldungen keine weiteren Teilnehmer mehr zulassen können. Wegen des sehr regnerischen Wetters waren dann zwar doch einige zu Hause geblieben, aber dennoch war die Zahl der Zuschauer viel höher als bei früheren Preisverleihungen. Grund dafür war eine Kooperation mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) und dem Inforadio Berlin, welches auch Teile der Veranstaltung im Radio übertrug (nachzuhören unter: <http://www.inforadio.de>).

Zunächst eröffnete Michael Sagurna, neuerbener Chef der sächsischen Staatskanzlei, die Feier mit einer amüsanten Begrüßungsrede. Er wies darauf hin, dass Sachsen das Laboratorium Deutschlands in Sachen demografischer Wandel sei, da Sachsen heute durchmache, was anderen Ländern in der Zukunft noch bevorstehe. Im Anschluss hielt Prof. Dr. Reiner H. Dinkel, Lehrstuhl für Demographie und Ökonometrie, Universität Rostock, eine Grundsatzrede über demografische Forschung in Deutschland, besonders solcher zu Fertilität. Nach einem leichten Mittagessen hielt Prof. Dr. Ralf Ulrich, Institut für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung, Universität Bielefeld, die Laudatio auf die Preisträger, die anschließend ihre Arbeiten jeweils kurz vorstellten. Den 1. Preis, dotiert mit 4000 Euro, gewannen Franziska Höring, Jan Lemanski, Stephan Schütze, Christoph Sperfeldt mit ihrer Gemeinschaftsarbeit "Changing minds and politics - Plädoyer für eine nachhaltige Familienpolitik". Den 2. Preis, dotiert mit 2500 Euro, erhielt Wolfgang Gründiger für die Arbeit "Mehr Kinder

wagen! - Plädoyer für eine aktive Geburtenpolitik in Deutschland als Beitrag zur demografischen Zukunftsfähigkeit". Die beiden Beiträge von Inés Brock "Geschwisterlosigkeit und Wie der Mut zur Mehrkindfamilie geweckt werden kann" sowie Annelene Wengler und Anne-Kristin Kuhnt "Kinder, Kinder, Kinder - Ist eine Steigerung der Kinderzahl in Deutschland überhaupt möglich?" wurden mit dem 3. Preis, dotiert mit 1500 Euro, ausgezeichnet. Einen Sonderpreis von 500 Euro erhielt Susanne Mey mit ihrem Beitrag "Die Krise als Chance zur Veränderung". Insgesamt hatten sich 15 Nachwuchswissenschaftler mit Einsendungen am Wettbewerb beteiligt, 61 hatten die Unterlagen angefordert. Der Preis wurde von der Stiftung Apfelbaum - Lernprojekt für Ko-Evolution und Integration angeregt, die auch das Preisgeld finanziert. Im Rahmen der Berliner Zukunftsgespräche des IZT fand zum Abschluss eine Podiumsdiskussion mit folgenden Teilnehmern statt:

- **Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider**,

Forschungszentrum familienbewusste Personalpolitik, Universität Münster / Steinbeis-Hochschule Berlin

- **Dr. Harald Michel**,

Institut für Angewandte Demographie, Berlin

- **Malte Ristau-Winkler**,

Leiter der Abteilung 2 "Familie, Wohlfahrtspflege, Bürgerschaftliches Engagement" des BMFSFJ

- **Frau Michaela Wölk**, IZT, Akademikerin, Berlin

- Moderation: **Alfred**

Eichhorn, Inforadio / rbb

Insgesamt war es ein gelungener Start für das idz, das hier erstmals an die Öffentlichkeit trat und gleich in der Demografie-Szene einen hohen Bekanntheitsgrad



Teilnehmer des Symposiums



v.l.n.r.: Michel, Schneider, Ristau-Winkler, Eichhorn und Wölk



Die Gewinner des 1. Demografie-Preises

erreichte. Die Beiträge können Sie auf den Webseiten www.srzg.de und www.demografie.org nachlesen.

Canada Meets Germany, 2007 Study Tour Summary

**6.-13. Oktober 2007
Frankfurt/Main, Essen, Berlin
von Jörg 'Chet' Tremmel**

Zögernd streckt sich die Hand der kompletten Dunkelheit entgegen. Unabsichtlich berührt sie einen anderen Teilnehmer, der auch hilflos umhertastet. Gerade haben wir im Dunkeln eine simulierte Straßenkreuzung überquert. Kommandos unserer blinden Führerin wiesen uns den Weg. Ob es uns zum Abschluss gelingt, im Dunkeln an einer Bar einen Drink zu nehmen und mit

fließt indianisches, irisches und deutsches Blut in seinen Adern, und er pendelt zwischen Deutschland, Kanada, den USA und der Türkei. Klingt kompliziert? Unsere Welt ist heutzutage so.) Während Deutschland engste Beziehungen mit seinen europäischen Nachbarn unterhält, ist Kanada vielen Deutschen relativ unbekannt. Umgekehrt das Gleiche gilt für den zweitgrößten

Halifax, Montréal und Quebec City auf dem Terminkalender standen, geht die Tour 2007 durch Frankfurt am Main, Essen und Berlin.

Bei interkulturellen Events jeglicher Art, wenn sie gut organisiert sind, steht immer das Kennen lernen der Teilnehmer am Anfang. Dieses Teambuilding findet bei CMG so statt, dass auch ein gesellschaftlicher Nutzen herauspringt: Wir organisieren ein Grill-

Buffet in dem Frankfurter Tagestreff für Obdachlose Weser5. Danach findet der oben beschriebene "Dialogue in the Dark" im Frankfurter Dialogmuseum statt. Weitere Höhepunkte sind Besuche bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Frankfurter Westend und bei Opel in Rüsselsheim, wo wir mit dem Marketing-Chef Alain Visser ein außergewöhnlich offenes und interessantes Gespräch führen können.



unserem echten Geld zu bezahlen? Der Selbsterfahrungstrip nennt sich "Dialogue im Dunkeln" und ist Teil der 2007 Study Tour von "Canada Meets Germany - A Forum for Young Leaders" (CMG). Organisiert wird das Programm vom institute for cultural diplomacy, eine internationale, unabhängige Non-Profit Organisation des Berliner Amerikaners Mark Donfried. (Mark Donfried selbst ist ein Beispiel für einen Mix aus Kulturen. Es

flächentaat der Erde: Deutsche stellen zwar eine große Einwanderergruppe, aber das moderne Deutschland kennen viele junge Kanadier nur aus Erzählungen. Im Rahmen von CMG lernen 12 kanadische und 12 deutsche junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kultur das jeweils andere Land und seine Bewohner kennen. Dazu finden zwei einwöchige Study Tours in beiden Ländern statt. Während letztes Jahr

Mit gesponserten Opel Vans "Vivaro" geht es dann weiter nach Essen.

"Was machen Sie, wenn für 5,2 Millionen Menschen die Existenzgrundlage weggebrochen ist?" Fragend schaut uns Herr Reinhard, unser Führer in der Zeche Zollverein an. Die Kohle ist nur noch historisches Erbe, wenn auch mittlerweile UNESCO-Weltkulturerbe, die Zukunft findet unter anderem in einem weißen Kubus statt. Dort hat die "Zollverein

School of Management and Design" gerade ihren zweiten Jahrgang in die Berufswelt entlassen. Wir hören spannende Vorträge von Prof. Claudia Nicolai und Prof. Carl Frech zum Thema "Identität". Nach einem weiteren Besuch bei der WAZ Mediengruppe, die den Aufenthalt der Gruppe in Essen finanziell unterstützt hat, geht es weiter nach Berlin. Dort steht der nächste Firmenbesuch auf dem Programm. Bei Bombardier Transportation, dem kanadischen Hersteller für Züge in ganz Europa, arbeiten noch deutlich mehr Menschen als Roboter (anders als bei Opel). Etwas fürs Herz gibt es im Anschluss bei der Deutschen Welle: Die Deutsch-Kanadierin Karin Helmstaedt plaudert aus dem Nähkästchen. Einst eine weltklasse Schwimmerin, machte sie sich als Journalistin einen Namen, als sie das bis dahin unbekannte Ausmaß von Kinderdoping in der DDR aufdeckte. Im Anschluss trafen wir Heinz Buschkowsky, den Bezirksbürgermeister von Neukölln. Dieser Bezirk mit gut einem Drittel Ausländeranteil sieht von oben - vom Neuköllner Rathausdom -

ganz anders aus als meist in den deutschen Medien beschrieben (Stichwort: Rütli-Schule, Kinofilm "Knallhart!"). Der Bürgermeister fasst seine Strategie prägnant zusammen: "Bildung ist der

Grundgesetzänderung ("Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz"), die die Staatsziele Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Verfassung verankern soll. Ein weiteres Highlight des vor-

Diejenigen, die am Bestand der Gegenwart interessiert sind, weinen der wunderbaren untergehenden Vergangenheit immer Tränen nach, ohne der jungen Zukunft ein Lächeln zu schenken.

/ Simone de Beauvoir /

Schlüssel, um weiterzukommen und einen geeigneten Beruf ergreifen zu können." Am nächsten Morgen folgt die obligatorische Tour durch den Bundestag. Organisiert wird sie von CMG Alumni Torge Hamkens. Dies ist ein typisches Kennzeichen des CMG Programms, nämlich dass Alumni stark eingebunden werden und eine aktive Rolle spielen. Nach der Tour steht uns die jüngste Bundestagsabgeordnete, Anna Lührmann (Grünen), Rede und Antwort. Sie ist eine der Initiatoren einer geplanten

letzten Tages ist ein Empfang in der Kanadischen Botschaft Berlin. Ian Shaw, Botschaftsrat für Politische Angelegenheiten, zeigt uns den festlichen Empfangsraum mit weitem Blick über Berlin. "Setzen Sie sich ein Ziel. Versuchen Sie, innerhalb der nächsten drei Jahre in diesen Raum offiziell eingeladen zu werden", scherzt er. "We will, Mr. Shaw!"

Kontakt:
www.canadameetsgermany.org/

Die neueste Literatur zu Generationengerechtigkeit, übersichtlich zusammengestellt...

Das können Sie haben! Es sind noch einige Exemplare des Readers der Vorlesung von Jörg Tremmel an der Universität Frankfurt übrig. Zum Preis von 25 Euro (inklusive Versandkosten) erhalten Sie knapp 400 Seiten mit Texten zu folgenden Themen:

- Die Mehrdeutigkeit des 'Generationen'-Begriffs
- Gesellschaftliche Generationen
- Familiäre Generationen
- Was ist Generationengerechtigkeit?
- Rawls Schleier der Unwissenheit - angewandt auf das gewünschte Geburtsjahr
- Diskontierung - die ökonomische Methode der Zukunftsbewertung in der Diskussion
- Die Bedürfnisse zukünftiger (und heutiger) Generationen
- Generationenerbschaft I: Natürliches und künstliches Kapital
- Generationenerbschaft II: Sozialkapital und Kulturelles Kapital
- "Generation Praktikum / Generation Prekariat?" Haben Ungleichbehandlung von Jung und Alt auf dem Arbeitsmarkt
- Generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik: Finanzielle Generationenbilanzen
- Generationengerechte Rentenpolitik
- Generationengerechte Bildungspolitik
- Generationenpolitik in der alternden Gesellschaft - Wahlrecht für Unterachtzehnjährige?
- Das Strukturproblem der Demokratie - Zukünftige Generationen sind stimmlos
- Generationengerechtigkeit als Leitbild für Unternehmen

Bei Interesse überweisen Sie den Betrag von 25 € bitte an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Kto. Nr. 8039555800; BLZ 430 609 67; GLS Bank) und geben Sie ihre Adresse auf dem Überweisungsträger an. Sie erhalten die Reader dann per Post.

Neue Mitarbeiterin in der SRzG



Constanze Matthiessen,
25 Jahre

Mein Name ist Constanze Matthiessen, ich bin 25 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft, Amerikanistik und Buchwissenschaft im neunten Semester an der Johannes-Gutenberg Universität Mainz.

Nach einem einjährigen Studienaufenthalt in Kristiansand, Norwegen, und dem Abschluss meiner Nebenfächer, absolviere ich nun bis Jahresende ein zweimonatiges Praktikum am IDZ, um berufsbezogenen Praxiserfahrung zu sammeln und den Alltag in einer Stiftung kennenzulernen. Im nächsten Frühjahr plane ich, meine Magisterarbeit zu schreiben, in der ich mich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten beschäftigen möchte.

Umzug der SRzG

Zum Jahreswechsel 2007/2008 werden sowohl die Stiftung der Rechte zukünftiger Generationen als auch das Institut für demografischen Zukunftsfähigkeit ihre alten Räume in der Kronberger Straße verlassen und in Oberursel-Stierstadt neue Büroräume in einem modernen Büro- und Geschäfts-

haus beziehen. Für die Unterbringung der Freiwilligen und Praktikanten wurde zehn Meter von den neuen Büroräumen entfernt eine schön geschnittene, helle 80 qm-Wohnung angemietet. Diese verfügt über ein Schlafzimmer (mit Raumtrenner), ein Wohnzimmer, Küche und Bad. Fotos von dem neuen Domizil der SRzG sind

auf der SRzG-Webseite (unter Institut → Wer wir sind → Organisation) zu sehen. Die Postfachadresse der SRzG bleibt unverändert.

SRzG - Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Postfach 5115
61422 Oberursel



Das neue Bürogebäude der SRzG



Das neue Zuhause für Praktikanten und Mitarbeiter

CALL FOR PAPERS Easing the 'Rush Hour' of Life Diversity of Life Courses in International Comparison

The Foundation for the Rights of Future Generations invites papers for the above named scientific symposium (4-6 July 2008 in Berlin, Germany).

The outlined symposium focuses on possible ways to ease competing time demands of the third decade of life, i.e. the so-called 'rush hour' of life between the ages of 28 and 38. During this period, people finish their apprenticeships or studies; they begin to work and have to decide whether or not to start a family. An underlying question is: "To what extent could people change the planning of their lives right from the start, if they took into account that their life expectancy is higher than that of previous cohorts?" Besides a better balance between children and careers during this decade, the four possible options for avoiding a double strain by decoupling (postponement of the career, postponement of the starting of a family, preference of the career, preference of family life) will be analysed during the

project. Moreover, the labour market situation of the 28-38-year olds, which have been labelled "generation precarious/internship generation", should be examined.

Papers are invited on all conceptual, empirical and normative aspects in the following fields:

- Life course planning (actual, desired, effect of possible changes on the individual and on society)
- Transition between studies and career in a generational comparison (also considering questions of intergenerational justice)

Especially desired are both topics with international comparisons and consideration of gender specific issues. Provided a positive evaluation of their proposals, the authors are invited to an interdisciplinary scientific symposium in Berlin in order to present and discuss their articles. Travel costs, accommodation and meals are provided for by the organiser. The symposium, which will be documented by a com-

prehensive and well-edited book, aims at establishing an international network of scholars in this field.

Papers, both in English and German, containing the title, name(s) of author(s), institutional affiliation(s) and an abstract of a maximum of 300 words should be submitted by e-mail to kontakt@srzg.de. Please note that papers for the section "generation precarious/internship generation" can also be handed in for the Intergenerational Justice Award (Prize Money: 10,000 €. Deadline: 15 March 2008, see www.srzg.de).

Key Dates

Deadline for proposals:

01 February 2008

Notification of acceptance:

01 March 2008

Full Papers due:

01 June 2008

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Adresse siehe Redaktionsanschrift

Chefredaktion: Dr. Jörg Tremmel, Oliver Goetz

Redaktion: Constanze Matthießen, Michelle Wenderlich

Layout: Frank Schmilowski

Konzept: Dr. Jörg Tremmel

Druck: LokayDruck, Königsberger Str. 3, 64354 Reinheim (www.lokay.de)

Verlag: Eigenverlag, Oberursel, Adresse siehe Redaktionsanschrift

Redaktionsanschrift: SRzG,
Postfach 5115, 61422 Oberursel,
Tel.: 06171-982367, Fax: 06171-952566,
Email: kontakt@srzg.de, www.srzg.de

ISSN 1617-1799

Die GenerationenGerechtigkeit! (GG!) wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint vierteljährlich. Sie möchte das Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen fördern und gleichzeitig themenbezogen über aktuelle Entwicklungen rund um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit informieren. Außerdem berichtet sie über die Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und über generationengerechte Projekte anderer Organisationen. Pro Jahr gibt es vier Ausgaben. Diese erscheinen in deutsch, englisch oder als zweisprachige Ausgaben (davon bisher zwei Mal deutsch-französisch, je einmal deutsch-polnisch und deutsch-spanisch).

Das Jahresabo kostet 25 Euro und ist im Voraus für ein Jahr zu bezahlen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Wir wären Ihnen dankbar für eine Einzugsermächtigung (siehe letzte Seite). Dies erspart Ihnen den Gang zur Bank und uns teure Mahnbriefe.

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder. Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplars ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

Das Papier, auf dem die GenerationenGerechtigkeit! gedruckt wird, ist zertifiziert mit dem Blauen Umweltengel.

Das älteste Umweltzeichen der Welt: Der Blaue Engel ist die erste und älteste Umwelt-Kennzeichnung der Welt für Produkte und Dienstleistungen.

Sie wurde 1977 ins Leben gerufen. Und zwar als Instrument der Umweltpolitik, mit dem die positiven Eigenschaften von Angeboten gekennzeichnet werden sollen. Damit stärkt es die ökologischen Aspekte im Wettbewerb und trägt entscheidend dazu bei, den Strukturwandel der Wirtschaft in Richtung nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Und das mit wachsendem Erfolg: Heute tragen rund 3.700 Produkte und Dienstleistungen in 80 Produktkategorien den Blauen Engel.

Beständige Kriterien:

Der Blaue Engel zeichnet Angebote aus, die in ihrer ganzheitlichen Betrachtung besonders umweltfreundlich sind und zugleich hohe Ansprüche an den Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie an die Gebrauchstauglichkeit erfüllen.

Bezogen auf Papier bedeutet das konkret:

- Die Produkte müssen aus 100 % Altpapier bestehen
- Verzicht auf umweltbelastende Produktionschemikalien und Bleichmittel
- Verzicht auf Oberflächenbehandlung und umweltbelastende Färbemittel
- Sparsamer Einsatz von Rohstoffen
- Geringer Energieverbrauch
- Umweltgerechte Entsorgung



Einfach ausfüllen und aufs Fax legen

Fax-Nr. 06171 952566

SRzG - Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Postfach 5115
61422 Oberursel

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, PVSt., DPAG, Entgelt bezahlt, D 54906

ANTRAG AUF FÖRDER-MITGLIEDSCHAFT

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein der "Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen".

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ Fax _____

E-Mail _____ Geburtstag _____

Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen, v.a. Parteien _____

Beruf (Angabe freiwillig) _____

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennung möglich)

☐ Theorie der Generationengerechtigkeit

☐ Generationengerechtigkeit in der Verfassung

☐ Ökologie

☐ Rentenversicherung

☐ Staatsfinanzen

☐ Kinderrechte

☐ Generationengerechtigkeit und Unternehmen

☐ Arbeitsgesellschaft

☐ Bildung

☐ Demografie

Warum wollen Sie Mitglied des SRzG-FV werden? _____

Wie haben Sie von der SRzG erfahren? _____

Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen, wobei allerdings für Unterdreißigjährige ein Mindestbeitrag von 25 Euro, und für Ältere von 50 Euro gilt. Bitte Einzugsermächtigung ausfüllen oder überweisen auf das Konto „SRzG, Kto.-Nr. 803955580, GLS Bank eG (BLZ 430 609 67)“

Ort und Datum _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), meinen Förderbeitrag (Spende) in Höhe von _____ € jährlich bei Fälligkeit (im Dezember) zu Lasten meines/unseres (bei Gemeinschaftskonten) Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Konto-Nr. _____ bei der (Name der Bank) _____

Bankleitzahl _____

Ort und Datum _____ Unterschrift _____

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Weitere Informationen unter Tel.: +49/6171/982367, www.srzg.de, E-Mail: kontakt@srzg.de